

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK-II
22 DEZ. 1976
Wissenschaftszentrum
für Sozialforschung

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., Dezember 1976

Einzelpreis 3,— DM

XVI. Jahrgang

D 21 395 E

12/76

Auch in diesem Jahr kann man — nachdem der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sein Gutachten vorlegte — feststellen, daß die fünf Herren, von einigen fälschlicherweise „Weise“ genannt, die Steuergelder, die sie in überreichlichem Maße kassieren, im Interesse der Unternehmer sicherlich zu Recht verdient haben. Die Tagungen des Sachverständigenrates sind nämlich, wie Lutz Dieckerhoff, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, treffend bemerkt, nichts anderes als vom Staat, d. h. unseren Steuergeldern finanzierte Lobby-Veranstaltungen der Unternehmer. Kämen sie vom Institut der Deutschen Wirtschaft, so würden sie nicht anders aussehen.

Im Mittelpunkt des unternehmerischen Denkens und Handelns steht der Profit, und diese Herren tun alles, damit er auf den verschiedensten Wegen schnell und nachhaltig erhöht werden kann. So sollen die degressive Abschreibung angehoben und die betrieblichen Forschungsvorhaben sowie Unternehmensneugründungen steuerlich begünstigt werden. Die Unternehmersteuern, vor allem die Gewerbesteuer, sollen systematisch gesenkt, hingegen die Massensteuern, vor allem die Mehrwertsteuer, erhöht werden. Die Spielräume für Unternehmerinvestitionen sollen erweitert und zugleich die Verbrauchsausgaben des Staates, insbesondere die Rentenleistungen, eingeschränkt werden. Mit den Steuergeldern der Arbeiter und Angestellten sollen deren Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Aber diese steuerlichen Vergünstigungen und staatlichen Subventionen sind nur ein Teil des umfassenden Profittfeldzuges. Ähnlich wie schon zuvor die wirtschaftswissen-

Sachverständige gegen Gewerkschaften

schaftlichen Forschungsinstitute plädiert der Sachverständigenrat dafür, daß die Arbeiter und Angestellten in ihren Lohnforderungen kurztreten. Schon ein einziges Prozent Lohnverzicht bringt den Unternehmern einen 5-Milliarden-Profit. Es nimmt nicht wunder, daß die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände des Lobes voll über dieses Machwerk ist. Denn in ihm ist all das enthalten, wovon die Unternehmer träumen. Dieses Gutachten beweist einmal mehr, daß Untersuchungen im Interesse des Großkapitals, wie Marx schon vor 100 Jahren schrieb, nicht das Ziel haben, zu objektiven wissenschaftlichen Erkenntnissen zu kommen. An die Stelle uneigennütziger Forschung ist die bezahlte Klopffechterei, an die Stelle unbefangener wissenschaftlicher Untersuchungen das böse Gewissen getreten.

Die Gewerkschaften können eine aktive Lohnpolitik nur dann verwirklichen, wenn sie diese Eingriffe in ihre Handlungsfreiheit entschieden zurückweisen und allen Versuchen eine Abfuhr erteilen, ihrer Lohnpolitik, sei es in Form von Empfehlungen sogenannter Gutacher oder von Orientierungsdaten der Regierung, Korsettstangen anzulegen. Einer an den Mitgliederinteressen ausgerichteten Lohnpolitik würde es sicherlich gut bekommen, wenn die Gewerkschaften ihre Mitarbeit in der konzertierten Aktion, und sei auch nur für den Zeitraum von Lohnverhandlungen, einstellen würden.

Aus dem Inhalt:

1976 ein hartes „Gewerkschaftsjahr“
1977 wird nicht anders werden 2

Gewinnexplosion beenden —
Höhere Reallöhne durchsetzen! 4

Teilnahme an konzertierter Aktion
wegen „wichtiger Informationen“? 9

Zunehmende Marktbeherrschung
auch im Einzelhandel 10

„Eurovia“-Belegschaft demonstrierte
gegen Arbeitsplatzvernichtung 11

Gegen Notstand der Bildung
noch stärker demonstrieren! 12

Leonhard Mahlein: Herausfor-
derungen an Gewerkschaften

Heinz Oskar Vetter:
Mittel für Rüstung einschränken!

„Ein Streik fängt nicht am
Mittwoch an“
(NACHRICHTEN-Plakat)

Gemeinsame Mitteilung
von DGB und FDGB

Presseschau 13—20

Intensivere Vertrauensleutearbeit
der GHK zahlte sich aus / Interview
mit Kurt Georgi, stellvertretender
Vorsitzender der GHK 21

Gewerkschaftskongreß der IGBE
erstrebt 4-Tage-Woche 23

Kapitalistische Wirklichkeit
und DGB-Grundsatzprogramm 25

Renten in Gefahr:
Es gibt andere Alternativen 26

Die Hauptursachen
der britischen Pfundkrise 29

1976 ein „hartes Gewerkschaftsjahr“ - 1977 wird nicht anders werden

Das Jahr 1976, das sich zum Ende neigt, war ein mit gewerkschaftspolitischen Ereignissen und Kämpfen vollgepacktes Jahr. Aber schon steht ein neues vor der Tür, das kaum anders werden dürfte. Allein sechs Gewerkschaftstage und eine große Zahl zentraler Konferenzen des DGB und der Einzelgewerkschaften erfordern ein hohes Maß an gewerkschaftlicher Aktivität, wie natürlich auch die Versuche von Unternehmerschaft und Regierung, den sozialen Standard der Arbeiterschaft herabzudrücken und das Maß an Demokratie weiter einzuziehen.

Nach der Gewerkschaft Kunst im Januar 1977 sind es die Gewerkschaften Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, die IG Metall, die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die IG Druck und Papier und die Deutsche Postgewerkschaft, die in der zweiten Jahreshälfte ihre Gewerkschaftstage durchführen. Dazu kommt die Bundesjugendkonferenz des DGB. Schon im Januar und Februar eröffnet die Gewerkschaft Holz und Kunststoff mit ihrer Bundesangestellten- bzw. Bundesfrauenkonferenz die Serie wichtiger Veranstaltungen gewerkschaftlicher Willensbildung. Im März und Mai folgt die IG Metall mit einer Bundesangestellten- und Bundesjugendkonferenz. (Siehe auch unseren Terminkalender, letzte Seite)

sche Aussage dar, die nach vollzogener Bildung der neuen (alten) Bundesregierung nicht vom Tisch kommen darf.

Das abgelaufene Jahr hat aber auch eine reale Gefahr für die im Grundsatzprogramm postulierte Unabhängigkeit der Gewerkschaften offenbart. Massenhaft drängten sich namentlich sozialdemokratische Partei- und Regierungsver-

Ein gesundes Jahr 1977
und viel Erfolg im Interesse
der Arbeiterbewegung
wünschen wir allen
Lesern und Freunden
Redaktion und Verlag

treter den Gewerkschaften auf, um auf Gewerkschaftstagen und gewerkschaftlichen Veranstaltungen Wahlfreden zu halten. Es muß aber auch gesagt werden, daß nicht wenige sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre bereitwillig in diesen Sog gerieten, was nicht zuletzt der CDU Anlässe für ihre anti-gewerkschaftliche Demagogie und Stimmungsmache gab.

Es wird darum im kommenden Jahr vorrangig darauf ankommen, sich den Integrationsbestrebungen in die Bonner Politik und der Umarmung durch die SPD, aber auch aller anderen Parteien, mit allem Nachdruck zu entziehen. Das Prinzip Einheitsgewerkschaft darf nicht zur leeren Worthülse werden. Nur in dem Maße, wie die Gewerkschaften ihre Unabhängigkeit bewahren – das lehnen zumindest auch die „Maßhalterscheinungen“ in der Lohn- und Gehaltspolitik –, sind sie in der Lage, erfolgreiche Interessenvertretung zu betreiben.

Erst der hartnäckige Streik der IG Druck und Papier im Frühjahr 1976 durchbrach Unternehmer- und Regierungsleitlinien und gab dem Begriff Tarifautonomie wieder mehr Inhalt. Auf

den Gewerkschaftstagen bekannten sich die Delegierten von Millionen Mitgliedern zur aktiven Tarifpolitik, die es zur Verteidigung und Verbesserung der Realeinkommen zu praktizieren gelte.

Die hohe Dauerarbeitslosigkeit als Folgeerscheinung kapitalistischer Krise und Wirtschaftspolitik hat im DGB zu einer verstärkten Suche nach gewerkschaftspolitischen Konzeptionen zur Sicherung der Arbeitsplätze geführt. Dabei tritt immer stärker die Forderung nach Senkung sowohl der wöchentlichen als auch der Jahresarbeitszeit in den Mittelpunkt.

Die Gewerkschaft der Eisenbahner beschloß auf ihrem 10. Gewerkschaftstag ein umfassendes Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit folgenden Forderungen: Investitionslenkung der Wirtschaft, paritätische Mitbestimmung, Verhinderung von ungerechtfertigten Rationalisierungsmaßnahmen; Erweiterung der Rationalisierungsschutzbestimmungen, mehr Erholungsurlaub, Erhöhung des Bildungsurlaubs, Herabsetzung des Pensionsalters, Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei Sicherung des Reallohns, tarifvertragliches oder gesetzliches Überstundenverbot in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, Einführung eines 10. allgemeinbildenden Schuljahres.

Die IG Chemie-Papier-Keramik beschloß, die 35-Stunden-Woche anzuvizieren; die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen forderte auf ihrem Saarbrücker Gewerkschaftstag die Verkürzung der Arbeitszeit auf weniger als 40 Stunden. Auch der DGB-Vorsitzende Vetter äußerte sich Mitte November in dieser Richtung. Damit ist die Marschroute in dieser Frage abgesteckt, und schon das Jahr 1977 sollte entsprechende Aktivitäten bringen.

Die Kongresse und anderen gewerkschaftlichen Aktionen des Jahres 1976 haben elementare Forderungen der Arbeiterschaft auch in vielen anderen Bereichen artikuliert. So wurde wiederholt von der Bundesregierung verlangt, die Rüstungsausgaben zu kürzen und die Mittel für soziale und gesellschaftliche Reformaufgaben zu verwenden. Die Fortsetzung der Entspannungspolitik, Ausbau der internationalen Zusammenarbeit und der Kontakte der Gewerkschaften sowie die Beseitigung der Berufsverbotspraxis in der Bundesrepublik sind nur einige dieser Forderungen.

Wenn wir im kommenden Jahr in den Gewerkschaften verstärkt die Diskussion über ein neues Grundsatz- und Aktionsprogramm des DGB geführt wird (siehe dazu auch Seite 25), wäre es nur folgerichtig, wenn alle diese brennenden Fragen und Forderungen der arbeitenden Menschen dabei ihre Berücksichtigung fänden. Ganz gewiß ist es Aufgabe der Gewerkschaftsmitglieder selbst, dies durch ein hohes Maß an Rührigkeit und Aktivität sicherzustellen. Gerd Siebert

„Anti-DGB“

Einige Ständesorganisationen in der tar. politischen Landschaft der Bundesrepublik haben jetzt zum vermeintlichen großen Schlag ausgeholt und eine Art „Anti-DGB“ gebildet: die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG), der Deutsche Beamtenbund mit seiner „Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes“ (GGVöD) und der Marburger Bund der angestellten und beamteten Ärzte (MB). Eine illustre „Gemeinschaft“, zu der sich möglicherweise noch die erzkonservativen „Christlichen Gewerkschaften“ vom CGB und die Union der Leitenden Angestellten (ULA) hinzugesellen werden.

Der DGB hat darauf richtig reagiert. Gelassen erklärte Günter Stephan, das für die Angestelltenarbeit zuständige Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, dieses „Anti-DGB-Kartell“ habe kaum Chancen. Gleichzeitig startete der DGB eine auf drei Jahre angelegte Aufklärungs- und Werbeaktion unter den Angestellten.

Zweifellos sind die DGB-Gewerkschaften, die dreimal soviel Angestellte organisiert haben wie die DAG, die wirksamsten Interessenvertretungen nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Angestellten. Die Spaltungsversuche der DAG und anderer sollten darum mit verstärktem Ein- und Übertritt zu den DGB-Gewerkschaften beantwortet werden. G. S.

Brokdorf

Beschäftigte von mehreren norddeutschen Kraftwerken demonstrierten kürzlich bei vollem Lohnausgleich in Brokdorf für den Bau eines Kernkraftwerks und für die Errichtung weiterer solcher Kraftwerke. Obgleich nur ein paar hundert Kraftwerksarbeiter nach Brokdorf gebracht worden waren, fand die Aktion Aufmerksamkeit; dies um so mehr, als dem Aufruf von Bürgerinitiativen Zehntausende Einwohner aus den Untereibe-Gebieten gefolgt waren, um gegen den Bau des Kernkraftwerks zu protestieren.

Die Kleindemonstration der Befürworter wurde von der Polizei indessen nicht beachtet. Den Teilnehmern hatte man zuvor gesagt, beim Kernkraftwerksbau gehe es um die Sicherung von Arbeitsplätzen. Und wer ist nicht für sichere Arbeitsplätze? Initiiert wurde die Veranstaltung vom Vorsitzenden des ÖTV-Bezirks Nordwest, Hans Schwalbach. Dieser Gewerkschafter ist Mitglied des Aufsichtsrats der Nordwestdeutschen Kraftwerke, dem Bauherrn des Brokdorfer Kernkraftwerks. Schwalbach und allen jenen, die den Bau von Kernkraftwerken mit der Si-

cherung von Arbeitsplätzen begründen, muß gesagt werden, daß dies die vorgeschobene Argumentation derjenigen ist, die seit den 50er Jahren mit ihrer Stilllegungspolitik im Steinkohlenbergbau rund 400 000 (!) Arbeitsplätze vernichten halfen. Die Energiekonzerne, die jetzt das Geschäft mit der noch unausgereiften Kernenergie machen möchten, haben seinerzeit die Kohlen-schächte absaufen lassen, um groß ins Ölgeschäft einzusteigen. Und die Bundesregierungen jeder Couleur haben dafür Stilllegungsgeld gezahlt.

Jetzt unkritisch die Parolen von der Arbeitsplatzsicherung durch Kernenergie nachzuplappern heißt, den Profitinteressen auf den Leim zu kriechen. S.B.

GLOSSE

CDU-Freiheit

Herrschaft der Konzerne? Der Staat als Handlanger von Konzernmacht? Alles nur kommunistische Schlagworte!

So jedenfalls pflegen CDU/CSU und rechte sozialdemokratische Politiker zu reagieren, wenn man ihnen die politische Wirklichkeit in unserem Lande unter die Nase reibt. Doch wie lebendig und real diese „Schlagworte“ sind, hat man nun eben erst Zehntausenden Bürgern per Schlagstock und Wasserwerfer vorexerziert: in Brokdorf an der Elbe.

Energiekonzerne wollen ein Kernkraftwerk errichten, eines von vielen. Zwar ist die Sicherheit für die Umwelt nach dem heutigen Stand der Wissenschaft nicht gegeben; zwar weiß man auch nicht, wohin man mit dem Atom Müll soll; zwar würden Kohlekraftwerke ebenfalls den Energiebedarf sichern und entschieden mehr Arbeitsplätze schaffen – aber: Kernkraftwerke sind nun mal für Riesenkonzerne das Riesengeschäft von heute. Es geht um Milliarden, nicht mehr um läppische Millionen. Und weil der Profit das Maß aller Dinge ist, bestimmen die Konzerne: Das Kraftwerk wird gebaut.

Die Bevölkerung eines ganzen Landstriches lehnt sich aus berechtigten Gründen dagegen auf. Und schon tritt der Staat in Aktion. Knüppel, chemische Keulen, ätzendes Wasser gegen Zehntausende Menschen, die protestieren. Der Wille und die Interessen einer Handvoll Konzernherren wiegen eben schwerer: wegen der Konzernherrschaft.

„Freiheit statt Sozialismus“ verkünden CDU und CSU. Daß die Vorgänge um Brokdorf kein Sozialismus sind, kann jeder sehen. Dann wird das wohl die Freiheit sein, die gemeint ist: Freiheit der Konzerne. okofus

Treffen von DGB und FDGB

Vom 8. bis 11. November besuchte eine vom DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter geleitete Delegation den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) in der DDR. Nach einer gemeinsamen Pressemitteilung beider Delegationen (Wortlaut siehe Einhefter) bestand neben grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten „Übereinstimmung, daß eine wichtige Voraussetzung für Frieden und sozialen Fortschritt die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen“ sei. Einigkeit bestand auch darin, „daß der Prozeß der Entspannung durch weltweite militärische Abrüstung ergänzt und durch gewerkschaftliche Aktivitäten unterstützt werden sollte“.

Auf einer internationalen Pressekonferenz, veranstaltet von beiden Gewerkschaftsbünden, im Gästehaus des FDGB, Berlin-Schmöckwitz, sprach Vetter über die „hervorragende Gastfreundschaft“ und kündigte an, daß die Hauptvorstände jener Einzelgewerkschaften, die bislang noch keine Beziehungen zu den entsprechenden Einzelgewerkschaften aufgenommen hätten, jetzt dem Beispiel des DGB-Bundesvorstands folgen würden.

Zu der Frage von NACHRICHTEN, welche Inhalte das von beiden Gewerkschaftsbünden unterstützte weitere gesamteuropäische Gewerkschaftstreffen im Frühjahr 1977 in Genf haben werde, äußerte Vetter, nach seiner Meinung sollten Probleme der Sozialversicherung, des Gesundheitsschutzes sowie der Humanisierung der Arbeitsumwelt diskutiert werden.

Großbürgerliche Zeitungen und das Fernsehen in der Bundesrepublik spießen über die Zusammenkunft von DGB und FDGB Gift und Galle. Ein ARD-Kommentator sprach von einer „überflüssigen Reise“, und die Tirade der FAZ gipfelte in dem Ruf nach dem Verfassungsschutz. Man sollte wieder einen führenden Gewerkschafter der Bundesrepublik festnehmen; das würde „erfahrungsgemäß wenigstens vorübergehend“ helfen, die Beziehungen zu unterbrechen.

Es ist das alte Lied: Wenn Gewerkschaftsvertreter aus beiden deutschen Staaten sich bei aller Unterschiedlichkeit für gemeinsame Interessen einsetzen, dann fangen Großkapital und ihre Schreiberlinge an, verrückt zu spielen. In Abwandlung eines Wortes von August Bebel sei dem DGB gesagt: Wenn dich deine Gegner beschimpfen, bist du auf dem richtigen Wege im Interesse der Gewerkschaftsbewegung unseres Landes. P.

Gewinnexplosion beenden - Höhere Reallöhne durchsetzen!

Fristgemäß zum 31. Dezember sind die Tarifverträge für die rund 3,2 Millionen in der Metallindustrie Beschäftigten gekündigt worden. Für die Metallarbeiter Bayerns und von VW stehen zum 31. Januar Kündigungen der Tarifverträge an. Aus Betrieben und Ortsverwaltungen liegen inzwischen die ersten Forderungen auf dem Tisch. Ihre Höhe orientiert sich an den Preissteigerungen, dem Produktivitätszuwachs sowie den erhöhten Lohnsteuern und Sozialabgaben. Für die 220 000 Arbeiter und Angestellten der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens und der Klöckner-Hütte Bremen, wo seit dem 1. November ein tarifloser Zustand besteht, sind mehrere Verhandlungsrunden ohne Ergebnis geblieben. Gegenüber der mäßigen 8,5-Prozent-Forderung der IGM erklärten sich die Unternehmer lediglich bis Redaktionsschluß zu einer fünfprozentigen Lohnerhöhung und einen Tag mehr Urlaub bereit.

Die Arbeiter und Angestellten sollen also kurztreten und den Gürtel noch enger schnallen. Auch im neuesten Sachverständigengutachten - just zu der Zeit veröffentlicht, wo sich die Bundestagsabgeordneten ihre jetzt zu versteuernden Diäten von 3850 DM auf 7500 DM monatlich erhöhen und auch ihren steuerfreien Pauschalbetrag von 4050 DM auf 4500 DM heraufsetzen - empfehlen die Gutachter den Arbeitern und Angestellten, daß die künftigen Tarifabschlüsse Kontakt „mit denen dieses Jahres“ halten sollten. In die gleiche Richtung des weiteren Reallohnabbaus zielt auch ein Interview des Unternehmersprachrohrs „Handelsblatt“ mit dem Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Kirchner. Er behauptete, daß für die „Investitionspolitik der Unternehmen“ eine „erneute maßvolle Lohnpolitik der Gewerkschaften entscheidend“ sei. Für die kürzlich vereinbarten betrieblichen Sonderleistungen, die Erhöhung der Sparzulagen sowie der sogenannten vermögenswirksamen Leistungen sollen gleich 2 Prozent auf die künftigen Lohnerhöhungen angerechnet werden.

Im Gegensatz dazu stehen die Forderungen aus Betrieben und Gewerkschaften. So verlangen die Mitglieder des gewerkschaftlichen Vertrauensleiteausschusses des Bochumer Opel-Werkes eine lineare Lohn- und Gehaltserhöhung von 220 DM monatlich. Gleichzeitig wurden die der Großen Tarifkommission der IG Metall angehörenden Mitglieder aufgefordert, sich für die 220-DM-Forderung stark zu machen. Die Vertrauensleute des Bochumer Opel-Werkes berufen sich bei ihrer Lohn- und Gehaltsforderung auf die Erklärung des DGB, daß die letzten Tarifabschlüsse eher zu einer Lohnsenkung wie zu einer Anhebung geführt hätten. Sie weisen ferner auf die Feststellung des Statistischen Bundesamtes, daß die Un-

ternehmergewinne in diesem Jahr um mehr als 20 Prozent steigen werden.

Bereits Anfang November hatten die 800 Vertrauensleute des Opel-Werkes Rüsselsheim 6 Prozent plus 120 DM monatlich verlangt. Für das gleiche Volumen setzte sich auch die IG-Metall-Vertreterversammlung Darmstadt ein. Sollte die gespaltene Forderung nicht zum Zuge kommen, so verlangen die Rüsselsheimer Vertrauensleute eine Erhöhung von 12 Prozent. Ebenfalls eine Lohnerhöhung in dieser Größenordnung forderten u. a. die Betriebsräte und Vertrauensleute der Firma Küppersbusch sowie eine Stadtfrieden-Gewerkschaftsversammlung der IG Metall in Gelsenkirchen.

In Entschlüssen erklären die Betriebsräte und Vertrauensleute, daß die Mitte Oktober tariflich vereinbarten Verbesserungen nicht in Anrechnung kommen dürften. Ihre Forderung begründen die Gewerkschaftsfunktionäre u. a. mit der Teuerungsrate von 5,5 Prozent im ersten Halbjahr 1976, dem Ansteigen der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, der fortschreitenden Arbeitsintensität und dem maßvollen Tarifabschluß vom Januar 1976. Bedingt durch die Preissteigerungsrate von 5,5 Prozent im ersten Halbjahr 1976 und nur einem Nettolohn- und -gehaltswachstum von 3 Prozent hat dieser Abschluß zu Realeinkommensverlusten von 2,5 Prozent geführt.

Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall, hatte noch Ende Oktober gegenüber der „Frankfurter Rundschau“ betont, daß die 8,5-Prozent-Forderung in der Eisen- und Stahlindustrie plus Nebenforderungen kein Beispiel für die Metallindustrie sein könne und der IG Metall keine Fesseln anlege, weil in der Metallindustrie ganz andere konjunkturelle Voraussetzungen vorhanden seien. Sie wären weit besser als in der Stahl-

industrie. Im Gegensatz zu dieser seiner eigenen Meinung brachte jedoch der IG-Metall-Vorsitzende in einem Interview eine 8,5-Prozent-Forderung auch für die Metallarbeiter in die Diskussion.

Diese Äußerung stieß bei vielen Gewerkschaftern auf harte Kritik. „Wir befürchten“, so schrieben die Arbeiter von Opel Rüsselsheim an Loderer, „daß Du uns mit Deiner Äußerung in eine sehr schlechte Situation gebracht hast. Die Vertrauensleute und die Belegschaft beabsichtigen nicht, sich auf eine solche Forderung festlegen zu lassen.“ Im Bochumer Opel-Werk wurde die Vertrauenskörperlleitung ebenfalls beauftragt, den Vorsitzenden ihrer Gewerkschaft zu ersuchen, vor Äußerungen über die Höhe der Lohnforderungen erst „die Meinung der Basis“ abzuwarten.

Während die Beschäftigten der metallverarbeitenden Industrie über die Höhe der Forderungen diskutieren, sind einige Verhandlungsrunden für die Stahlarbeiter ergebnislos verlaufen (vgl. dazu NACHRICHTEN 11/76 S. 5). Das letzte Angebot der Stahlindustriellen lag bei 5 Prozent und einen Tag Urlaubsverlängerung. Dazu erklärten die für die Bereiche der Eisen- und Stahlindustrie zuständigen Bezirksleitungen der IG Metall in einer ersten Stellungnahme: Die Unternehmer sollten nicht glauben, die Zeit arbeite für sie. „Die IG-Metalller lassen sich auch nicht durch Schwarzmalerei beeindrucken, denn sie müssen ihren Lebensunterhalt abschließend mit ihren Löhnen und Gehältern bestreiten. Sie sind auf höhere Einkommen angewiesen.“ Gestärkte Kaufkraft sei auch notwendige Voraussetzung für den weiteren Wirtschaftsaufschwung.

Über das provokatorische Unternehmerangebot sprachen NACHRICHTEN mit dem Betriebsratsvorsitzenden der Thyssen-Gießerei AG, Werk Duisburg-Meiderich, und Mitherausgeber unserer Zeitschrift, Heinz Lukrawka. Vollinhaltlich stellte sich dieser hinter die oben zitierte Stellungnahme der IG-Metall-Betriebsleitungen. Wörtlich erklärte Lukrawka: „Aus persönlicher Erfahrung kann ich sagen, daß auch dort, wo es bisher kaum Beschäftigungsprobleme gab, diese entstehen, wenn die Kaufkraft nicht gestärkt wird.“ Dafür müsse die Gewerkschaft mit allen Mitteln eintreten.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sich die Unternehmer, denen das jetzt ablaufende Jahr eine erneute Gewinnexplosion brachte, auf Konfrontation eingestellt haben. Um so notwendiger wird es für die IG Metall sein, nicht nachzugeben; denn Lohnfragen sind nach wie vor Machtfragen. Wie man der vereinten Unternehmerfront wirkungsvoll begegnen kann, haben die Drucker und Setzer im Mai bewiesen. Daraus sollte nicht nur die IG Metall die Lehren ziehen. Gisela Mayer

Mitglieder können Vorschläge nach oben korrigieren

In Abstimmung mit den anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hat die Gewerkschaft ÖTV am 15. November 1976 auf einer Pressekonferenz in Stuttgart den Diskussionsvorschlag ihres geschäftsführenden Hauptvorstandes zu Art und Umfang der Forderungen verkündet, der jedoch noch von der Mitgliedschaft korrigiert werden kann. Die Tarifverträge im öffentlichen Dienst laufen am 31. Januar 1977 aus. Insgesamt vertreten die DGB-Gewerkschaften im Tarifbereich öffentlicher Dienst - ÖTV, DPG, GdED, GEW sowie GLF - 831 672 Arbeiter- und 460 642 Angestellten-Mitglieder. Die Abteilung Beamte des DGB-Vorstandes schloß sich für ihren Bereich diesem Diskussionsvorschlag an.

Nach diesen Vorstellungen, die nun in der Mitgliedschaft ausführlich diskutiert werden, und den Ergebnissen, die am 19. Januar 1977 zu einer Forderung zusammengefaßt werden,

- sollen die Löhne der Arbeiter und die Vergütungen der Angestellten um 8 Prozent erhöht werden;

- soll an alle Arbeiter und Angestellten ein jährliches Urlaubsgeld von 300 DM und zusätzlich 50 DM für jedes Kind gezahlt sowie der Urlaub der Arbeiter und Angestellten in den unteren und mittleren Vergütungsgruppen verlängert werden. Der Vorsitzende der ÖTV, Heinz Kluncker, ist der Meinung, daß der Mindesturlaub fünf Wochen betragen soll.

Ohne es näher zu erläutern, ist der Hauptvorstand der Meinung, daß auch im Jahre 1977 der öffentliche Dienst kein Lohnführer sein könne. Jedoch dürfe die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst nicht hinter der sich abzeichnenden allgemeinen Einkommensentwicklung zurückbleiben.

Die prozentuale Forderung wird damit begründet, daß für 1977 eine geringere Preissteigerungsrate erwartet werde und in den Tarifbewegungen der letzten Jahre gerade die Beschäftigten in den unteren Einkommensgruppen bessergestellt worden seien. Die vorgeschlagene Erhöhung von 8 Prozent solle die zu erwartende Teuerung ausgleichen und auch den im öffentlichen Dienst Beschäftigten einen Anteil am Wirtschaftswachstum sichern.

NACHRICHTEN sprachen Kluncker zu den Veröffentlichungen im ÖTV-Magazin, Nr. 11, November 1976, an, aus denen sich weitaus höhere Forderungen ableiten lassen. Nach den dort publizierten „Daten-Fakten-Tendenzen“ betrug die Steigerung des realen Brutto- sozialprodukts (hier sind die Preissteigerungen bereits abgerechnet) im ersten Halbjahr 1976 schon 6 Prozent. Die Preisentwicklung für den privaten

Verbrauch werde sich 1976 auf einem Niveau von 5 Prozent einpendeln und folglich um denselben Betrag die im Januar 1976 vereinbarten Löhne und Gehälter entwerten. Die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung werden 1976 2,3 Prozent mehr von der Bruttolohn- und -gehaltssumme ausmachen als 1975. Es wird damit gerechnet, daß das Lohnsteuereinkommen 1976 um nicht weniger als 13 Prozent steigen wird.

Wenn man diese Zahlen zusammenzieht, dann kommen 13 bis 14 Prozent zusammen. Um diesen Prozentsatz müßten die Löhne und Gehälter steigen, um die Verteilungsrelationen des Vorjahres zu sichern. Wenngleich Kluncker die dort veröffentlichten Zahlen nicht als Leitlinie auffaßt, so ist es doch unverständlich, daß zwischen diesen Zahlen und dem Diskussionsvorschlag des Hauptvorstandes ein solcher großer Unterschied besteht.

NACHRICHTEN fragten Kluncker auch danach, wie seine Äußerungen auf dem letzten Gewerkschaftstag einzuschätzen seien, auf dem er erklärte, daß die Gewerkschaft selbstverständlich die Steigerung der Lebenshaltungskosten sehen müßte, die nicht in die Statistik einfänden: „die schlechende Verteuerung der Lebensumstände, die Abwälzung über die Preise, ... wie die Entwicklung von Abgaben, Steuern, Sozialbeiträgen“. Insofern seien „einige unserer Formulierungen bei der Begründung der Tarifrunde 1976 auf Mißverständnisse gestoßen“. Kluncker brachte aber am 15. November 1976 wiederum genau dieselbe Begründung, warum steigende Steuern und Sozialabgaben bei den Lohnforderungen nicht berücksichtigt werden könnten.

Unter anderem erklärte der ÖTV-Vorsitzende, daß die Tarifpolitik steigende Steuern nicht erfassen könne, da bei höherem Einkommen die Lohnsteuer progressiv steigen und für diese folglich auch höhere Forderungen aufgestellt werden müßten. Dies erscheint je-

doch nicht stichhaltig zu sein. Die Gewerkschaften müssen Forderungen aufstellen, die der Situation der einzelnen Mitgliedschaften einigermaßen entsprechen. So treffen selbstverständlich die Preissteigerungen die einzelnen Mitglieder individuell völlig unterschiedlich, und die Gewerkschaft kann keine für jeden individuell zutreffende Forderung aufstellen. Sie kann jedoch dafür sorgen, daß die stärkere preisliche Belastung der unteren und mittleren Einkommen aufgefangen wird und zugleich die höheren Einkommen zumindest keine realen Einkommensverluste erleiden. So werden auch in der Mitgliedschaft sogenannte Mischforderungen diskutiert, wie Sockelbetrag plus Prozent bzw. Prozentforderung mit einer Mindesthöhung.

Die prozentuale Erhöhung der Löhne und Vergütungen soll ergänzt werden durch die Zahlung eines für alle gleichen, nur nach Kinderzahl gestaffelten, jährlichen Urlaubsgeldes. Die Gewerkschaft verweist darauf, daß bereits 80 Prozent aller Beschäftigten ein Urlaubsgeld erhalten und dies nun auch für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst durchgesetzt werden müßte. Dazu komme, daß im öffentlichen Dienst die Dauer des Jahresurlaubs noch immer an die Einkommenshöhe gekoppelt sei. Diese Regelung sei sozial ungerecht. Deshalb müßte die Urlaubsdauer der Arbeiter und der Angestellten in den unteren und mittleren Vergütungsgruppen an die Urlaubsdauer der höchsten Vergütungsgruppen angepaßt werden. Dabei soll der Jahresurlaub 1977 für die Gruppen verlängert werden, die bisher besonders benachteiligt waren. Kluncker meint, daß der gleichlange Urlaub für alle nichts mit der Nivellierung zu tun habe, denn der Urlaub dürfe nicht der Erhöhung des Sozialprestiges, sondern der Erholung und folglich der Gesundheit dienen.

Die ersten Forderungen aus der Mitgliedschaft zeigen, daß der Diskussionsvorschlag des Hauptvorstandes unzureichend ist. Die Mitgliedschaft hat nun die Möglichkeit, in der Diskussion die Vorschläge nach oben zu korrigieren. Dazu wird es erforderlich sein, alle Gesichtspunkte ausführlich zu besprechen und die Ergebnisse von den Vertrauensleiteleitungen rechtzeitig an die Bezirksarbeitskommissionen und an den Hauptvorstand heranzutragen. Die Diskussion soll nach dem auf dem 8. ordentlichen Gewerkschaftstag angenommenen Antrag 367 dazu dienen, den Mitgliedern vor Augen zu führen, „daß eine starke Organisation, solidarisches Handeln, ein hoher Organisationsgrad und die Bereitschaft der Mitglieder - wenn erforderlich -, die gewerkschaftlichen Kampfmittel einzusetzen, die Voraussetzung zur weitgehenden Durchsetzung der Forderungen sind“.

K. H./H. Sch.

Klößner-Arbeiter hatten Erfolg: Kurzarbeit wurde abgelehnt

Am 12. Oktober 1976 explodierte in der Klößner-Hütte Bremen einer der drei Winderhitzer am größten Hochofen des Stahlwerks. Die gesamte Roheisenproduktion kam zum Erliegen. Am Hochofen selbst entstand ein Sachschaden in Millionenhöhe. Monate wurden dafür angesetzt, um den Schaden zu beheben. Die Werksleitung beantragte beim Betriebsrat Kurzarbeit für 1800 bis 2000 Belegschaftsangehörige. Der Betriebsrat verweigerte seine Zustimmung. Damit fand eine Auseinandersetzung ihren vorläufigen Höhepunkt, die Anfang 1975 begonnen hatte, als die Werksleitung zum erstenmal gegen den Widerstand des Betriebsrates mit Hilfe der Einigungsstelle Kurzarbeit durchsetzen konnte.

Der Versuch, die Folgen der durch die Explosion notwendig gewordenen Produktionseinschränkungen auf die Arbeiter abzuwälzen und Kurzarbeit einzuführen, steht im Einklang mit der in der gesamten Stahlindustrie verfolgten Methode, trotz Produktionseinschränkungen die Profite zu halten. Als sich im Frühjahr 1975 abzeichnete, daß das Rekordjahr 1974 (53,3 Mill. t Rohstahl) nicht gehalten werden konnte, wurde in großem Umfang Kurzarbeit eingeführt. Um 23 Prozent, auf 41 Mill. t Rohstahl, ging die Produktion zurück. Das veranlaßte aber die Stahlkonzerne keineswegs, den Listenpreis für Stahl zu senken. Vielmehr verfuhr man nach der Linie der internationalen Stahlkonzerne, lieber einen Produktionsrückgang hinzunehmen, als in den Preisen nachzugeben.

Ohne Zweifel zahlte sich diese Politik für die Stahlunternehmer aus. Thyssen und Mannesmann konnten 1975 ihren Aktionären 14 Prozent Dividende zahlen, ebensoviel wie im Rekordjahr 1974. Auch für dieses Jahr plant Thyssen eine ähnlich hohe Dividende. Klößner zahlte zwar keine Dividende, war aber in der Lage, trotz „leerer“ Kasse die erste Rate für den Ankauf der Max-Hütte in Höhe von 137 Mill. DM bar auf den Tisch zu legen.

Gerade für die Stahlarbeiter wirkt sich Kurzarbeit besonders aus, weil einmal das Kurzarbeitergeld nur 68 Prozent des Netto-Stundenlohns beträgt und bei seiner Berechnung die steuerfreien Zuschläge, die bis zu 20 Prozent des Nettolohnes betragen und die sich aus der Nachtschicht sowie Samstags- und Sonntagsarbeit ergeben, nicht berücksichtigt werden. Das hatte zur Folge, daß je Klößner-Arbeiter während der Kurzarbeits-Periode 1975 mehr als ein Monatslohn verlorenging. Zugleich war die Werksleitung bestrebt, die Kurzarbeit gerade auf solche Schichten zu legen, die mit besonders hohen Zuschlägen vergütet werden.

Um die negativen Auswirkungen der Kurzarbeit von der Belegschaft abzu-

wenden, stellten die Vertrauensleute der Klößner-Hütte während der Kurzarbeitsphase 1975 folgende Forderungen: Nur einmal Kurzarbeit an einem Sonntag während der Kurzarbeitsperiode. Keine Unterbrechung der Nachtschichten. Alle Schichten müssen gleich viele Kurzarbeitstage haben. Die Kurzarbeit darf nicht zur Unterbesetzung führen. Zahlung der Differenz zwischen Kurzarbeitergeld und Einkommen bis zu 90 Prozent.

Insbesondere die letzte Forderung nach einem durch den Betrieb zu zahlenden Ausgleich bis zu 90 Prozent des gesamten Nettoverdienstes spielte auf der Klößner-Hütte in Bremen eine immer entscheidendere Rolle. Nach zahlreichen Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Werksleitung gelang es im Januar 1976 zum ersten Mal, für solche Kollegen, die mehr als 25 Kurzarbeitsschichten verfahren hatten, einen einmaligen Ausgleichsbetrag zwischen 40 und 200 DM, je nach Anzahl der angefallenen Kurzarbeitsschichten durchzusetzen.

Die eingangs erwähnte Explosion am Großhochofen im Oktober 1976 war für den Konzern Anlaß, einen weiteren Schritt zu machen, das „Unternehmerisiko“ den Kollegen aufzubürden. Da im Oktober bereits die gesamte Eisenversorgung der Hütte an diesem Ofen hing — von den beiden kleineren Hochofen, die zusammen etwa die gleiche Produktion erbringen, war nur der kleinere betriebsbereit —, wollte der Klößner-Vorstand erneut Kurzarbeit einführen. Zwar hatte er es alleine zu verantworten, daß die Produktion an nur einem Hochofen hing, wobei er mögliche technische Defekte hätte einkalkulieren müssen, zwar war durch eine technische Untersuchung eindeutig festgestellt worden, daß die Explosionsursache nicht auf einen Bedienungsfehler zurückzuführen war, zwar stellte sich heraus, daß der Schaden versicherungsmäßig abgedeckt war, trotzdem wollte sich die Werksleitung aus dem „Risiko“ herauswinden.

Wieder einmal sollten die Arbeiter die Leidtragenden sein. Für über 2000 Beschäftigte war Kurzarbeit geplant in einem derartigen Umfang, daß Lohnverluste von 500 DM und mehr je Stahlarbeiter eingetreten wären. Die Empörung der Kollegen über diesen neuen Schachzug der Unternehmer war daher nur zu berechtigt. Unterstützt von den Vertrauensleuten stellte sich der Betriebsrat eindeutig gegen die Kurzarbeitspläne. Sein Standpunkt war: Der Unternehmer hat das Betriebsrisiko voll zu tragen. Seine Zustimmung zur Kurzarbeit machte der Betriebsrat davon abhängig, daß der Vorstand einer Ausgleichszahlung zwischen Kurzarbeitergeld und Nettoverdienst (voller Lohnausgleich) zustimmt.

Diese berechtigten Forderungen wurden vom Werksvorstand aus „wirtschaftlichen Gründen“ abgelehnt. Statt dessen bot er an, „das Ausmaß der Kurzarbeit auf maximal 40 Prozent der Arbeitszeit“ zu begrenzen. Diesen völlig unzureichenden Kompromiß lehnte der Betriebsrat ab. Daraufhin rief der Werksvorstand die Einigungsstelle an.

Betriebsrat und IG Metall beriefen sich auf die sogenannte Betriebsrisikolehre im geltenden Arbeitsrecht. Unter diesem Stichwort sind solche Fälle zusammengefaßt, in denen Arbeiter zur Arbeit fähig und bereit sind, der Unternehmer sie aber aus Gründen, die in seinem Betrieb liegen, nicht beschäftigen kann. Dabei kommt es nicht darauf an, ob den Unternehmer hieran ein Verschulden trifft.

Nachdem sich die Einigungsstelle einmal vertagte, erfolgte am 2. November der Spruch der Einigungsstelle: Die Einführung von Kurzarbeit auf der Klößner-Hütte Bremen wurde abgelehnt. Von der Belegschaft, dem Betriebsrat und den Vertrauensleuten wurde dieses Ergebnis als ein Erfolg ihres konsequenten Verhaltens gegenüber der Werksleitung gewertet, die nun verpflichtet ist, allen Belegschaftsangehörigen den vollen Lohn zu zahlen.

In Auswertung des Spruchs der Einigungsstelle hat der Vertrauensleutenkörper bekräftigt, daß es für die Zukunft darauf ankommen wird, daß der Unternehmer nicht nur in den spezifischen Fällen des Betriebsrisikos den vollen Lohn zu zahlen hat, sondern daß dies auch gelten muß für die Fälle des sogenannten Wirtschaftsrisikos, in denen der Unternehmer zu dem Mittel der Kurzarbeit greifen kann. Es kann nicht angehen, so die Vertrauensleute, daß der Unternehmer gerade dann, wenn sein Risiko aktuell wird, also in wirtschaftlichen Krisenzeiten, dieses voll auf die Belegschaft abwälzt. Zu diesem Zweck ist ein Fonds zu schaffen, der aus den enormen Gewinnen gespeist wird. Aus ihm sollen dann im Falle von Kurzarbeit die Löhne voll weitergezahlt werden.

P. S./M. N.

Neun Prozent

Für die 118 000 Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden der papier-, pappe- und kunststoffverarbeitenden Industrie hat die zuständige Tarifkommission der IG Druck und Papier zum 31. Dezember die Lohn- und Gehaltstarife gekündigt und Forderungen angemeldet: 9 Prozent für alle Lohn- und Gehaltsgruppen; zusätzlich 3 Prozent für die Lohngruppe 6, 2 Prozent für die Lohngruppe 5 und 1 Prozent für die Lohngruppe 4. Für die Auszubildenden verlangt die Gewerkschaft eine Erhöhung um 50 DM, was in Prozenten ausgedrückt bedeutet: 12,7 Prozent im 1., 10,7 Prozent im 2. und 9,2 Prozent im 3. Lehrjahr. Unter Einbeziehung der unteren Lohngruppen — hauptsächlich Arbeiterinnen — beläuft sich das Gesamtvolumen der Forderungen nach Angaben der IG Druck und Papier auf 9,9 Prozent.

IG Druck und Papier MTV-Anhänge gekündigt

Eine Stunde bezahlte Erholungszeit pro Arbeitstag für Schichtarbeiter und fünf Minuten bezahlte Kurzpause pro Stunde für Arbeiter an ununterbrochen laufenden Maschinen sind zwei von zahlreichen Forderungen zu den Anhängen des Manteltarifvertrages (MTV) für die Druckindustrie, der fristgerecht zum 31. Dezember 1976 gekündigt wurde. Zielsetzungen des Forderungspaketes sind bessere Absicherung der Arbeitsplätze und Ausgleich gegen den zunehmenden Streß, der mit der Einführung neuer technischer Verfahren festzustellen ist. Wenn die Unternehmer nicht bereit sind, diese Forderungen zu erfüllen, schließt die IG Druck und Papier gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen nicht aus.

Enorme Unterschiede bei Ausbildungsvergütungen

Nach einer Untersuchung der Arbeitskammer des Saarlandes von 57 Wirtschaftszweigen bzw. Ausbildungsberufen bestehen enorme Unterschiede bei den Lehrlingslöhnen. Sie reichen im dritten Lehrjahr von monatlich 160 DM für Damenschneider-Lehrlinge bis 1243 DM für einige Ausbildungsberufe in der Bauwirtschaft. Wesentlich geringer sind die Ausbildungsvergütungen im ersten und zweiten Lehrjahr. So erhalten die Lehrlinge in der Bauwirtschaft nur 40 Prozent der Vergütung des dritten Lehrjahres. Demgegenüber beträgt dieser Anteil in der eisenschaffenden Industrie 86 Prozent. Ähnliche Unterschiede gibt es in der Dauer des Urlaubs. Während die über 18 Jahre alten

Lehrlinge in der Textilindustrie 24 Tage erhalten, sind es im Malerhandwerk lediglich 15.

Streik bei Dunlop brachte Teilerfolg

Durch einen dreitägigen Streik gegen neueingeführte Vorgabezeiten bei der Akkordarbeit erreichten 60 Deckenarbeiter der Reifenproduktion der Hanauer Dunlop-Werke einen Teilerfolg. Der in zwei Stufen eingeführte neue Akkordwert forderte den zumeist türkischen und spanischen Arbeitern eine tägliche Mehrleistung von 20 Decken in der ersten und 40 Decken in der zweiten Stufe ab und war mit einem Lohnverlust bis zu 2 DM in der Stunde verbunden. In Verhandlungen des Betriebsrates mit der Unternehmensleitung wurde erreicht, daß die zweite Akkordstufe ausgesetzt und nochmals überprüft, keiner der Streikenden entlassen wird und jeder sein volles Weihnachtsgeld erhält.

Neuer Manteltarifvertrag für Zeitungsredakteure

Am 1. Januar tritt für die rund 6600 Tageszeitungsredakteure ein neuer Manteltarifvertrag (MTV) in Kraft. Bereits am 31. Dezember 1974 war der alte MTV ausgelaufen. Grund für die lange Verhandlungsdauer war die Weigerung des Verlegerverbandes, einer Arbeitszeitverkürzung auf 40 Wochenstunden verteilt auf fünf Arbeitstage zuzustimmen. Auch im neuen Manteltarifvertrag konnte dieses Ziel nicht ganz erreicht werden, aber Redakteure, die mehr als 195 Stunden monatlich arbeiten, erhalten erstmals ihre Überstunden mit einem Zuschlag von 25 Prozent vergütet. Daneben wurde im neuen MTV, der eine Laufzeit bis Ende 1979 hat, eine Anhebung des Sonntagsgeldes auf 40 DM sowie eine geringfügige Verlängerung des Urlaubs verankert.

Schutz gewerkschaftlicher Vertrauensleute abgelehnt

Die Verhandlungen der IG Metall mit dem Unternehmensverband Gesamtmetall über einen Tarifvertrag zum Schutz gewerkschaftlicher Vertrauensleute sind in Frankfurt ergebnislos beendet worden. Auch in der vierten Verhandlungsrunde hatten sich die Metallindustriellen geweigert, auf die Forderung der Gewerkschaft einzugehen. Die vorgeschobenen juristischen Argumente und „ordnungspolitischen Bedenken“ sind nach Auffassung der IG Metall „nichts anderes als Fassade für den Herrn-im-Hause-Standpunkt“ der Unternehmer.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahlen hinter dem Datum enthalten auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Zweigen.

31. Dezember 1976 — 3,8 Mill.

Metallindustrie ohne Bayern und VW (3 200 000), Holzindustrie verschiedener Bereiche (147 000), papier- und kunststoffverarbeitende Industrie (118 000), Einzelhandel Nordrhein-Westfalen (380 000).

31. Januar 1977 — 3,2 Mill.

Öffentlicher Dienst (1 760 000), Bundespost (195 000), Bundesbahn (200 000), Stationierungstreitkräfte (120 000), metallverarbeitende Industrie in Bayern (680 000), Volkswagenwerk (100 000), Groß- und Außenhandel in Hessen (80 000), Landwirtschaft (100 000), Kfz-Gewerbe in NRW und Schleswig-Holstein (60 000).

28. Februar 1977 — 1,17 Mill.

Banken (300 000), Groß- und Außenhandel (460 000), Einzelhandel in verschiedenen Tarifbezirken (400 000), Elektrohandwerk in Bayern (38 000), Holzverarbeitende Industrie in Hessen (27 000), Sägeindustrie in NRW, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein (30 000).

31. März 1977 — 0,9 Mill.

Einzel-, Groß- und Außenhandel — Teilbereiche (100 000), chemische Industrie in den Bezirken Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein (ca. 400 000), Druckindustrie (180 000), Versicherungen (180 000), Ernährungsindustrie Nordrhein-Westfalen — Angestellte (25 000), Sand-, Kies-, Mörtel- und Transportindustrie in den Bezirken Niedersachsen und Bremen.

30. April 1977 — 2,8 Mill.

Baugewerbe (1 500 000), Textil- und Bekleidungsindustrie (650 000), Groß- und Außenhandel — Teilbereiche (300 000), Einzelhandel in den Bezirken Schleswig-Holstein und Pfalz (20 000), Steinkohlebergbau an Ruhr und Saar (180 000), chemische Industrie in den Bezirken Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Niedersachsen/Bremen, Westfalen und Westberlin.

31. Mai 1977 — 0,4 Mill.

Chemische Industrie in den Bezirken Bayern und Saar (64 000), Einzelhandel im Bezirk Saar (40 000), Energie- und Versorgungsunternehmen in Baden-Württemberg (300 000).

Lehren aus dem Druckerstreik - Eine wichtige Neuerscheinung

Eine wichtige Frage für die Vorbereitung der neuen Lohnrunde ist die Auswertung und Nutzung der Erfahrungen der vorangegangenen Tarifaufinandersetzungen. Dabei spielen die Lehren des dreizehntägigen Druckerstreiks im Frühjahr 1976, in dem die von Unternehmern und Bundesregierung gesetzten Lohnleitlinien durchbrochen werden konnten, eine große Rolle. In diesem harten Arbeitskampf wurden geradezu wie in einem Brennspiegel alle die Bedingungen, Kräfte und Erfordernisse sichtbar, die bei der Entwicklung einer konsequenten Gewerkschaftspolitik heute berücksichtigt werden müssen.

Eine große Hilfe für diese Diskussion ist die jetzt vorliegende Analyse von Bernd Güther und Klaus Pickshaus: „Der Arbeitskampf in der Druckindustrie im Frühjahr 1976“. Damit beginnt das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) seine neue Publikationsreihe „Soziale Bewegungen - Analyse und Dokumentation“ im Rahmen der von der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH herausgegebenen „nachrichten-reihe“.

Diese Neuerscheinung ist nicht nur für die Gewerkschafter der Druckindustrie, sondern für alle sich mit den aktuellen Fragen der Gewerkschaftsbewegung befassenden Arbeiter und Angestellten, Studenten und Wissenschaftler von großem Interesse. Während des Streiks haben die Autoren an Ort und Stelle, in den Streiklokalen und bei Demonstrationen, Eindrücke sammeln und umfangreiches Material verwerten können.

Von wesentlicher Bedeutung ist vor allem der von den Druckern und Setzern erbrachte Beweis, daß auch unter Krisenbedingungen und bei Existenz einer hohen Arbeitslosenquote ein erfolgreicher Kampf geführt werden kann. Dabei zeigte sich, daß die eigenen Erfahrungen der Arbeitsplatzvernichtung in der Druckindustrie nicht ein resignativer, sondern eher ein aktionsfördernder Faktor war.

Vor dem Hintergrund solcher langjähriger Erfahrungen erhielt die gewerkschaftliche Kritik an der zentralen wirtschaftspolitischen Glaubensformel von Unternehmern, Bundesbank und Bundesregierung, daß höhere Gewinne mehr Investitionen und dann mehr Arbeitsplätze erbrächten, ihre Bestätigung und Wirksamkeit. Die konsequente Kritik an solchen Doktrinen und die Orientierung auf eine von der Bundesregierung unabhängigen Tarifpolitik waren wichtige Voraussetzungen für den Arbeitskampf.

In der Untersuchung wird nachgewiesen, daß die IG Druck und Papier mit der Ablehnung jeglicher Lohnleitlinien und der Behauptung einer von Parteien und Regierung unabhängigen Po-

litik der Verteidigung der Tarifautonomie alten Gewerkschaften einen großen Dienst erwiesen hat. Es zeigt sich, daß diese Position, die auch in der Ablehnung der konzertierten Aktion eine beschlußmäßige Grundlage besitzt, sich unmittelbar materiell auszahlt, auch wenn das Ziel einer Reallohnabsicherung nicht durchgesetzt werden konnte.

Die Erfahrungen dieses Arbeitskampfes belegen, mit welchen Angriffen, bruta-

len Methoden und Schärfe der Auseinandersetzung die Arbeiter und Angestellten bei der Verteidigung ihres Lebensstandards in Zukunft von Seiten der Unternehmer zu rechnen haben. Dies erfordert von allen DGB-Gewerkschaften ein noch weitaus größeres Maß des gemeinsamen solidarischen Handelns, insbesondere auch zur Abwehr der Unternehmerwaffe Aussperrung.

Die Verfasser machen in der Analyse die Mängel und Schwächen des Streiks deutlich, daß eine noch größere Aufmerksamkeit der Gewerkschaften künftig auf die Arbeit unter den Angestellten und auf die Öffentlichkeitsarbeit in der Bevölkerung gelegt werden muß, um Versuche der Isolierung besser abwehren zu können.

Eine sehr wichtige Erfahrung vermittelt die gesamte Untersuchung der Lohnrunde in der Druckindustrie für alle Tarifbewegungen: Der entscheidende Schlüssel für eine erfolgreiche Tarifpolitik liegt in der frühzeitigen Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten und in der Bereitschaft zum Einsatz der gesamten gewerkschaftlichen Kampfkraft.

us

Ausbildungsvergütung an die Facharbeiterecklöhne koppeln

Mit der gegenwärtigen Lohn- und Gehaltstarifbewegung verstärken sich insbesondere in der Gewerkschaftsjugend die Diskussionen über die Forderungen zur Erhöhung und über die Struktur der Ausbildungsvergütungen. Während in einigen Gewerkschaften ein gleich hoher Betrag für alle Lehrlinge und in anderen lineare Erhöhungen - z. B. 100 DM für alle Lehrjahre - gefordert werden, ist die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) einen anderen Weg gegangen.

Für die Gewerkschaft Holz und Kunststoff entpuppte sich der Bundesmanteltarifvertrag für die Auszubildenden des Tischlerhandwerks (ohne Baden-Württemberg und Berlin) 1974 und erst recht 1975 zu einer Quelle ständigen Ärgers. Im Herbst 1974 konnten die tariflichen Ausbildungsvergütungen erst angehoben werden, nachdem die GHK bei den Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen in den einzelnen Bezirken konsequent jedes Ergebnis für die Erwachsenen abgelehnt hatte, bevor nicht die neuen Ausbildungsvergütungen vereinbart waren.

Noch härter wurde die Konfrontation im Sommer/Herbst 1975: Offensichtlich glaubte man beim Tischlerhandwerk, in der Frage der Auszubildenden der Gewerkschaft Holz und Kunststoff als Modell einen „Tarifstopp“ aufzwingen zu können, um anschließend auch in anderen Fragen - zum Beispiel beim Urlaub - Verlängerungen der Tarifver-

träge ohne Verbesserungen zu fordern. Die Arbeitgeber erklärten schlichtweg, die Auszubildenden sollten für 1975/76 keinerlei Erhöhungen ihrer monatlichen Ausbildungsvergütung und des zusätzlichen Urlaubsgeldes erhalten.

Aber diese Rechnung der Tischlerinnung ging nicht auf! Die Bundesverhandlungen über die Auszubildenden scheiterten. Bei den dann folgenden Regional-Tarifverhandlungen konnte die GHK in Nordrhein-Westfalen eine neue tarifliche Regelung für die Auszubildenden durchsetzen. In Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen lehnten die Tischlerinnungen einen Schlichtungsanspruch ab, der eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen ab 1. Oktober 1976 um 6,3 Prozent vorsah. Die Antwort der Tischlergesellen war ein Streik, der nicht nur die zuvor so hart abgelehnte 6,3prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung ab 1. Oktober, sondern auch die

Anhebung der Ausbildungsvergütungen nach dem Muster der nordrhein-westfälischen Regelung zur Folge hatte.

Die mehrfach vorgetragenen Wünsche des Bundesinnungsverbandes für das Tischlerhandwerk, erneut über einen Bundestarifvertrag für die Auszubildenden zu verhandeln, beantwortete die GHK in Nordrhein-Westfalen mit der Forderung, in Zukunft die Ausbildungsvergütungen an die Entwicklung der tariflichen Facharbeiterlöhne zu koppeln. Solch eine Koppelung war in früheren Jahren bei den Verhandlungen sowohl auf Bundesebene als auch in den Bezirken vom Tischlerhandwerk strikt abgelehnt worden. Nachdem der Bundesinnungsverband diese Vorbedingung akzeptierte, stand Verhandlungen auf Bundesebene im Juni 1976 nichts mehr im Weg.

Das Ergebnis dieser Verhandlung auf Bundesebene (ohne Baden-Württemberg) sieht folgende monatliche Ausbildungsvergütung vor:

Im ersten Ausbildungsjahr:
27 Facharbeiterlöhne;

Im zweiten Ausbildungsjahr:
33 Facharbeiterlöhne;

Im dritten Ausbildungsjahr:
39 Facharbeiterlöhne
(ab 1978: 40 Facharbeiterlöhne).

Die GHK legte bei den Tarifverhandlungen besonderen Wert darauf, daß keine Staffelung der Ausbildungsvergütung nach dem Lebensalter zu Beginn der Ausbildung stattfindet. Ein weiterer wichtiger Erfolg war die Vereinbarung eines Jahresurlaubs von mindestens 22 Arbeitstagen, der ab 1978 auf 23 und ab 1979 auf 24 Urlaubstage ohne Rücksicht auf das Lebensalter der Auszubildenden ansteigt.

Auch das zusätzliche Urlaubsgeld wird an die Entwicklung der Facharbeiterlöhne gekoppelt. Der Stichtag für den Facharbeiterlohn zur Berechnung des zusätzlichen Urlaubsgeldes ist jedoch der 1. Januar (im Gegensatz zum 1. August bei den Ausbildungsvergütungen). Dadurch steigt das zusätzliche Urlaubsgeld sofort bei Beginn des Urlaubsjahres.

Der neue Bundestarifvertrag gilt erstmals auch für Berlin, wo eine Besitzstandsklausel die gegenwärtigen höheren Ausbildungsvergütungen so lange festschreibt, bis sie von der Regelung des Bundesvertrages überholt werden. Baden-Württemberg fällt nicht unter den Bundesvertrag, weil dort wesentlich höhere Ausbildungsvergütungen gelten. (Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ druckten wir diesen Beitrag von Peeter Raane - unwesentlich gekürzt - nach.)

Teilnahme an konzertierter Aktion wegen „wichtiger Informationen“?

Anfang Januar tritt abermals die sogenannte konzertierte Aktion zusammen, an der sich bekanntlich die Bundesregierung, Unternehmerverbände und die Gewerkschaften beteiligen. Rechtzeitig vorher veröffentlichte der Sachverständigenrat der Bundesregierung sein Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung 1977. Wie in der Vergangenheit immer schon, lenken die „fünf Weisen“ die Schuldfrage für mögliche wirtschaftliche Negativ-Entwicklungen vorsorglich wieder auf die Gewerkschaften ab, indem sie „wissenschaftlich“ nachzuweisen versuchen, daß es nur aufwärts geht, wenn die Gewerkschaften bei den Lohn- und Tarifforderungen hübsch kurztreten, damit die Unternehmer kräftig Profit machen.

Ob nun der Sachverständigenrat, die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, der Wirtschaftsmini-

ster oder Unternehmerboß Schleyer persönlich - sie alle „prognostizieren“ in schöner Regelmäßigkeit immer das, was eigentlich jeder wissenschaftlich nicht vorgebildete, aber mit der Kenntnis und Erfahrung unserer kapitalistischen Klassengesellschaft ausgerüstete Gewerkschafter lange vorher schon weiß: An der Unvernunft der Gewerkschaften bricht mal wieder alles zusammen.

Andere Gewerkschaften haben sich dazu noch nicht bereit finden können, obgleich unbestritten ist, daß dort versucht wird, Leitlinien für die gewerkschaftliche Lohn- und Gehaltspolitik zu setzen, die den Unternehmern und der Bundesregierung genehm sind. Zwar erklären der DGB-Vorsitzende Vetter, IG-Metall-Vorsitzender Loderer und andere, daß die konzertierte Aktion die Tarifautonomie nicht beeinträchtigen dürfe, aber in der Praxis ist diese Beeinträchtigung dennoch gegeben.

Es wäre darum angebracht, daß sich die Gewerkschaften in Bezug auf die konzertierte Aktion auf einen gemeinsamen Nenner verständigen, der die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Vordergrund stellt. In diesem Zusammenhang ist eine Anregung von Metall-Gewerkschaftern interessant, wonach auch die DGB- und Gewerkschaftsfunktionäre, die sich zu einem generellen Austritt aus der konzertierten Aktion nicht entschließen können, wenigstens dann der Seelenmassage fernbleiben, wenn wichtige Tarifbewegungen unmittelbar bevorstehen oder bereits stattfinden.

Auf diese Weise könnten die Gewerkschaften glaubhaft unterstreichen, daß sie sich in die Tarifpolitik von außen nicht hineinregieren lassen. Was nützt es, wenn Gewerkschaftsführer - wie im abgelaufenen Jahr geschehen - in den Sitzungen der konzertierten Aktion und auch in der Öffentlichkeit erklären, sie würden sich auf eine 5,5-Prozent-Leitlinie nicht festlegen lassen, dann aber doch nur Lohn- und Gehaltserhöhungen in dieser Größenordnung vereinbaren. Die einengende Wirkung der konzertierten Aktion ist auch daran erkenntlich.

Jetzt und bis zum Abschluß der wichtigsten Tarifbewegungen den Sitzungen der konzertierten Aktion fernzubleiben, wäre eine notwendige Demonstration gewerkschaftlicher Unabhängigkeit und ein Akt der Solidarität mit den um ihre berechtigten Forderungen kämpfenden Arbeitern, Angestellten und Beamten.

G. S.

DAS ARGUMENT

Zu allem Überfluß versammeln sich dann in der konzertierten Aktion eben diejenigen, die in den Gewerkschaften die schwarzen Schafe der Nation sehen, um sie mit ihren hausgemachten, spekulativen Zahlen und Daten in die Enge zu diskutieren. Im übrigen handelt es sich bei diesen Zahlen und Daten um solche, die aufgrund kapitalistischer Alleinbestimmung der Unternehmer zustande gekommen sind.

Viele Gewerkschafter fragen sich, warum ihre Spitzenfunktionäre trotzdem regelmäßig die antigewerkschaftliche Seelenmassage der konzertierten Aktion über sich ergehen lassen. Neben zahlreichen regionalen Delegiertenkonferenzen und zentralen Personengruppentagungen der Gewerkschaften haben

Zunehmende Marktbeherrschung auch im Einzelhandel

Zu Recht wendet sich die gewerkschaftliche Forderung nach Kontrolle wirtschaftlicher Macht in erster Linie gegen die marktbeherrschenden Positionen von Konzerngiganten aus zwei wirtschaftlichen Bereichen: Schlüsselindustrien und Bankwesen. Solche „Elefantenhochzeiten“ der letzten Jahre wie die zwischen Thyssen und Rhein Stahl oder von Mannesmann mit Demag sind selbst in der Nachkriegsgeschichte der bundesdeutschen Industrie ohne Beispiel. Und welche Macht insbesondere die drei Großbanken darstellen, war selbst einem offiziellen Bericht zu entnehmen, über den die „NACHRICHTEN“ in Nr. 9/76 informierten.

Keineswegs können es sich die Gewerkschaften aber leisten, andere Wirtschaftszweige unbeachtet zu lassen. Was sich im Einzelhandel seit dem Sommer 1975 an Konzentration wirtschaftlicher Macht anbahnt und durch den Wahlkampf in den Hintergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit gedrängt wurde, zwingt zur Stellungnahme und zum Handeln.

Zwei Rekorde konnte der Einzelhandel Mitte 1976 verbuchen, und von beiden haben weder die Arbeiter und Angestellten dieser Branche noch die Verbraucher auf längere Sicht Gutes zu erwarten: den bedeutendsten Konzentrationsvorgang und die größte Firmenpleite.

Im Juli gab bekanntlich der ohnehin mächtigste Warenhauskonzern Westeuropas, die Karstadt AG, bekannt, daß er im Laufe der nächsten Jahre den Neckermann-Konzern schrittweise übernehmen wird. Inzwischen hat auch das Bundeskartellamt dieser Fusion zugestimmt. Karstadt gliedert sich damit weitere Warenhäuser, bedeutende Positionen des Versandhandels und des Touristikgeschäfts, sowie im Eigenheimverkauf und im Versicherungswesen an. Im Versandhandel wird er damit nach „Quelle“ und „Otto-Versand“ die dritte Stelle einnehmen. Zugleich wird Karstadt zum größten Touristikunternehmen der Bundesrepublik. Letzteres findet selbst die „Frankfurter Allgemeine“ (3. Juli 1976) „bedenklich“, und ihre Feststellung hinsichtlich des Versandhandels, daß dessen Übernahme durch „Quelle“ oder „Otto“ ein noch größeres Übel gewesen wäre, ist nur ein schwacher Trost.

Die ganze Tragweite dieser Fusion wird aber erst deutlich, wenn man weiß, daß der Karstadt-Konzern seinerseits maßgeblich durch die Deutsche Bank und die Commerzbank, die jeweils über 25 Prozent Kapitalanteil besitzen, beherrscht wird. Dadurch wird es Karstadt auch bei weiteren Fischzügen nicht an Informationen, finanziellen Mitteln und sonstigen, den Weg zu grö-

ßerer Macht ebenden „Dienstleistungen“ fehlen. Während Neckermann durch den Verkauf der drohenden Pleite zuvorkam, ging im August 1976 die SB „mehr Wert“ GmbH u. Co. KG bankrott. Es handelt sich hierbei um den drittgrößten Selbstbedienungswarenhauskonzern der Bundesrepublik, der mit besonders aggressiven Ge-

Horrende Manager-Gehälter

(Jahresbezüge in DM)

Herbert Quandt (VARTA)	1 303 000
F. Wilhelm Christians (Deutsche Bank)	998 000
Joachim Zahn (Daimler-Benz)	979 000
Egon Overbeck (Mannesmann)	944 000
Friedrich Kristinus (Brinkmann)	932 000
Eberhard v. Kuehnheim (BMW)	894 000
Jürgen Ponto (Dresdner Bank)	837 000
Dieter Spethmann (Thyssen)	781 000
Toni Schmücker (VW)	753 470
Bernhard Plettner (Siemens)	700 000
Herbert Grünwald (Bayer)	697 000
Fritz Seydaack (Horten)	653 000
Walter Deuss (Karstadt)	634 000
Helmut Thoma (Kaufhof)	634 000
Paul Lichtenberg (Commerzbank)	633 000
Rudolf v. Bennigsen-Foerder (VEBA)	632 000
Heinz Nixdorf (Nixdorf)	602 000
Robert Mintrop (Krupp Hüttenwerke)	595 000
Roif Sammet (Hoechst)	580 000
Matthias Seefelder (BASF)	569 000

(Die Bezüge sind auf der Basis der Geschäftsberichte 1975 errechnet. — Aus „Stern“, Nr. 48)

schäftspraktiken aufgetreten war und einen Marktanteil von rund 10 Prozent an sich gebracht hatte.

Bemerkenswert auch hier wieder die Rolle der Großbanken. Ein möglicher Verlust von Guthaben bei „mehr Wert“ in einer Höhe von zusammen 15 Millionen DM bedeutete für die großen Drei „sicher kein Schock“, wie der Münchner Merkur vom 10. August 1976 schrieb. „Solche Ereignisse werden mit einer Wertberichtigung ausgeklammert, die im Großraum der Bilanzen Randbemerkung bleibt.“

Für die Beschäftigten der pleitegehenden und fusionierenden Unternehmen haben derartige Federstriche weitaus größere Konsequenzen. Für die Neckermann-Kaufhäuser, die 1975 10 Millionen DM Verluste brachten, hat Karstadt durchgreifende Rationalisierungsmaßnahmen und Schließungen angekündigt. Der Bankrott des „mehr Wert“-Konzerns brachte nicht weniger als 3500 Arbeitsplätze in Gefahr. Ein Teil von ihnen wurde vernichtet, weil mehrere Konkurrenten, die einige der „mehr Wert“-Warenhäuser an sich rissen, oft nur jüngere und leistungsfähigere Arbeiter und Angestellte übernahmen.

Dabei ist zu beachten, daß diese Firmenpleite selbst nach Eingeständnis des Präsidenten der Unternehmerorganisation „Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels“, F. Conzen, nur die „Spitze eines Eisberges“ darstellt. Neben jährlich mehreren tausend kleinen Geschäften schloß beispielsweise im Herbst 1975 im Raum Frankfurt/Offenbach die Lebensmittelhandelskette Rewe-Vema mit 1500 Beschäftigten in 72 Verkaufsfilialen. Im März 1976 mußte in Frankfurt das „Bieberhaus“, eines der größten Einzelhandelsunternehmen für Elektroartikel, Konkurs anmelden. Mit der Beschleunigung der Konzentration im Einzelhandel hat auch die soziale Unsicherheit in dieser Branche zugenommen — sowohl für die Arbeiter und Angestellten als auch für die verbliebenen mittelständischen Einzelhändler.

Aber nicht nur das fordert gewerkschaftliche Aktivitäten heraus. Es stellt sich gleichzeitig immer mehr die Frage, was der Verbraucher eigentlich von der Konzentration, die ja mit erheblicher Leistungssteigerung einhergeht, spürt! Trotz Produktivitätssteigerung besonders bei den Großen des Einzelhandels gehen die Preise ständig weiter in die Höhe, weil es mit zunehmender Marktkonzentration immer besser gelingt, die Konkurrenz teilweise und zeitweilig unwirksam zu machen. Neben dem Kampf für Rationalisierungsschutz erstreckt sich die gewerkschaftliche Forderung nach Mißbrauchsaufsicht bei marktbeherrschenden Unternehmen zunehmend auch auf Teile des Einzelhandels. H. Z.

„Eurovia“-Belegschaft demonstrierte gegen Arbeitsplatzvernichtung

Alfred Schlösser, Schwerbeschädigten-Obmann bei der Schulte und Dieckhoff GmbH im Werk „Eurovia“ in Gelsenkirchen-Resse, hat den Mantelkragen hochgeschlagen. Die Hände sind in den Taschen vergraben. Mit 500 Kolleginnen und Kollegen der Strumpfhosenfabrik mit dem wohlklingenden Namen friert er im eisigen Wind vor dem breiten Treppenaufgang des Steinpalastes der Westdeutschen Landesbank (WDL) in Düsseldorf.

Mit schwarzen Fahnen und Transparenten, „Die Bankbosse entscheiden, wir sollen leiden“ — „Der Landesbank geht es gut — nur, unsere Arbeitsplätze gehen kaputt“ — „Strukturpolitik der Landesbank 600 Arbeitslose“, geben Arbeiterinnen und Arbeiter ihrem Betriebsrat Flankenhilfe. Betriebsrat, gemeinsam mit Funktionären der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, haben ein Gespräch mit dem Vorstand der Bank, an der Spitze ihrem Leiter, Ludwig Poullain, erzwungen.

Belegschaft und Betriebsrat sind nach Düsseldorf gekommen, um dagegen zu protestieren, daß die Bank eines „sozialbural“ geführten Landes sich dem aus Profitgründen gefaßten Beschluß der Schulte und Dieckhoff GmbH, das „Eurovia“-Werk zu schließen, vorbehaltlos anschloß. Dabei hätte die WDL, bei einem 58prozentigen Mehrheitsanteil an der Schulte und Dieckhoff GmbH, die Möglichkeit, mit einem „Nein“ die Vernichtung von 600 Arbeitsplätzen zu verhindern. Zumal „Eurovia“ im Zuge von Arbeitsplatzbeschaffung mit Steuergeldern gebaut und mit einer Landesbürgschaft von 20 Millionen über Wasser gehalten wurde.

Ohrenbetäubende Pfiffe und Pfui-Rufe gellten zu den Vorstandsetagen der Bank herauf, als Betriebsratsvorsitzender Günter Giesler mit versteinertem Gesicht nach dreistündiger Verhandlung der Belegschaft mitteilte, der Vorstand der Bank sei nicht bereit, den Stilllegungsbeschluß zu revidieren. Als die 500 Frauen und Männer der insgesamt 600 Beschäftigten im „Eurovia“-Textil-Werk unter ihren schwarzen Fahnen und Transparenten zu den Bussen zurückmarschierten, da ließen sie keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie bis zum letzten ihre Arbeitsplätze verteidigen werden.

Auf dem Weg zum Bus erzählt Alfred Schlösser „seine Geschichte“. 1966, als die Zeche Bismarck in Gelsenkirchen stillgelegt wurde, hat man ihm wie 140 anderen Kumpeln bei „Eurovia“ einen sicheren Arbeitsplatz angeboten. „Jetzt stehen wir endgültig vor dem Nichts“, sagt der Mann, der heute herzkrank ist, unter Rheuma und Hüftknochenverschleiß leidet. „Wenn ich

hier weg muß, dann kann ich mir gleich einen Strick nehmen. Ein Arbeiter wie ich, der angehumpelt kommt, wird doch von jedem Unternehmer nach Hause geschickt.“ Die gleiche Sorge hat sein Nebenmann. „Ich war 29 Jahre unter Tage, 1966, als Bismarck dichtgemacht wurde, war ich froh, noch einen Arbeitsplatz zu finden. Heute mit 54 bin ich abgeschrieben und reif zum Stempeln.“ Eine Näherin schimpft erregt: „Als Schulte und Dieckhoff vor einigen Jahren sein Zweigwerk in Herne dichtmachte, hieß es, bei „Eurovia“ bekommt ihr einen sicheren Job. Das war doch alles Gerede, um uns ruhig zu halten und bis zum letzten Tag für die Firmenleitung Profite machen zu lassen.“ Alfred Schlösser erinnerte an 1966: „Da schaffte der Schulte für jeden Bergmann, den er übernahm, 10 000 DM. Von der Stadt hatte er zuvor das Gelände für die „Eurovia“ praktisch geschenkt bekommen. 1968 bekam er eine Landesspritze von 20 Millionen DM. Alles, damit Arbeitsplätze geschaffen wurden und erhalten bleiben sollten.“

Wie die Firmenleitung darüber denkt, das sagte ein Sprecher des Unternehmens ohne rot zu werden auf einer Belegschaftsversammlung in der Werkhalle: „Wenn Firmen für Werksansiedlungen Steuergelder erhalten, dann ist das nichts Besonderes. Das heißt aber nicht, daß die Arbeitsplätze erhalten bleiben.“ Vor diesem Hintergrund wiegt ein Brief der „Solidargemeinschaft Resse Bürger“ für den Erhalt von „Eurovia“ an den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Kühn um so schwerer. Betriebsräte, Geschäftsleute, Pfarrer aus Gelsenkirchen stellen dort fest: „Mit dem bestimmenden Kapitaleigner des Eurovia-Betriebes, nämlich der Westdeutschen Landesbank, ist es die Bank dieses Landes und damit ihrer Regierung, die über Sein oder Nichtsein des für unseren Stadtteil lebenswichtigen Betriebes zu entscheiden hat.“ Abschließend verweist die Bürgerinitiative auf die besondere Verpflichtung der Landesregierung, die sich aus der Verfassung Nordrhein-Westfalen ergibt. Dort heißt es im Artikel 24/1: „Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen.“ by

Medienpolitik

Einen wesentlichen Schritt in Richtung Mediengewerkschaft ging die Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) auf ihrem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag vom 3. bis 5. November 1976 in Dortmund. Innerhalb der 41 000 Mitglieder zählenden Gewerkschaft Kunst — ein Zusammenschluß von acht Einzelverbänden — stellt die RFFU mit 17 400 Mitgliedern den größten Block.

Die RFFU war bislang ebenfalls keine Mitgliedergewerkschaft, sondern eine Vereinigung von 16 Verbänden der einzelnen Rundfunkgesellschaften bzw. der beim Film Beschäftigten. Mit dem Beschluß, eine Mitgliedergewerkschaft aufzubauen und Landesbezirke zu schaffen, wird es in der Perspektive leichter sein, zusammen mit der IG Druck und Papier eine umfassende Mediengewerkschaft zu bilden.

Viel Beachtung fand ein Grundsatzreferat des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter, der sich gegen die Pressekonzentration wandte und vor einer Art neuer Reichsschrifttumskammer warnte. Gegenüber der Monopolpresse forderte er „Entflechtungsmaßnahmen“ und regte genossenschaftliche Organisationsformen im Pressebereich an. Gleichzeitig verlangte Vetter die öffentlich-rechtliche Struktur von Rundfunk und Fernsehen und sprach sich energisch gegen jegliche Privatisierungspläne aus.

Diese Forderungen sind auch im beschlossenen medienpolitischen Konzept der RFFU enthalten, das dem DGB als Grundlage für ein umfassendes Medienprogramm dienen soll. Eine wesentliche Forderung des RFFU-Papiers sowie weitere Beschlüsse des Gewerkschaftstages haben das Verlangen nach Mitbestimmung in Funk und Fernsehen zum Inhalt. Zahlreiche Forderungen zur Tarifpolitik sowie der Beschluß, einen Streikfonds zu schaffen, lassen erkennen: Die RFFU-Mitglieder sind bereit, ihre Belange notfalls auch mit einem Arbeitskampf durchzusetzen.

Demonstrativ wandte sich der Gewerkschaftstag gegen den Berufsverbotserlaß der Ministerpräsidenten und gegen jegliche Sondergesetze. Ebenso verlangte er die ersatzlose Streichung des Gewaltparagraphen 88a im Strafgesetzbuch. Ferner legten die Delegierten fest, mit der zum CGT gehörenden französischen Mediengewerkschaft FNS Kontakt aufzunehmen. Der wiedergewählte Vorsitzende der RFFU, Otto Sprenger, zugleich Vorsitzender der Gewerkschaft Kunst, kündigte an, seine Organisation wolle die Zusammenarbeit mit der IG Druck und Papier innerhalb der gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft Publizistik intensivieren. W. P.

Gegen Notstand der Bildung noch stärker demonstrieren!

Den Einfluß der Unternehmerverbände und konservativer politischer Kreise auf bildungspolitische Entscheidungen und Planungen zurückzudrängen, forderte der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter auf der „Bildungspolitischen Konferenz '76“ vom 2. bis 4. November in Essen. Rund 400 Delegierte des DGB und der Einzelgewerkschaften sowie 100 Gäste kritisierten die Bildungsmisere in der Bundesrepublik, bekräftigten gewerkschaftliche Forderungen und berieten Durchsetzungsstrategien.

Vetter wies nach, daß die geplante Bildungsreform an den harten Realitäten der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse gescheitert sei und die überholten Strukturen des Bildungswesens weiterhin unangetastet blieben. Anknüpfend an die machtvolle DGB-Demonstration der 50 000 am 8. November 1975 in Dortmund, rief der DGB-Vorsitzende dazu auf, „den Willen der Betroffenen noch breiter, noch häufiger und noch härter zu demonstrieren“.

Gegenüber den Gewerkschaftssprechern redeten andere Referenten — z. B. Bildungsminister Helmut Rohde — an der Konferenz vorbei und befleißigten sich, Lösungsvorschläge der Krise im Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft anzupreisen. Anders verlief die Debatte in den acht Arbeitskreisen.

Einer der Arbeitskreise beschäftigte sich mit dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit, deren wahres Ausmaß „aufgrund der ungenügenden Erfassung noch gar nicht bekannt“ sei. Einigkeit bestand darüber, daß die Überwindung der Arbeitslosigkeit „ohne Eingriffe in die gegebene Wirtschaftsstruktur und in die private Entscheidungsautonomie nicht möglich sein wird“. Wesentlichen Einfluß zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit habe die Bereitstellung von genügend qualifizierten Ausbildungsplätzen vor allem in den Großbetrieben. Gegenwärtig bilden nur 16 Prozent aller Betriebe der Bundesrepublik Lehrlinge aus.

Diskutiert wurde in mehreren Arbeitskreisen die Möglichkeit, mittels Tarifverträgen der Berufsnot der Jugendlichen zu begegnen. Mit dem Endziel einer gesetzlich geregelten Berufsbildungsabgabe wurde dabei an wirtschaftszweigorientierte Fondssysteme, ähnlich denen der Bauwirtschaft, gedacht.

Als ein Instrument für eine gewerkschaftliche Bildungsoffensive und der Zurückdrängung des Einflusses der Unternehmerverbände auf die Schule bezeichnete die Konferenz die vom letzten DGB-Kongreß beschlossenen Ar-

beitskreise „Schule — Gewerkschaft“. Diese sollen in allen DGB-Kreisen unverzüglich eingerichtet bzw. aktiviert werden und gewerkschaftliche Positionen sowie Erfahrungen der Arbeitswelt in die Schule einbringen. Neben gewerkschaftlich organisierten Lehrern sollen für diese Arbeitskreise auch Eltern, insbesondere gewerkschaftlich organisierte Elternvertreter, angesprochen werden. Mit diesen gewerkschaftlichen Arbeitskreisen will man mithelfen, die ideologische Offensive der Unternehmerverbände und ihren 300 schon lange existierenden Arbeitskreisen „Schule — Wirtschaft“ wirksam zu bekämpfen.

Großen Zuspruch fand ein Arbeitskreis, der sich mit der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen im Bildungsbereich beschäftigte. Mehrere Redner berichteten, daß insbesondere bei jungen Gewerkschaftern die Bereitschaft bestehe, wenn sie gerufen worden, wie im vergangenen Jahr nach Dortmund, für eine bessere Bildung auf die Straße zu gehen. Gleichzeitig wurde herausgearbeitet, daß zur Verwirklichung der bildungspolitischen Forderungen und Entwicklung einer gewerkschaftlichen Gegenmacht die ganze Kraft der Gewerkschaften eingesetzt und vor allem auf betrieblicher Ebene gehandelt werden müsse.

In ihrem Schlußwort verlangte Maria Weber, für Bildung zuständige stellvertretende Vorsitzende des DGB, wie schon zuvor Heinz Oskar Vetter, daß es notwendig sei, die Mittel für die Rüstung und die Rüstungsforschung zugunsten des Bildungswesens einzuschränken. Ebenso kritisierte Maria Weber, daß ausgebildete Lehrer auf der Straße stehen, während fast in jeder Schule täglich Unterrichtsstunden wegen Lehrermangels ausfallen. Die den Unternehmern zur Verfügung gestellten Subventionen für Bildungsmaßnahmen bezeichnete sie als „öffentliche Förderung der Eigentumsbildung in Arbeitgeberhand“. Vor allen DGB-Gewerkschaften steht jetzt die Aufgabe, die Ergebnisse der Essener Konferenz gründlich auszuwerten und in die aktive gewerkschaftliche Arbeit einzubeziehen. pet.

Personalräte für Mitbestimmung

Zu einer einzigen Anklage gegen Streß und unmenschliche Arbeitsbedingungen im Bereich der Bundespost gestaltete sich eine Podiumsdiskussion während der 8. Bundes-Personalrätekonferenz der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) am 28. und 29. Oktober 1976 in Braunschweig (vgl. NACHRICHTEN 11/76, S. 24). Auf die provozierende Frage von Staatssekretär Elias vom Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, wo gibt es denn noch inhumane Arbeitsplätze, antworteten zahlreiche Delegierte. Beispielsweise müssen Frauen bei Postscheckkämtern in einer Stunde 2000 und einer Schicht 14 000 Kontoauszüge auf ihre Richtigkeit prüfen, und es wird eine diskriminierende Fehlerkartei geführt.

In seinem Tätigkeitsbericht führte der zuständige Bundes-Personalratsekretär Ewald Wehner aus, daß „die rüde Kampagne gegen den öffentlichen Dienst von den öffentlichen Arbeitgebern... zur Begründung weiterer Rationalisierungsmaßnahmen benutzt“ werde. Zwar konnte die gewerkschaftliche Arbeit verhindern, den Personalbestand im vergangenen Jahr um 10 000 Beschäftigte zu verringern, aber immerhin gab es 2376 Arbeitskräfte weniger.

Daß intensive gewerkschaftliche Arbeit und Aktionen zu Erfolgen führen, widerspiegelte sich in dem Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden der Hauptjugendvertretung, Thea Bayer-Rossi. So konnte mit der Aktion „Mehr Stifte mit Köpfen“ verhindert werden, daß Ausbildungsstätten geschlossen und die Zahl der Lehrlinge reduziert wurde. Insgesamt bildeten die jugendlichen Delegierten — 51 von 192 — innerhalb der Konferenz eine aktive vortreibende Kraft.

Bei den 110 Anträgen und mehreren Initiativanträgen standen Forderungen zur Verbesserung des Personalvertretungsgesetzes und seiner vollen Ausschöpfung im Interesse der Beschäftigten sowie Mitbestimmungsbegehren für humane Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt. Unter anderem wurde von der Regierung verlangt, daß das Maschinenschutzgesetz und andere Arbeitsschutzgesetze auch für den Bereich der Bundespost Anwendung finden.

In einem Grundsatzreferat zum Abschluß der Konferenz protestierte der DPG-Vorsitzende Ernst Breit gegen alle Bestrebungen, „notwendige öffentliche Dienstleistungen der Gesetzmäßigkeit der Gewinnmaximierung zu unterwerfen“, und kritisierte „die wechselseitige Abhängigkeit zwischen privater Wirtschaft und Deutscher Bundespost“, die besonders in der Zeit der Wirtschaftskrise deutlich geworden wäre. W. P.

Leonhard Mahlein: Herausforderungen an Gewerkschaften

Zur Eröffnung des DGB-Bildungsprogramms hielt der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, am 12. Oktober 1976 in München ein Referat mit dem Thema „Hält die Politik der Gewerkschaften den Herausforderungen der Zukunft stand?“. Nachfolgend veröffentlichten NACHRICHTEN die Teile der Rede, die sich mit der Lohnpolitik und mit der Überarbeitung des DGB-Grundsatzprogramms befassen.

Die Entwicklung der letzten Jahre kann den Gewerkschaften weder Anlaß geben, die Hände in den Schoß zu legen, noch rechtfertigt sie es, daß wir uns mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen abfinden. Die Lage wird sich auch im nächsten oder übernächsten Jahr nicht bessern: Auch dann werden sich die Gewerkschaften mit einseitigen Maßhalteappellen, mit dem Versuch regierungsamtlicher Lohnleitlinien und mit der Politik der Unternehmerverbände konfrontiert sehen; nämlich die Gewinne zu Lasten der Löhne und Gehälter zu verbessern. Auch dann werden wir noch Arbeitslose haben. Ich möchte meinen Ausführungen fünf Thesen voranstellen.

1. Aufgabe der gewerkschaftlichen Tarifpolitik wird es weiterhin sein müssen, die Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten weitgehend zu sichern und zu verbessern. Das heißt, daß wir auch zu berücksichtigen haben, daß die Lohnerhöhungen nicht nur von höheren Preisen, sondern ebenso von höheren Steuern und Sozialaufgaben aufgefressen werden. Daher können wir uns auch nicht auf moderne Formeln einlassen wie etwa in der zurückliegenden Lohnrunde: Lohnerhöhungen nur bis zur Grenze der Preissteigerungen. Denn dies würde den Reallohn-Verlust im Klartext bedeuten.

2. Wir können und dürfen uns nicht abdrängen lassen auf interne Verteilungskämpfe unter den Arbeitern und Angestellten. Ich denke hier etwa an die heftigen Debatten nach Forderungen für einheitliche DM-Beträge. In dem Zusammenhang war in letzter Zeit bisweilen der wohlgemeinte Rat zu hören: „Oben kappen, unten sockeln.“ Dies gelte erst recht, so wurde gesagt, seitdem es weniger zu verteilen gebe. Ich halte es für erforderlich, daß man sich im Zusammenhang damit etwas intensiver mit der Theorie des Kaufwertes der Arbeitskraft beschäftigt und den Verhältnissen des Arbeitsmarktes.

Gegen zusätzliche Anhebungen unterer Lohngruppen ist nichts einzuwenden. Die Gewerkschaften praktizieren dies in gewissen Abständen seit eh und je. Doch ein Herunterfahren oder eine Benachteiligung oberer Tarifgruppen ist für die Gewerkschaften nicht annehmbar. Unsere Politik kann nur umgekehrt lauten: Zusätzliche Angleichung der unteren Lohngruppen nach oben! Eine Tarifauseinandersetzung hat sich gegen einen gemeinsamen Gegner zu richten, und das sind die Unternehmer. Es wäre dagegen für uns lebensbedrohend und brächte im Ergebnis nichts ein, wenn wir uns auf gegenseitige Verteilungskämpfe in den eigenen Reihen abdrängen ließen.

3. Tarifpolitische Vorleistungen — etwa auf einen kommenden Wirtschaftsaufschwung oder auf eine niedrige Inflationsrate — sollten für die Gewerkschaften unzumutbar sein. Die Gewerkschaften haben im zurückliegenden Halbjahr Lohnerhöhungen von durchschnittlich 6,3 Prozent durchsetzen können, doch die Gewinne sind um mehr als 20 Prozent gestiegen. Ich frage: Wo bleiben nunmehr die Investitionen, wo bleiben die neuen Arbeitsplätze, die angeblich mit diesen Gewinnen geschaffen werden sollten? Wir selbst und ebenso die uns nahe-

stehenden Politiker sollten endlich eine bittere Wahrheit aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zur Kenntnis nehmen, nämlich, daß die herrschende Klasse noch nie Opfer und Vorleistungen der Arbeiterbewegung honoriert hat. Wir sollten endlich die Konsequenzen ziehen aus der Entwicklung der 20er Jahre oder aus den Erfahrungen der letzten zwei Jahre. Allemal ist die Arbeiterbewegung betrogen worden, wenn sie aus taktischen Gründen zurückgewichen ist. Und der Reformverzicht der letzten Jahre hat lediglich bewirkt, daß die politische Reaktion heute noch übermütiger geworden ist.

4. Wir können uns nicht auf die fragwürdige Formel der modernen Wirtschaftspolitik einlassen: höhere Gewinne seien gleichbedeutend mit Investitionen und neuen Arbeitsplätzen. Seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre sind die Rationalisierungs-Investitionen unverhältnismäßig angewachsen. Um dies an einem Beispiel aus der Druckindustrie deutlich zu machen: In den 60er Jahren wurden im Jahresdurchschnitt 400 Millionen DM investiert. Zur gleichen Zeit nahm die Beschäftigung pro Jahr um 5 Prozent zu.

Seit 1969 haben die Unternehmer ihre Investitionen im Jahresdurchschnitt verdoppelt: auf 800 Millionen DM pro Jahr. Nun sollte man annehmen, daß seitdem die Arbeitsplätze vermehrt worden wären. Doch die Folge war genau das Gegenteil: Seit 1970 ist die Beschäftigung um jährlich 15 Prozent zurückgegangen: Bis heute sind 32 000 Arbeitsplätze verlorengegangen. In anderen Wirtschaftszweigen stehen wir vor ähnlichen Entwicklungen — wie uns z. B. der Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff bestätigte — oder sind schon abgeschlossen, wie in der Textil- oder Schuhindustrie.

5. Öffentliche Lohnempfehlungen führen zu einer sich fortsetzenden Untergrabung der Tarifautonomie. Die IG Druck und Papier hat dies in der zurückliegenden Tarifrunde zu spüren bekommen. Da haben Minister, Bundesbankpräsidenten, Wirtschaftswissenschaftler und nicht zuletzt die Massenmedien wahllos eine Zahl aus dem vorangegangenen Tarifvertrag der IG Metall herausgegriffen: die 5,4 Prozent. Wahllos deshalb, weil die IG Metall außerdem noch zusätzliche Verbesserungen durchsetzen konnte. Wahllos und willkürlich auch deshalb, weil der Tarifvertrag für die IG Metall eine ganz andere Laufzeit hatte als zum Beispiel der Lohn-Tarifvertrag für die Druckindustrie. Willkürlich auch deshalb, weil die IG Metall noch über dieses Jahr über vermögenswirksame Leistungen und andere Verbesserungen verhandeln kann, was anderen Gewerkschaften aus den verschiedensten Gründen nicht möglich ist.

Wenn diese Beispiele weiterhin Schule machen sollten oder wenn staatlich verordnete Vermögensbildung der Ersatz für die Tarifpolitik der sogenannten „autonomen Gruppen“ werden sollte, bleibt von der vielgepriesenen Tarifautonomie nicht mehr viel übrig. Ich möchte noch einen Schritt weitergehen: Wenn regierungsamtliche Daten derart mißbräuchlich gegen die Gewerkschaften verwandt werden, so stellt sich allen Ernstes die Frage, ob wir eine derartige Wirtschaftspolitik noch weiterhin durch Mitwirkung in der konzertierten Aktion unterstützen können. Bei allen unterschiedlichen Vorstellungen, die zum Ausdruck kommen mögen, hat man bei einer realistischen Bewertung der Dinge doch davon auszugehen, daß die Hauptfrage im tarifpolitischen Bereich heute darin besteht, für die Sicherung des sozialen Besitzstandes — im tarifpolitischen wie im sozialen Raum — aktiv tätig zu werden.

Wenn ich den Begriff des „Aktiv-tätig-zu-Werden“ besonders hervorhebe, so deshalb, weil es keineswegs selbstverständlich ist, daß wir dieses Ziel kampfflos erreichen können. Anders ausgedrückt: Es wird die Mobilisierung der gesamten gewerkschaftlichen Kraft notwendig sein, wenn die Forderungen nach Absicherung des Realeinkommens und der Erhaltung des sozialen Besitzstandes durchgesetzt werden sollen...

Welchen Weg werden die Gewerkschaften künftig gehen, oder wie wird ein neues DGB-Grundsatzprogramm aussehen, das auf dem DGB-Bundeskongreß — nach einer eingehenden und breiten Diskussion in allen gewerkschaftlichen Gliederungen

— im Jahre 1978 verabschiedet werden soll. Die Präambel des Düsseldorfer Grundsatzprogramms verzichtet weitgehend auf eine Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft. Als Folge der sehr kontrovers geführten Diskussion wurden im erzielten Kompromiß recht unsystematisch Grundwerte der Gewerkschaftsbewegung mit einer Reihe von gesellschafts-, wirtschafts-, sozial- und außenpolitischen Zielen verknüpft. Nachdem gesellschaftspolitische Grundsätze fehlen, sind wohl deshalb auch keine besonderen gesellschaftspolitischen Ziele und Mittel dargestellt.

Die aufgezeigten Entwicklungen machen es meines Erachtens notwendig, in einem neuen Grundsatzprogramm die Grundwerte, Ziele und Mittel miteinander zu verbinden, damit der umfassende Auftrag der Gewerkschaften deutlich wird, nämlich die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Emanzipation der Arbeitnehmer insgesamt voranzutreiben. Die Präambel muß eine Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft zum Inhalt haben, die die zu bekämpfenden Erscheinungsformen aufzeigt wie z. B.:

- Ausbeutung der Arbeitskraft;
 - Abhängigkeit der Arbeitnehmer und Herrschaft der Unternehmer;
 - wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Fehlentwicklungen.
- Einer solchen Analyse müssen die Grundwerte der Gewerkschaftsbewegung gegenübergestellt werden, die unverzichtbare Elemente einer sozialen Demokratie sind, wie
- Emanzipation der Arbeitnehmer;
 - Freiheit;
 - Gleichberechtigung;
 - Solidarität;
 - Frieden.

In Verbindung damit ist aufzuzeigen, daß zwar wesentliche Grundwerte formal im Grundgesetz niedergelegt sind, deren rechtliche Verankerung die deutschen Gewerkschaften aber nach wie vor vermissen. Dazu gehören:

- der besondere Schutz der Würde und der Freiheit der Menschen;
- das Gebot der Sozialstaatlichkeit
- und die Bindung des Eigentums an das Wohl der Allgemeinheit.

Der Darstellung der wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Ziele, die aus den Grundvorstellungen der Gewerkschaften zu entwickeln sind, muß eine Darstellung der umfassenden gesellschaftspolitischen Ziele vorangestellt werden, um eine pragmatische Reduzierung des Anspruchs der Gewerkschaftsbewegung zu vermeiden. Bei der Entwicklung der Ziele der Gewerkschaftsbewegung müssen in groben Zügen die Mittel angegeben werden, mit denen die Ziele verwirklicht werden sollen.

Die Politik der Gewerkschaften kann sich aber nicht auf die Entwicklung der eigentlichen gewerkschaftlichen Mittel beschränken. Sie muß auch auf die politischen Parteien und den Gesetzgeber einwirken, um die rechtlichen Mittel der Gewerkschaften auszuweiten, zu verbessern und zu sichern. Sie muß schließlich auf den Ausbau und die Verbesserung der staatlichen Mittel drängen, um die Voraussetzungen zur Realisierung der Ziele der Gewerkschaften zu verbessern.

Aktionsprogramme müssen von Zeit zu Zeit eine Auswahl von diesen Zielen aus dem Grundsatzprogramm aufgreifen und

konkretisieren. Die Auswahl sollte sich dabei auf Ziele beschränken, die unter den gegebenen politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen in näherer Zukunft zu verwirklicht werden können. Um dem Anspruch von Aktionsprogrammen gerecht zu werden, müssen den jeweiligen Zielen bzw. Teilzielen ausdrücklich und sehr konkret die entsprechenden Mittel, die zur Verwirklichung anzuwenden sind, zugeordnet werden.

Historische Erfahrungen und der hohe Grad ihrer Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmern legen den Gewerkschaften die besondere Pflicht auf, immer auch die Erhaltung und den Ausbau der demokratischen Ordnung im Auge zu haben. Das beste gewerkschaftliche Grundsatzprogramm kann fehlendes politisches Engagement und fehlende politische Wachsamkeit nicht ersetzen. Es kann die Meinung der Gewerkschaftsmitglieder beeinflussen. Es kann Arbeitnehmer auf gemeinsame Zielvorstellungen verpflichten. Aber ein Grundsatzprogramm kann nicht das politische Votum der Arbeitnehmer auf den Kopf stellen, sondern es muß sich in seinen Grundzügen am erkennbaren politischen Willen der Gewerkschaftsmitglieder orientieren.

Der Verabschiedung eines neuen gewerkschaftlichen Grundsatzprogramms muß deshalb eine Phase ausführlicher und breiter Diskussionen vorausgehen, an der sich alle miteinander recht aktiv beteiligen sollten.

Abschließend möchte ich zusammenfassend festhalten, daß es insgesamt darum geht, die Interessen der Arbeiter und Angestellten offensiv, ohne Wenn und Aber, ohne Vertrösten auf künftige Zeiten, auf künftige Koalitionen, auf künftigen Wirtschaftsaufschwung zu vertreten. Vordringliches Ziel zukünftiger Gewerkschaftspolitik muß sein: nicht die „platonische Idee“ der Gewerkschaften zu entwickeln, sondern eine „handlungsorientierte Theorie“ der Gewerkschaften zu realisieren. Ein solches Selbstbewußtsein wünsche ich uns, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und all seinen Gewerkschaften.

Heinz Oskar Vetter: Mittel für Rüstung einschränken!

Vom 2. bis 4. November 1976 fand in Essen die Bildungspolitische Konferenz '76 des DGB statt. Vor den DGB-Bildungsverantwortlichen aus dem ganzen Bundesgebiet hielt DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter ein Grundsatzreferat. Unter anderem setzte er sich für die Senkung der Rüstungsausgaben zugunsten der Bildung ein. NACHRICHTEN veröffentlichen nachfolgend einige wesentliche Passagen aus dem Referat mit dem Thema: „Bildungssystem und Beschäftigungssystem — Zusammenhänge — Konflikte — Herausforderung“.

Wir selbst haben spät, doch wir haben mit unserer machtvollen Demonstration in und um die Westfalenhalle der Öffentlichkeit und den verantwortlichen Politikern gezeigt, was die Jugend und die Gewerkschaften wollen. Nun, wir haben die „substanz“-verletzende Zangengeburt der Regierungskoalition nicht verhindern können. Wahrscheinlich muß der Wille der Betroffenen noch breiter, noch häufiger und noch härter demonstriert werden, um aus- und aufweichende „Koalitionskompromisse“ nicht zum Alltag einer neuen Regierungspolitik werden zu lassen. Es bleibt festzustellen: Die grundlegenden

Reformvorhaben blieben vielfach Papier. Die überholten Strukturen des Bildungswesens blieben weiterhin unangetastet.

Es scheint schon fast gerechtfertigt, die letzten Jahre unter das bildungspolitische Motto zu stellen: Vom Bildungsnotstand zum Notstand der Bildungsreform. Wir sehen hier dieselbe Entwicklung wie in fast allen anderen Reformbereichen. In einer wohl beispiellosen Anti-Reform-Kampagne aller konservativen Kräfte wurde versucht, Reformen zu verhindern oder auszuhöhlen und die Interessenvertretung der Arbeitnehmer — vorab die Gewerkschaften — zu diffamieren und zu schwächen. Die aus der Wirtschaftskrise erwachsende Verunsicherung und Angst wurde rücksichtslos für den Versuch benutzt, die Lasten der Krise allein den Arbeitnehmern aufzubürden.

Der letzte Wahlkampf hat wie wenige zuvor zu einer Vergiftung des politischen Klimas und zur Verstärkung obrigkeitstaallicher Tendenzen geführt. Solche Tendenzen wirken um so stärker, je weniger sich das Bildungswesen als reformfähig erweist. Je unwissender die Menschen sind, desto unduldsamer, desto anfälliger für die Flötentöne totalitärer Ideologien. Unwissenheit, Angst, Alternativlosigkeit — das ist der Nährboden, der den Weizen reaktionären Gedankenguts fett werden läßt.

Deshalb wird es Zeit, daß wir enger zusammenrücken, um dieser Herausforderung der Antireformer entgegenzutreten. Die politische Atmosphäre muß wieder offen werden für die Diskussion gesellschaftlicher Alternativen! Und das gilt vor allem für alle Bereiche unseres Bildungswesens. Ich brauche einem sachverständigen Publikum ja nicht im einzelnen aufzuzählen, wie sich diese Anti-Reform-Bewegung ausgewirkt hat, in der konservative Eltern und Schülerunions oder -vereine, Professorenzusammenschlüsse und Unternehmerverbände in unheiliger Allianz mit einigen Kultusministern den Ton angeben. Eine sinnvolle und durchgreifende Reform der Hochschule ist ihnen zum Opfer gefallen.

Angriffe gegen geplante Schulreformen, ja schon gegen den Ansatz jeder Reform, bestimmen das Bild. Die Einführung schulischer Lerninhalte, die die soziale Lage der Schüler und der Arbeitnehmer zu methodisch-didaktischem Lernansatz hatten, wurde durch eine Kampagne nun schon offen reaktionär zu nennender Gruppen verhindert. Die Rahmenrichtlinienentwürfe verschwanden ebenso in den Schubladen wie Unterrichtsmaterialien zur Arbeitslehre. Alle Inhalte, die der Realisierung des „sozialen Lernens“ und gemeinsamen emanzipatorischen Zielen dienten, sollten der alten Herrschaftsweisheit geopfert werden: „Laßt die Kinder nicht auf dumme Gedanken kommen — es könnten ja die richtigen sein.“ Fragt man sich nach den Bedingungen, unter denen dieser neue Konservatismus die Reformbemühungen zurückdrängen konnte, so wird schnell deutlich: Es waren und es sind vor allem der Druck der wirtschaftlichen Krise und die Auswirkungen wirtschaftlicher Entscheidungen der Unternehmer, aus denen sich auch die bildungspolitischen Fehlentscheidungen erklären lassen.

Der bildungspolitische Optimismus ist an der harten Realität der ökonomischen und koalitionspolitischen Machtverhältnisse zerbrochen — das vor allem ist der Grund, warum sich uns das Thema dieser Bildungspolitischen Konferenz geradezu aufdrängt. Die Entwicklung hat die Augen geöffnet für die tatsächlichen Macht- und Entscheidungsstrukturen unserer Gesellschaft, in die die bildungspolitischen Entscheidungen eingebunden sind. Nun wäre aber nichts falscher, als beide Momente — das politische und das ökonomische — getrennt zu sehen. Sie sind vielmehr zwei Seiten einer Medaille. Der neue Konservatismus ist nur der ideologische Ausdruck des Bemühens der Unternehmer und ihrer politischen Freunde, ihre gesellschaftlichen Machtpositionen aufrechtzuerhalten und auszubauen. Sie gehören zusammen wie Topf und Deckel. Deshalb geht es dem, was sich „die Wirtschaft“ nennt — um es einmal an einem Beispiel zu erläutern —, nie nur um die Anzahl der Ausbildungsplätze und die Gestaltung der fachlichen Qualifikationen. Es geht hier immer auch darum, die Mitbe-

stimmung der Betroffenen und ihrer Gewerkschaften zu verhindern und emanzipatorische Inhalte zurückzudrängen!

Wie sehr es den Unternehmern im Bildungsbereich immer auch um politische Beeinflussung geht, das hat gerade die letzte massive Intervention der Arbeitgeber gegen die Ausstrahlung des Fernseh-Bildungskurses „Der Betriebsrat — ein Kurs für Arbeitnehmer“ gezeigt. Noch immer ist unklar, ob der Kurs diese Intervention überleben wird. Hier wurden betriebliche Konflikte aufgearbeitet und konkrete Vorschläge zur Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen gemacht. Das war wohl zuviel! Genauso, wie vielen Arbeitgebern die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zuviel ist.

Schließlich ist das kein Einzelfall. Man braucht sich nur erinnern: Zigtausende Beschlußverfahren vor Arbeitsgerichten waren notwendig, um das verbriefte Recht auf Bildungsurlaub nach dem Betriebsverfassungsgesetz auch durchzusetzen. Dann erkennt man: Dies ist nur ein Teil einer großangelegten Kampagne, um die Verbreitung des notwendigen Wissens für die Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu behindern! Ich will hier nicht über die Gründe rätseln, die Intendant Neuffer zunächst zur Absetzung des Betriebsratskurses bewogen haben. Wohl aber wäre zu raten: Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sollten sich nicht zu Verbündeten der eben dargestellten Unternehmerpolitik machen lassen! Und im übrigen wird es den verantwortlichen Redakteuren Mut machen, daß diese Konferenz voll hinter ihnen steht!

Auch in Grundsatzreferaten soll man die Tagespolitik nicht vergessen. Aber laßt mich zum Grundsätzlichen zurückkehren. Und grundsätzlich, das sind die Strukturen, die die Durchsetzung dieser Unternehmenspolitik im Bildungsbereich möglich machen. Das ist jene dichte Verfilzung von Industrie, Banken und Politikern, die ein im Ruhrgebiet inzwischen allseits bekannter Generalsekretär zu untersuchen wohl vergessen hat. Dabei bin ich sicher: Das könnte für ihn eine Lebensaufgabe werden!...

Wenn es nicht gelingt, den Druck aus dem Beschäftigungssystem ins Bildungssystem oder genauer: den Druck wirtschaftlicher Verwertungs- und Machtinteressen gegen die Bildungsinteressen der Arbeitnehmer und ihrer Kinder aufzuhalten, dann wird sich der rücksichtslose Verdrängungswettbewerb auf allen Ebenen unseres Bildungssystems zu Lasten der jeweils sozial Schwächeren verschärfen. Der inhumane Leistungsdruck wird sich verstärken, kurz: Es wird sich der Konkurrenzkampf entsprechend den Verhältnissen in unserem Beschäftigungssystem auch im Bildungssystem durchsetzen. Mit allen Anpassungszwängen und mit aller Duckmäuserei, weil es nur noch gilt, die eigene Haut zu retten! Deshalb müssen wir verhindern, daß sich die wölfischen Seiten unserer Wirtschaft auch im Bildungssystem durchsetzen. Deshalb müssen wir verhindern, daß einzelwirtschaftliches Rentabilitätsdenken und Ständesdünkel bestimmend bleiben! Deshalb stehen Bildung und Ausbildung unverändert an der Spitze der Reformen, für die wir kämpfen müssen, kämpfen müssen in dem Bewußtsein, daß unser Bemühen um Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen mit dem Kampf um mehr und bessere Bildung untrennbar verbunden ist!...

Und man nehme einmal die Aussage der bildungspolitischen Forderungen des DGB beim Wort, die fordern, und das geht keineswegs gegen die Bundeswehr, daß bisher für die Rüstung und Rüstungsforschung benötigte Mittel einzuschränken sind, zum Ausbau der Infrastruktur und besonders dem Bildungswesen zur Verfügung stehen sollen.

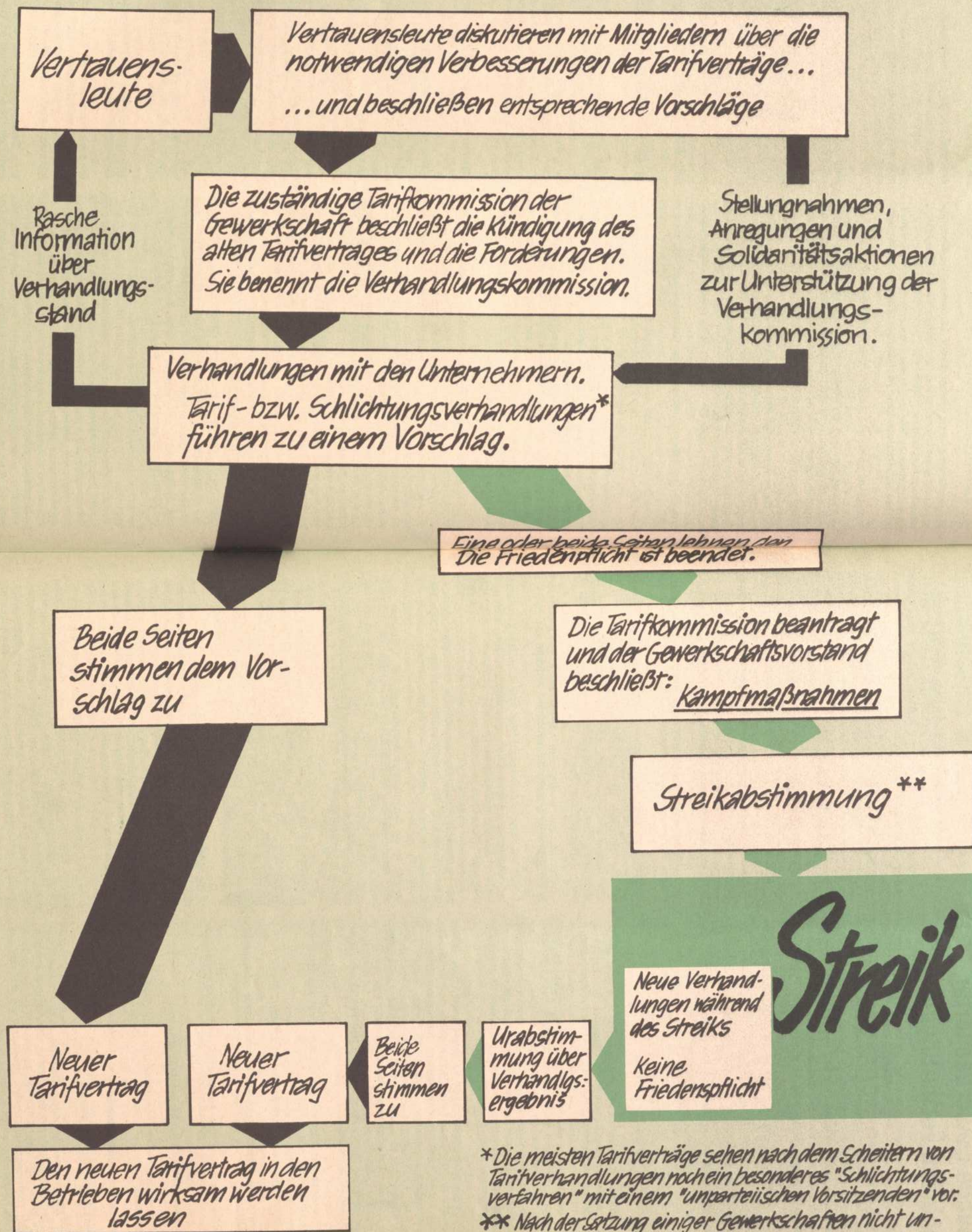
Ich bin sicher: Auch der letzte arbeitslose Lehrer könnte dann eingestellt und die etwa hunderttausend Berufsschullehrer, die heute nach Meinung des Bundesbildungsministeriums fehlen, könnten ausgebildet werden!

Eine Gesellschaft, die so reich ist wie unsere, kann sich arbeitslose Lehrer nicht leisten. Genauso wenig, wie sie sich auf Dauer einen Numerus clausus leisten kann!

Ein Streik fängt nicht am Mittwoch an...

NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Von der ersten Forderung bis zum fertigen Tarifvertrag – die Mitglieder entscheiden bei jedem Schritt!



* Die meisten Tarifverträge sehen nach dem Scheitern von Tarifverhandlungen noch ein besonderes "Schlichtungsverfahren" mit einem "unparteiischen Vorsitzenden" vor.
** Nach der Satzung einiger Gewerkschaften nicht unbedingt erforderlich.

Nach einer Idee der 'Holzarbeiter Zeitung'

Junge Gewerkschafter melden Forderungen an

Am 6. und 7. November 1976 fand in Bremen eine Konferenz der jungen Bremer Gewerkschafter statt. Einmütig billigte die Konferenz die Abschlusserklärung, die wir im Wortlaut veröffentlichen. Das Dokument vermittelt Impulse für die begonnene Strategiediskussion der Gewerkschaftsjugend und für ein neues Grundsatzprogramm (siehe auch S. 22).

I. Die Krise 1974 bis 1976 war durch hohe Arbeitslosigkeit, Nichtauslastung der Kapazitäten, Preissteigerungen, politische Disziplinierung der Lohnabhängigen und geringe Tarifabschlüsse gekennzeichnet. Die Krise hat auch Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Politik. Für uns ist es deshalb notwendig zu wissen, was die wirklichen Ursachen der Krise sind und welche Strategie die Unternehmer verfolgen. Der Kongreß der Bremer Gewerkschaftsjugend soll der Beginn sein, auf diese Fragen eine Antwort zu finden, die Diskussion um Wege und Ziele der Gewerkschaftsjugend zu beleben und Impulse zur konkreten Weiterarbeit zu geben.

Langfristige Krisentendenzen ergeben sich aus dem Gegensatz zwischen gesellschaftlichem Charakter der Produktion und der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Unternehmerische Entscheidungen über Investitionen, Produktion, Beschäftigung und Preise sind vorrangig darauf gerichtet, privaten Gewinn und nicht gesellschaftlichen Nutzen zu erzielen. Krisen sind deshalb gesetzmäßig in unserem System angelegt, und sie entspringen dem ungehinderten Profitstreben der Unternehmer. Investitionen richten sich nicht nach gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern ausschließlich nach den Gewinnerwartungen.

Der Zweck eines kapitalistischen Unternehmens ist es, immer Gewinne zu machen und nicht Arbeitsplätze zu erhalten. Das Mittel der Unternehmer, ihre Gewinne durch zunehmende Rationalisierung zu erhöhen, gerät hinter ihrem Rücken zum Keim der Krise. Denn je schneller in unserer Volkswirtschaft der Kapitalstock (d. h. die Produktionsanlagen) im Verhältnis zur Zahl der Erwerbstätigen wächst, je mehr und auf Dauer verschärfen sich die Probleme der Überinvestition, die bei einem Rückgang der Kaufkraft in immer kürzeren Zeitabständen zu Krisen führen werden.

II. Die Krise hat folgende Auswirkungen auf die Lage der Lohnabhängigen:

- Verlust und Unsicherheit des Arbeitsplatzes;
- verstärkte Disziplinierung in Betrieb, Schule und Gesellschaft;
- Verschlechterung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen;
- Verschlechterung der Einkommenssituation;
- Nichtübernahme von Auszubildenden nach Beendigung der Ausbildung;
- Abbau von Sozialleistungen;
- verschärfter Numerus clausus.

Kurz: Die Unternehmer nutzen die Krise zu einem Angriff auf die politischen und sozialen Rechte der Lohnabhängigen. Auch in der Krise ist es möglich, gemeinsam für die gemeinsamen Forderungen einzutreten, das haben die Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften gezeigt.

III. Forderungen für eine alternative Wirtschaftspolitik im Interesse der Lohnabhängigen sind:

- Ausbau statt Kürzung der sozialen Leistungen;
- Wirtschaftsförderung mit der Auflage, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen;
- keine Erhöhung der Massensteuern (Mehrwertsteuer, Tabaksteuer), keine Steuererleichterung für Unternehmer, keine Preissteigerung bei kommunalen Tarifen;
- Erhöhung der Reallohne;
- Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich;
- beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik;
- Mitbestimmung, Investitionslenkung, gesellschaftliche Rahmenplanung.

IV. Forderungen für die gewerkschaftliche Strategie:

- Die Gewerkschaftspolitik muß unabhängig sein von Regierungen, Parlamenten und Parteien;
- Grundlage einer erfolgreichen gewerkschaftlichen Interessenvertretung ist die Stärkung der Einheitsgewerkschaft. Damit ist der Grundsatz der solidarischen Zusammenarbeit aller Lohnabhängigen verwirklicht. Die gewerkschaftliche Schlagkraft ist zu stärken durch die Einbeziehung aller Mitglieder in die gewerkschaftliche Arbeit.

V. Für unsere Gewerkschaftsjugendarbeit bedeutet das weiter:

1. daß wir mehr als bisher in den Betrieben, Berufsschulen und Hochschulen konkrete Verschlechterungen aufgreifen und für ihre Abwehr mobilisieren. Verstöße und Aushöhlung von Gesetzen (Jugendarbeitsschutzgesetz, Berufsbildungsgesetz u. ä.) oder der Abbau von errungenen Positionen (Beispiel: Bremer Hochschulgesetz/BHG) sind wichtige Anknüpfungspunkte. Die Ausschöpfung von Initiativrechten nach dem Betriebsverfassungsgesetz auf Abschluß von Betriebsvereinbarungen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen, Übernahme von Auszubildenden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, Teilnahme von allen Auszubildenden an Jugendversammlungen usw. ist eine weitere Ebene, auf die wir mehr als bisher mit einer aktiven Jugendarbeit orientieren müssen. Das gleiche gilt für die Durchsetzung unserer Forderungen in Tarifverträgen, besonders in Manteltarifverträgen.

2. Weiterhin müssen wir das Bewußtsein in der Jugend schaffen, wo die wirklichen Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel und Numerus clausus liegen und wie wir sie bekämpfen. Das erfordert eine Verbesserung der Informationsarbeit. Eine Grundlage dafür ist eine intensive Bildungsarbeit und ihre Verbreitung durch Ausnutzung des Bildungsurlaubsgesetzes.

3. Die Bewältigung der Probleme der Jugendlichen und die Durchsetzung unserer Forderungen sind nicht nur Sache der Jugendgruppen, Orts- und Kreisjugendausschüsse, sondern sie erfordern die Kraft der gesamten Organisation. Durch verbesserte Informationen und Koordination der Jugendarbeit in den Betrieben, den Einzelgewerkschaften und im DGB müssen wir darauf hinwirken, daß in allen Gremien unterstützende Beschlüsse unserer Forderungen gefaßt werden.

4. In der Öffentlichkeit müssen wir mit den zur Verfügung stehenden Aktions- und Informationsformen (Info-Stände, Flugblätter, Demonstrationen, Presse, Rundfunk, Kulturprogramm usw.) auf die Probleme der Jugendlichen aufmerksam machen und hierbei mit anderen Organisationen (Landesjugendring, Schülervertretungen, Asten, Elternvertretungen usw.) zusammenarbeiten.

Gemeinsame Mitteilung von DGB und FDGB

Mit der Reise einer DGB-Spitzendelegation in die DDR wurden nach langer Unterbrechung die im März 1973 in Düsseldorf begonnenen Gespräche fortgesetzt. Zum ersten Mal traf DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter mit dem Vorsitzenden des FDGB-Bundesvorstandes, Harry Tisch, zusammen (siehe auch S. 3). Über die Gespräche wurde eine gemeinsame Pressemitteilung vereinbart. Sie hat folgenden Wortlaut:

Auf Einladung des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes weilte vom 8. bis 11. November 1976 eine Delegation des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter Leitung seines Vorsitzenden, Heinz Oskar Vetter, in der Deutschen Demokratischen Republik. Der Delegation des DGB gehörten an: die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes Alfons Lappas und Karl Schwab; Erich Frister, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB; Willi Zimmermann, Vorstandssekretär; Klaus Jelonnek, Chefredakteur des Organs des DGB „Welt der Arbeit“.

Die Delegation des Bundesvorstandes des FDGB wurde geleitet vom Vorsitzenden des Bundesvorstandes des FDGB, Harry Tisch. Ihr gehörten an: Wolfgang Beyreuther, Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesvorstandes des FDGB; die Mitglieder des Präsidiums und Sekretäre des Bundesvorstandes Harald Bühl und Werner Heilemann; Claus Friedrich, Mitglied des Präsidiums und Chefredakteur des Organs des Bundesvorstandes des FDGB „Tribüne“; Heinz Claus, Leiter des Büros des Präsidiums; Gerhard Schulze, Abteilungsleiter im Bundesvorstand des FDGB. Der Meinungsaustausch verlief in einer sachlichen und aufgeschlossenen Atmosphäre. Fragen, zu denen es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten gab, wurden prinzipiell, aber sachlich diskutiert. Es bestand Übereinstimmung, daß eine wichtige Voraussetzung für Frieden und sozialen Fortschritt die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist. Sie schafft auch die Möglichkeit der Zusammenarbeit der Gewerkschaften.

Die Delegation des DGB-Bundesvorstandes besuchte den VEB Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Marzahn und informierte sich eingehend über die Arbeit der Betriebsgewerkschaftsorganisation, hatte Gelegenheit zu Gesprächen mit Gewerkschaftsmitgliedern und -funktionären des Betriebes sowie Vertretern der Werkleitung. Sie besuchte soziale Einrichtungen und die Lehrwerkstatt des Betriebes. Eine Information durch den Chefarchitekten Roland Korn gab Aufschluß über den weiteren Aufbau der Hauptstadt der DDR und die dabei vorgesehene Fortsetzung der Sozialpolitik im Interesse der Bevölkerung, wie sie vor allem durch das Wohnungsbauprogramm in dem neu entstehenden 9. Stadtbezirk vorgesehen ist. Beide Delegationen folgten einer Einladung des Leiters der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, Günter Gaus.

Der Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB, Harry Tisch, informierte zu Beginn der Gespräche ausführlich über die nach dem 8. FDGB-Kongreß erreichten Ergebnisse und die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik und legte die Positionen des FDGB für die internationale gewerkschaftliche Tätigkeit dar. Der Vorsitzende des DGB, Heinz Oskar Vetter, informierte über die Aufgaben der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit der Verbesserung der sozialen Lage der Beschäftigten.

Beide Seiten treten wegen der großen Bedeutung der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für ihre vollständige Durchsetzung ein. Sie stimmten überein, daß die weitere Zusammenarbeit der Gewerkschaften für Frieden und Entspannung im Interesse der arbeitenden Menschen und für das Kennenlernen der gewerkschaftlichen

Arbeit unter den Bedingungen unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen notwendig und nützlich ist. Beide Delegationen unterstrichen, unter dem Gesichtspunkt einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit, ihre Bereitschaft, für ein weiteres Treffen der europäischen Gewerkschaften im Frühjahr 1977 in Genf einzutreten. Beide Seiten stimmten überein, daß der Prozeß der Entspannung durch weltweite militärische Abrüstung ergänzt und durch gewerkschaftliche Aktivitäten unterstützt werden sollte. Sie erwarten, daß die Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und des Rüstungspotentials in Mitteleuropa einen erfolgreichen Abschluß finden. Beide Seiten befürworten die baldige Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz unter Beteiligung aller Staaten.

Die Delegationen führten einen Meinungsaustausch über den Stand der Beziehungen zwischen FDGB und DGB. Mit Befriedigung stellten sie fest, daß sich die Beziehungen der einzelnen Gewerkschaften des DGB und des FDGB zueinander entwickelt haben. Diese Praxis entspricht der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit und gibt die Möglichkeit des gegenseitigen Kennenlernens, der Information und des Austausches gewerkschaftlicher Standpunkte und Erfahrungen. Auf der Ebene der Bundesvorstände des FDGB und des DGB sollen sie verstärkt fortgesetzt werden. Es wurde vereinbart, weitere konkrete Maßnahmen für den gegenseitigen Austausch von Delegationen bis zum Jahre 1978 den Bundesvorständen des DGB und des FDGB zur Annahme zu empfehlen. Der Vorsitzende des Bundesvorstandes, Harry Tisch, nahm dankend eine Einladung des Vorsitzenden des DGB, Heinz Oskar Vetter, zu einem Gegenbesuch im Jahre 1977 an.

Vorschläge

Der Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB, H. Tisch, unterbreitete für die Weiterführung der Beziehungen FDGB/DGB folgende Vorschläge: Der Bundesvorstand des FDGB spricht gegenüber dem DGB-Bundesvorstand die Einladung zur Entsendung einer Delegation zum 9. FDGB-Kongreß (16. bis 19. Mai 1977 in Berlin) aus. Der Bundesvorstand des FDGB ist bereit, weitere Delegationen des Bundesvorstandes des DGB 1977/78 in der DDR zu empfangen. Er erneuert seine Einladung an den DGB-Bundesvorstand zur Entsendung einer Studiendelegation zum Kennenlernen der Bildungs- und Berufsbildungspolitik sowie entsprechender Einrichtungen in der DDR in der zweiten Jahreshälfte 1977 oder 1978. Es wird vorgeschlagen, den Austausch von Delegationen der Bundesjugendausschüsse des FDGB und des DGB fortzusetzen. Der FDGB-Bundesvorstand lädt eine Delegation des Bundesjugendausschusses des DGB zum Besuch der Messe der Meister von Morgen im November 1977 (20. Wiederkehr dieser Messe) in die DDR ein. Der Bundesvorstand des FDGB lädt ferner eine Frauendelegation des Bundesvorstandes des DGB für Ende 1977 oder Anfang 1978 zu einem Studienaufenthalt in die DDR ein. Der FDGB-Bundesvorstand würde es begrüßen, wenn eine Delegation des Bundesvorstandes des DGB an den 17. Arbeiterfestspielen in der DDR 1978 im Bezirk Suhl teilnehmen würde.

Der Bundesvorstand des FDGB bekundet sein Interesse zur Entsendung einer Delegation zu den Ruhrfestspielen 1977 in die BRD, um sich zu informieren. Der FDGB-Bundesvorstand ist bereit, eine Delegation von Journalisten des DGB in die DDR einzuladen, die sich in der DDR mit dem Wirken des FDGB vertraut machen kann, und eine Gruppe von Gewerkschaftsjournalisten des FDGB zum Kennenlernen der Gewerkschaftsarbeit in die BRD zu entsenden.

Der Vorsitzende des DGB nahm diese Vorschläge entgegen und wird sie dem DGB-Bundesvorstand zur Bestätigung unterbreiten. Das Ergebnis wird dem FDGB-Bundesvorstand brieflich mitgeteilt. Eine vom Vorsitzenden des DGB ausgesprochene Einladung einer Delegation des FDGB-Bundesvorstandes unter Leitung seines Vorsitzenden zum Besuch in der BRD im Jahre 1977 (nach dem 9. FDGB-Kongreß) wurde angenommen. (Aus „Welt der Arbeit“, Nr. 47/76 vom 19.11.76)

Friedliche Koexistenz

Über den Kontaktbesuch des DGB beim FDGB in Ostberlin haben sich alle möglichen Leute aufgeregt. Zu ihnen gehört auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Friedrich Vogel. Er stößt sich an der Kommuniké-Formel, wonach eine wichtige Voraussetzung für den Frieden die „friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist“. Will Herr Vogel den Krieg?

Sicher, die östliche Seite interpretiert die „friedliche Koexistenz“ anders als wir. Aber das gibt keinen Anlaß, semantische Turnübungen zu veranstalten. „Friedliche Koexistenz“ heißt: friedlich nebeneinander leben. Beim Aushandeln der Ostverträge hat sich auch die Bundesregierung an dieser Formel nicht gerieben.

Aus „Welt der Arbeit“, Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Nr. 47, 19. November 1976, Seite 1.

Zur Entspannung gibt es keine Alternative

Nach wie vor gilt uneingeschränkt: Zur Entspannung und Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten zielenden Vertragspolitik gibt es keine Alternative. Alle fortschrittlichen politischen Kräfte in der Bundesrepublik — nicht zuletzt also auch die Gewerkschaften — müssen mithelfen, daß diese Politik — die eine gute Perspektive hat — wesentlich stärker als bisher im Bewußtsein der Bevölkerung verankert wird. Nur dadurch wird erreicht, daß diese Politik — zum Beispiel auch bei einem Regierungswechsel — unumkehrbar wird. Die Gegner der Entspannungs- und Vertragspolitik müssen weiterhin auf entschiedenen Widerstand treffen. Dazu gehört nicht zuletzt: Die Befürworter müssen aus ihrer Lethargie erwachen.

Das bisher Erreichte und die Perspektive sind nicht selbstverständlich. Sie müssen weiterhin kämpferisch verteidigt werden...

Christian Götz, Pressesprecher der HBV, in „ausblick“, Zeitschrift der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Nr. 11, November 1976, Seite 17.

Gesetzliche
Ausbildungsverpflichtung

Die Gewerkschaftsjugend wird sich noch stärker am Kampf gegen die Arbeitslosigkeit beteiligen müssen. Über 1 Million Arbeitslose, darunter über 300 000 jugendliche Arbeitslose, haben Anspruch auf einen Arbeitsplatz nach ihrer Wahl. Für viele Jugendliche geht es darum, überhaupt erstmalig einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Wird ihnen dieser Anspruch verweigert, so



müssen sie letztlich jedes Zutrauen in unsere politische Ordnung verlieren.

Neben unbestritten weltweiten Einflüssen ist die Arbeitslosigkeit das Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaftskrise. Sie findet ihren Ausdruck unter anderem in verstärkter Rationalisierung und Verlagerung von Teilen der Produktion ins Ausland. Die Zunahme des Konzentrationsgrades stärkt Großbetriebe und führt zum Konkurs vieler Klein- und Mittelbetriebe und damit wiederum zum Verlust von Arbeitsplätzen.

Um das Alleinentscheidungsrecht der Unternehmen über die soziale Lage aller Arbeitnehmer und der arbeitenden Jugend zu beschneiden, ist der konsequente Ausbau der gewerkschaftlichen Gegenmacht notwendig. Deshalb heißen unsere Forderungen:

- Volle Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung,
- wirksame Investitionskontrolle,
- eine gesetzliche Ausbildungsverpflichtung der Großbetriebe bei demokratischer Kontrolle durch die Gewerkschaften
- und die Erfüllung der Aufträge des Grundgesetzes sowie des DGB-Grundsatzprogramms...

Ralph Labonte, Bundesjugendsekretär der HBV, in „ausblick“, Zeitschrift der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Nr. 11, November 1976, Seite 16.

Fußtritt für Arbeiter
und Angestellte

Pünktlich am Vorabend der innergewerkschaftlichen Beratungen über die nächste Tarifrunde haben die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Institute ihr Herbstgutachten vorgelegt. Ihre erste Aussage: die Gewinne müssen weiter steigen; die Löhne und Gehälter müssen nochmals hinter dem Produktivitätsfortschritt und der Gewinnentwicklung zurückbleiben! Und Bundesbankpräsident Klausen hat wenige Tage später ergänzt: Die Lohnerhöhungen müssen 1977 unter denen von 1976 bleiben. Dies, obwohl bereits im ersten Halbjahr 1976 die Gewinne um 20 Prozent, die Löhne und Gehälter dagegen nur um 6,3 Prozent gestiegen sind. Doch das genügt den Herren offensichtlich nicht.

Nicht nur, daß eine derartige Empfehlung für die Masse der Arbeiter und Angestellten, die jetzt bereits den Gürtel enger schnallen müssen, ein Fußtritt ist. Schlimmer noch: Volkswirtschaftlich laufen sie auf ein unverantwortliches Abenteuer hinaus, ohne die Krisenfolgen, nämlich die Arbeitslosigkeit, auch nur ansatzweise zu besitzigen...

Hier, beim Thema Arbeitslosigkeit, offenbart das Gutachten seine wahre Arbeiterfeindlichkeit. Die Herren Wissenschaftler warnen vor „irreversiblen (nicht umkehrbaren) Entscheidungen“ zur Verminderung des Arbeitskräfteangebots mit dem Ziel, die Arbeitslosigkeit zu senken; etwa durch Verkürzung der Arbeitszeit. Im Klartext: Es soll eine Reservearmee von Arbeitslosen bleiben! Offenkundig, damit die Politik der Konzerne nur ja nicht durch Vollbeschäftigung und eine starke Arbeiterbewegung erschwert wird. Anders jedenfalls kann man sich diese geradezu zynische Warnung vor Arbeitszeitverkürzungen nicht erklären...

Aus „druck und papier“, Zeitschrift der IG Druck und Papier, Nr. 23, 8. November 1976, Seite 2.

Fragen nach Kontrolle
der Wirtschaft stellen!

An sich brauchten sich die westdeutschen Gewerkschaften keine neuen Grundsätze zu geben, denn unsere bisherigen sind beileibe nicht überholt; im Gegenteil sollten wir nach der gelungenen Konsolidierung der Einheitsgewerkschaft lernen, die bisherigen Ansätze unserer Politik als unabhängige Gesellschaftskraft viel stärker in die soziale Wirklichkeit umzusetzen. Denn die Sozialstaatsklausel der Verfassung ist erst dann inhaltlich verwirklicht, wenn es uns gelungen ist, auch den Wirtschaftsbereich nachhaltig und umfassend zu demokratisieren. Darum müssen wir in diesem letzten Vierteljahrhundert kämpfen. Eine demokratische Gesellschaft braucht eine tragfähige, in Krisen auch eine belastungsfähige Grundlage demokratischer Strukturen.

Für sich bedarf die Politik der westdeutschen Gewerkschaften natürlich einer stetigen Akzentuierung. Die wirtschaftliche Phase des mit hohem Wirtschaftswachstum — als Ausnahme in der Bundesrepublik — mit Vollbeschäftigung verbundenen Wiederaufbaus ist beendet, die davon früher verdeckten klassischen Probleme der Wirtschaftskrisen und des Verteilungskampfes treten für jedermann sichtbar wieder offener zutage. Um so notwendiger wird es sein, Fragen nach der demokratischen gesellschaftlichen Kontrolle der Wirtschaft und der Wirtschaftsentwicklung zu stellen und sie zu beantworten.

Philipp Seibert, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, in „Gewerkschaftliche Monatshefte“, Nr. 10/76, Seite 603.

Intensivere Vertrauensleute-Arbeit
der GHK zahlte sich aus

Interview mit Kurt Georgi, stellv. Vorsitzender der GHK

Im nächsten Jahr findet der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) statt. Zur Vorbereitung tagt bereits in diesen Tagen die Bundesjugendkonferenz. NACHRICHTEN-Redakteurin Gisela Mayer stellte dem stellvertretenden Vorsitzenden der GHK, Kurt Georgi, einige Fragen zu Problemen, die vor seiner Gewerkschaft stehen. Nachfolgend das Interview im Wortlaut:

NACHRICHTEN: In der holzbe- und -verarbeitenden Industrie sind die Beschäftigtenzahlen rückläufig. Hat diese Entwicklung in Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit zu einem Rückgang der Mitgliederzahlen der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) geführt?

Kurt Georgi: Es ist richtig, daß die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre auch an der Holzwirtschaft nicht ganz spurlos vorübergegangen ist. Allein in den drei großen Bereichen der Möbel- und Polstermöbelindustrie, der Plattenfabrikation und der Sägeindustrie sind in den Jahren 1974/75 die Beschäftigtenzahlen um 35 944 Arbeitnehmer — 11,99 Prozent zurückgegangen. Dieser auch für unsere gewerkschaftliche Tätigkeit äußerst unangenehme Beschäftigtenrückgang ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die schlechte Auftragslage in der Möbel- und Polstermöbelindustrie und die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten in den Zuliefererbetrieben zu zahlreichen Entlassungen und Massenentlassungen geführt haben. Hinzu kamen und kommen noch immer ungewöhnlich viele Firmenzusammenbrüche, die ja ganze Belegschaften arbeitslos machen.

Natürlich ist durch diesen Beschäftigtenrückgang auch unsere Mitgliederstatistik in Mitleidenschaft gezogen worden. Wir hatten zwar im Jahre 1974 noch einen Zuwachs von 4982 neuen Mitgliedern. Gegenüber den vergangenen Jahren war das aber schon ein ganz gehöriger Einbruch in die bis dahin äußerst gute Entwicklung unserer Mitgliederzahlen. Im Jahre 1975 haben wir sogar eine rückläufige Mitgliederstatistik in Kauf nehmen müssen. Wir haben dabei 1837 Mitglieder verloren.

Rechnet man die beiden Jahre 1974/1975 zusammen, dann sind wir trotz aller Schwierigkeiten mit unserer Mitgliederstatistik doch noch einigermaßen gut über die Runden gekommen. Dem schon oben erwähnten Beschäftigtenrückgang von 11,99 Prozent konnten wir einen Mitgliederzuwachs von 3145 = 2,62 Prozent gegenüberstellen. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad hat sich damit um einiges verbessert.

NACHRICHTEN: Beim letzten Gewerkschaftstag Ihrer Gewerkschaft in Freiburg wurden eine Verbesserung der Vertrauensleutearbeit und eine Verstärkung der Schulungstätigkeit angeregt. Haben sich aus diesen Beschlüssen neue Momente für die Gewerkschaftsarbeit in der GHK ergeben?

Kurt Georgi: Die von unserem 9. ordentlichen Gewerkschaftstag 1973 geforderte Aktivierung der Vertrauensleutearbeit ist ebenso wie die beschlossene Verstärkung unserer Schulungstätigkeit recht gut in die Praxis umgesetzt worden. Ich bin sicher, daß insbesondere die intensivere Vertrauensleutearbeit sehr viel dazu beigetragen hat, über die konjunkturellen Schwierigkeiten und ihre Begleiterscheinungen wesentlich besser hinwegzukommen, als uns das in den Jahren 1966/67 gelungen war. Natürlich hat uns auch die von unserem Gewerkschaftstag beschlossene erweiterte Schulungstätigkeit dabei geholfen. Unsere Betriebsräte haben im Gebrauch ihrer Mitwirkungsrechte in Kündigungsangelegenheiten sicher ganz erheblich dazu beigetragen, daß der Organisationsgrad in der Holzwirtschaft nicht nur gehalten, sondern verbessert werden konnte.

Wir werden unsere Aktivitäten in der Vertrauensleutearbeit fortsetzen. Sie sind nicht zuletzt auch deshalb erforderlich, weil wir seit Anfang 1974 jede Tarifrunde mit einem mehr oder weniger großen Arbeitskampf haben beginnen müssen. Ganz ohne Zweifel konnten wir diese Streiks nur deshalb so erfolgreich bestehen, weil unsere Betriebsräte und Vertrauensleute nicht nur sehr konfliktbewußt, sondern in unserer Konfliktstrategie auch sehr gut geschult sind. Da sich das sozialpolitische Klima in der Bundesrepublik gerade in den letzten zwei Jahren sehr verschlechtert hat, werden wir die Konfliktbereitschaft unserer Betriebsräte und Vertrauensleute auch für die Zukunft sicher noch sehr nötig haben.

NACHRICHTEN: Zu den vermögenspolitischen Vorstellungen, die Bundeswirtschaftsminister Friderichs entwickelt hat, gibt es verschiedene gewerkschaftliche Auffassungen („Quelle“ 10/76).

Welchen Standpunkt vertritt die GHK?

Kurt Georgi: In unseren vermögenspolitischen Vorstellungen trennen wir grundsätzlich die Sparförderung nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz von der Beteiligung der Arbeiter am Produktionsvermögen. Wir fühlen uns darin an die Entscheidungen unseres Freiburger Gewerkschaftstages und an die Beschlüsse des DGB-Bundesausschusses gebunden. Eine Vermögensbildung über den sogenannten Investivlohn lehnen wir ab. Nicht nur deshalb, weil die Arbeitnehmer ihre Vermögensbildung damit selbst bezahlen würden, sondern auch deshalb, weil wir in der Aufsplitterung des Lohnzuwachses in Bar- und Investivlohn eine Beeinträchtigung unserer aktiven Lohnpolitik zu befürchten hätten.

Soweit es die Sparförderung nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz angeht, haben wir einen für die ganze Bundesrepublik einheitlichen Tarifvertrag, der den Arbeitgeber verpflichtet, monatlich 39,— DM zu zahlen. Dieser Tarifvertrag läuft in der Holzverarbeitenden Industrie Ende 1977 und in der Sägeindustrie zur Jahresmitte 1978 aus. Wir werden uns darum bemühen, den Sparförderungsbetrag in dem neu abzuschließenden Tarifvertrag auf monatlich 52,— DM anzuheben.

NACHRICHTEN: Gibt es auch in der Holzwirtschaft eine Verflechtung internationalen Kapitals, und wie reagiert die GHK auf eine solche Entwicklung?

Kurt Georgi: Die in anderen Wirtschaftszweigen gerade in den letzten Jahren sehr stark aufgetretenen Konzentrationsbestrebungen haben sich in der Holzwirtschaft bislang noch nicht sehr deutlich bemerkbar gemacht. Die durchschnittliche Betriebsgröße in der Holzindustrie liegt immer noch weit unter 100 Beschäftigten. Das ist für unsere Organisationsarbeit mitunter recht nachteilig — in vielen anderen Dingen aber scheint es mir von Vorteil zu sein.

Konzentrationsbemühungen bleiben natürlich nicht ganz aus. Auch internationale Verflechtungen sind da und dort zu beobachten, im großen und ganzen aber verhältnismäßig selten.

NACHRICHTEN: Ihre Gewerkschaft hatte 1975 ein Jahresprogramm: „GHK und Betriebsrat — eine erfolgreiche Mannschaft“. Hatten Sie damit Erfolg? Wie war das Ergebnis der letzten Betriebsratswahlen? Wurden auch Frauen und ausländische Kollegen in die Betriebsräte gewählt?

Kurt Georgi: Unser Schwerpunktprogramm „GHK und Betriebsrat — eine erfolgreiche Mannschaft“ war ganz ohne Zweifel sehr zugkräftig. Der Organisationsgrad bei den gewählten Betriebsratsmitgliedern lag unmittelbar nach der Wahl bei 78 Prozent für die GHK. Dieser Anteil ist mittlerweile durch unsere organisationspolitischen Anstrengungen noch erheblich gestiegen.

DGB-Jugend Bremen: Gemeinsam gegen die Krise

„Die Krise hat auch Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Politik. Für uns ist es deshalb notwendig zu wissen, was die wirklichen Ursachen der Krise sind und welche Strategie die Unternehmer verfolgen. Der Kongreß der Bremer Gewerkschaftsjugend soll der Beginn sein, auf diese Fragen eine Antwort zu finden, die Diskussion, um Wege und Ziele der Gewerkschaftsjugend zu beleben und Impulse zur konkreten Weiterarbeit zu geben.“ So wird in der Abschlußerklärung (Wortlaut S. 18) die Aufgabenstellung des Kongresses der Bremer Gewerkschaftsjugend am 6. und 7. November 1976 umrissen.

Unter der Losung „Für qualifizierte Berufsausbildung und Recht auf Arbeit“ hatten sich über hundert junge Gewerkschafter zusammengefunden, um aktionsorientiert über die Schwerpunkte gewerkschaftlicher Jugendarbeit zu beraten. In drei Arbeitsgemeinschaften diskutierten die Delegierten über die politische und wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik sowie über Aktionen gegen Jugendarbeitslosigkeit und die von den Unternehmern betriebene Verschlechterung der Berufsausbildung.

Zur Krise wurden grundlegende Aussagen getroffen: „Langfristige Krisentendenzen ergeben sich aus dem Gegensatz zwischen gesellschaftlichem Charakter der Produktion und der privaten Verfügung über die Produktionsmittel... Krisen sind deshalb gesetzmäßig in unserem System angelegt.“ Weiter wird festgestellt: „Die Unternehmer nutzen die Krise zu einem Angriff auf die politischen und sozialen Rechte der Lohnabhängigen.“ Und um einer eventuellen Resignation keinen Ansatzpunkt

zu bieten, wird gleichzeitig herausgestrichen, daß es auch in der Krise möglich sei, „gemeinsam für die gemeinsamen Forderungen einzutreten“.

Viel beachtet wurde das einführende Referat von Rudolf Kuda vom Vorstand der IG Metall. Er verurteilte die Subventionspolitik der Bundesregierung, die zwar den Kassenstand der Unternehmen, nicht aber den Beschäftigungsstand der Arbeiter verbessert habe. „Damit ist die Frage gestellt“, so der IG-Metall-Funktionär, „ob man den Unternehmern in den Hintern kriecht oder ob man sie nicht besser gelegentlich auch einmal in den Hintern tritt. Damit ist die Frage einer Einschränkung der unternehmerischen Verfügungsgewalt im Interesse der Arbeiter und der Gesellschaft angesprochen.“

An die Adresse der neuen Bundesregierung gewandt, erklärte Kuda: „In den Leitlinien der Regierungsarbeit ist von mehr Liberalität die Rede. Das ist eine Formel, die wir unterschreiben, wenn es um die Abkehr von Gesin-

nungsschnüffelei und Leistungsterror, um die Absage an Ellenbogenfreiheit in Betrieb und Gesellschaft geht. Damit muß die Verteidigung und der Schutz von Meinungsfreiheit und Pressefreiheit, von freier Wahl des Arbeitsplatzes und Berufsfreiheit gemeint sein. Es ist zugleich eine Formel, die wir nicht unterschreiben können, wenn damit nur freie Marktwirtschaft und unternehmerische Gewinnfreiheit gemeint sein sollten.“

Nach zweitägiger Diskussion bekräftigten die Konferenzteilnehmer in ihrer Abschlusserklärung zwei Grundsätze gewerkschaftlicher Strategie: Unabhängigkeit der Gewerkschaftspolitik von Regierungen, Parlamenten und Parteien sowie die Stärke und Geschlossenheit der Einheitsgewerkschaft. Jetzt komme es darauf an, noch stärker als bisher konkrete Mißstände in den Betrieben und Berufsschulen aufzugreifen und für ihre Abwehr zu mobilisieren. Mit der Er kämpfung von Betriebsvereinbarungen sollen Ausbildungsplätze geschaffen und die Weiterbeschäftigung nach der Lehre garantiert werden.

In der Öffentlichkeit sollten alle Aktionsformen genutzt werden – u.a. Info-Stände, Flugblätter und Demonstrationen –, um auf die Probleme und Forderungen der Jugendlichen aufmerksam zu machen. Dabei müsse die Gewerkschaftsjugend mit anderen Organisationen, so mit anderen Jugendverbänden, Schüler- und Studentenvertretungen und Eltern zusammenarbeiten.

Unter starkem Beifall wurde zur Durchführung einer breiten gewerkschaftlichen Demonstration am 1. Mai 1977 aufgerufen, auf der die brennenden Forderungen der Jugend erneut machtvoll erhoben werden sollten.

Wolfgang Bartels

dju: Alternativen zur Pressekonzentration

Mit dem Arbeitskampf in der Druckindustrie im Frühjahr 1976, bei dem die gewerkschaftlich organisierten Journalisten am Sympathiestreik teilnahmen, habe die Deutsche Journalisten Union (dju) ihre Bewährungsprobe bestanden und sei noch stärker in die Gesamtorganisation der IG Druck und Papier integriert. Dies bescheinigte das zuständige Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes, Detlev Hensche, auf der vom 11. bis 13. November 1976 in Springen/Taunus stattgefundenen dju-Bundeskonferenz. Der wiedergewählte Vorsitzende Eckart Spoo konnte auf eine Mitgliederzunahme von 15 Prozent auf nunmehr 4337 Journalisten und auf einen 54prozentigen dju-Anteil der

Redakteure in Betriebsräten hinweisen. Neben der Debatte über die Arbeit der vergangenen drei Jahre – dabei spielte der Streik eine beachtliche Rolle – standen 119 Anträge und 10 Initiativanträge im Mittelpunkt der Konferenz. Ein Schwerpunkt bildete die Tarifpolitik. Als langfristiges Ziel schlägt die dju einheitliche Tarifverträge für Arbeiter, Angestellte und Journalisten in der Druckindustrie sowie im Zeitungs- und Zeitschriftengewerbe vor. Für die nächste Zeit fordert die dju u. a. die 40-Stunden- und 5-Tage-Woche für alle Redakteure, einen Gehaltstarifvertrag für Zeitschriftenredakteure sowie eine tarifliche Regelung über den Einsatz der neuen Technik.

Gewerkschaftskongreß der IGBE erstrebt 4-Tage-Woche

Vom 23. bis 27. November 1976 fand in der Dortmunder Westfalenhalle der 11. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie (IGBE) statt. 300 Delegierte berieten die Berichte des geschäftsführenden Vorstandes und verabschiedeten 381 Anträge, in denen 2714 Einzelanträge aus den Ortsgruppen sowie den anderen antragsberechtigten Organen zusammengefaßt waren, sowie vier Initiativanträge. Im Mittelpunkt des Kongresses, der sich im allgemeinen durch Diskussionsmüdigkeit auszeichnete, standen Fragen der Energiepolitik und damit zusammenhängend der Arbeitsplatzsicherung.

Dieser 11. Gewerkschaftskongreß der IGBE, der noch 374 000 Mitglieder repräsentierte, darunter 133 000 Rentner, war gewissermaßen dreigeteilt. Da waren zum einen die Berichte der sieben geschäftsführenden Vorstandsmitglieder, die eine relativ heile Welt ohne ernsthafte Probleme zeigten, und wenn schon Probleme auftauchten, suchten sie Hilfe vor allem bei der Bundesregierung. Da waren zum anderen die 15 Diskussionsredner zu den Berichten, die zum Teil die Sorgen der Mitglieder anklingen ließen und einige kritische Fragen stellten, und da waren vor allem die Anträge der gewerkschaftlichen Basis, in denen – oft im völligen Gegensatz zur vorgetragenen Konzeption des geschäftsführenden Vorstandes – eine konstruktive Gewerkschaftspolitik entwickelt wurde. So bieten zahlreiche verabschiedete Anträge die Möglichkeit, die Interessen der Arbeiter und Angestellten des Bergbaus und der Energiewirtschaft wirksam zu vertreten, wenn um ihre Realisierung

entschieden gerungen wird. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang besonders der Antrag 128, der fordert, im Steinkohlenbergbau die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen.

Aus vielfältigen Äußerungen der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder läßt sich belegen, daß ihre Konzeption eine sozialpartnerschaftliche ist. So beschwor der wiedergewählte Vorsitzende der IGBE, Adolf Schmidt, der bisher auch stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion war, im Zusammenhang mit dem neuen Mitbestimmungsgesetz den „Geist partnerschaftlicher Zusammenarbeit“. Obwohl der Kongreß Lohnleitlinien ablehnte, sprach sich Helmut Gelhorn, 2. Vorsitzender der IGBE, für die gewerkschaftliche Beteiligung an der konzertierten Aktion aus. Er sieht auch keinen Angriff auf die Tarifautonomie, wenn der Wirtschaftsminister sage, „6 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung seien trag-

Einmütig verlangen die 36 Delegierten die ersatzlose Streichung des Tendenzschutzparagraphen im Betriebsverfassungsgesetz sowie öffentlichkeitswirksame Aktionen zur Verwirklichung dieser Forderung. Zugleich bekräftigte die Konferenz die Forderung nach Tarifverträgen zur Durchsetzung der Mitbestimmung in den Zeitungsverlagen.

Energisch protestierten die Delegierten gegen die zunehmende Monopolisierung der Tagespresse durch die Pressekonzentration und der damit verbundenen weiteren Einschränkung der Meinungsfreiheit sowie der Vernichtung von Arbeitsplätzen. Wie die IG Druck und Papier in ihrem Programmentwurf, stellte auch die dju die „privatrechtliche Struktur der Presse in Frage“ und verabschiedete eine Diskussionsplattform mit Alternativvorschlägen (Wortlaut siehe Nr. 1/1977). Vorgesehen sind die Überführung großer Monopolunternehmen in Gemeineigentum nach Artikel 15 des Grundgesetzes, öffent-

lich-rechtliche Körperschaften sowie demokratisch kontrolliertes und mitbestimmtes Privateigentum in Form von Stiftungen oder Genossenschaften.

Hervorzuheben sind weitere Anträge für eine fortschrittliche Medienpolitik, gegen Berufsverbote und für die Streichung des Gewaltparagraphen 88a im Strafgesetzbuch sowie einen Ausbau der Arbeitsgemeinschaft Publizistik zwischen der IG Druck und Papier und der Gewerkschaft Kunst in Richtung einer umfassenden Mediengewerkschaft. Der neue Bundesvorstand setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender Eckart Spoo; stellvertretende Vorsitzende Dieter Brumm und Dr. Fritz Michael; Beisitzer Emil Carlebach und Gerhard Schwinghammer. Als Kandidaten-Vorschläge an den Hauptvorstand der IG Druck und Papier für den Deutschen Presserat wählte die Konferenz Peter Kleinert, Dieter Brumm, Dr. Werner Petschick, Gerhard Schwinghammer und Helmut Löhlfel. W. P.

bar, 10 Prozent aber seien nicht zu veranworten“.

Der Gewerkschaftskongreß appellierte an die Bundesregierung, das Energieprogramm fortzuschreiben und die Kohleförderung in einer Höhe von jährlich 95 Millionen Tonnen zu sichern. Die Elektrizitätsunternehmen sollten sich verpflichten, mehr Kohle abzunehmen. Nur ein Delegierter fragte, ob es nicht notwendig sei, auf dem Gebiet der Energiepolitik zu anderen Bedingungen und Kriterien zu kommen. Nicht ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes befaßte sich mit dem Problem, ob überhaupt eine demokratische Energiepolitik zu realisieren sei, wenn sie sich am Profit privater Konzerne orientiert. Hingegen meinten einige Ortsgruppen in ihren Anträgen, daß ohne Gemeineigentum keine Energiepolitik aus einem Guß im Interesse der Bevölkerung möglich sei. Im Antrag 5, der in einer von der Antragskommission verwässerten Form angenommen wurde, wird vom Parlament ein Gesetz zur Überführung des Bergbaus und der Energiewirtschaft in Gemeineigentum gefordert.

Adolf Schmidt sprach sich für weitere Begegnungen und Kontakte mit den Gewerkschaften sozialistischer Länder aus. Zugleich wurde der Hauptvorstand beauftragt, sich in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen und seine Möglichkeiten auszunutzen, damit der „Schießbefehl“ aufgehoben wird.

Auf sozialpolitischem Gebiet hat die IGBE einige bedeutsame Ergebnisse erzielen können – es sei hier an das aus Bundesmitteln finanzierte Anpassungsgeld erinnert –, die auch anderen Gewerkschaften Anregungen vermitteln könnten. Einige Delegierte meinten sogar, daß hier der Hauptgrund für die relative Zufriedenheit der Delegierten und ihre geringe Diskussionslust liege.

Die IGBE sieht sich schwierigen organisatorischen Problemen gegenüber. Der Funktionärskörper ist überaltert. 87 Prozent der Funktionäre sind älter als 40 Jahre, 23 Prozent sind sogar älter als 55 Jahre. Es gibt Ortsgruppen, in denen es kaum noch Mitglieder gibt, die im Berufsleben stehen. In vielen Schachtanlagen besteht oft der größte Teil der Belegschaft vor Ort aus ausländischen Kollegen. Ihre Probleme spielten allerdings kaum eine Rolle, und nur vier von ihnen waren delegiert.

Der geschäftsführende Vorstand wurde, bis auf den der CDU angehörenden Rudi Nickel, mit großer Einmütigkeit gewählt. Es erhielten an Stimmen (Ergebnisse von 1972 in Klammern): 1. Vorsitzender Adolf Schmidt 289 (289); 2. Vorsitzender Helmut Gelhorn 290 (274); Hans Alker 290 (265); Karl Krämer 290 (245); Heinz-Werner Meyer 287 (252); Rudi Nickel 140 (229); Walter Schmidt 222 (219). Heinz Schäfer

Biermann

Ein Wunder ist in unserem Lande geschehen: Einer, der sagt, er sei Kommunist, wird im öffentlich-rechtlichen und staatlich kontrollierten Rundfunk und Fernsehen herumgereicht, daß es seine Art hat. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg — Erfinder der Berufsverbote — bietet ihm freie Kost und Logis. Und einen Numerus-clausus-Platz an der verstorbenen Uni. Ein Wunder an Demokratie?

Natürlich nicht. Denn der da herumgereicht wird, Biermann, ist gar kein Kommunist; er sagt es nur. Er behauptet es und singt gleich drei saftige Strophen gegen die Kommunisten, die DDR, den Sozialismus. Dann sagt er abermals, er sei Kommunist, singt wieder was Antikommunistisches und so weiter. Das ist mal was Neues. Und neu ist auch, daß einer, der Kommunist sein will, nicht merkt, wie er von erprobten Klassenkämpfern der Bourgeoisie eingesperrt und ausgenommen wird.

Natürlich merkt er es, er will es ja. Und deshalb ist er auch hier — im doppelten Sinne: einmal, weil er auf die von gewissen Vorstandskreisen der IG Metall organisierte antikommunistische Tournee gehen wollte, zum anderen, weil ihm — da er sich aktiv vor diesen Karren spannte — durch die DDR die Staatsbürgerschaft entzogen wurde. Zweifellos ein nicht alltäglicher Vorgang, und die Meinungen darüber sind geteilt.

Was wir in diesem Zusammenhang erleben, ist eine Eruption des Klassenkampfes. Biermann hat sich zum Werkzeug der kompromißlosesten Feinde der DDR und des Sozialismus machen lassen. Sie und er haben hoch gepokert — und verloren. Die DDR hat sich mit ihren Mitteln und gesetzlichen Regelungen ihrer Haut erwehrt: Biermann, mit dem nicht mehr vernünftig zu reden war und der in Gottvater-Pose den Lehrmeister des Sozialismus zu spielen sucht, wurde wieder in die Bundesrepublik, aus der er einmal in die DDR übersiedelt war, abgeschoben.

Hier dürfte ihn die bürgerliche Freiheit erwischen, die er lobpreist: Noch ein paar Wochen oder Monate — und er wird eine ausgequetschte antikommunistische Zitrone sein, mit abgeblättertem Lack und nachlassender Zugkraft. Behauptet er noch länger, Kommunist zu sein, werden ihn die Fußtritte seiner jetzigen Gönner treffen; legt er jedoch dieses Attribut ab, ist er nur ein Antikommunist unter vielen. So und so — der Biermann-Rummel wird zu Ende gehen. Die Karawane des Sozialismus aber zieht weiter, und die Kläffer in kapitalistischer Mondnacht werden nach einem neuen Opfer Ausschau halten.

Sb.

NGG: Kein Geld durch AR-Mandat

Die Mitbestimmung in den Großunternehmen soll den gewerkschaftlichen Vertretern in den Aufsichtsräten keine finanziellen Vorteile bringen. Das hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) beschlossen. Günter Lepnies, Landesbezirksvorsitzender der Gewerkschaft NGG in Hamburg/Schleswig-Holstein, erklärte dazu Mitte November: „Die hauptamtlichen Gewerkschaftsvertreter in den nach dem neuen Mitbestimmungsgesetz zu bildenden Aufsichtsräten werden auf alle Tantiemen verzichten — zugunsten der Bildungsarbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaft NGG.“

Die Gewerkschaft werde darüber hinaus auch allen Belegschaftsvertretern aus den Betrieben empfehlen, die Tantiemen an ihre Gewerkschaft abzuführen. „Wir wollen damit allen Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen, die in der zukünftigen Mitbestimmung Pfründe für die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten sehen.“

DGB Frankfurt bereitet 1. Mai vor

Ende November tagte im Frankfurter Gewerkschaftshaus das DGB-Mai-Parlament. Ihm gehören Betriebsratsmitglieder und gewerkschaftliche Vertrauensleute an. Es wurde beschlossen, auch 1977 eine große Demonstration mit anschließender Kundgebung durchzuführen. Die Gewerkschaftsfunktionäre wurden aufgerufen, sich aktiv an den Vorbereitungen zu beteiligen und dafür zu wirken, daß der 1. Mai, der Kampftag der Arbeiterklasse, wieder so erfolgreich verläuft wie in den letzten drei Jahren. 1976 hatten in Frankfurt rund 20 000 Gewerkschafter an der Kundgebung und Demonstration am 1. Mai teilgenommen. Darüber hinaus gab es zahlreiche Veranstaltungen, angefangen von Podiumsdiskussionen bis zu Kulturveranstaltungen.

Unter den Anträgen, die der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) aus Zeitmangel an den HBV-Gewerkschaftsausschuß zur Beratung und Beschlußfassung delegierte, befand sich einer, der den Hauptvorstand auffordert, „sich innerhalb des DGB für alljährliche Demonstrationen zum 1. Mai einzusetzen“. Er wurde vom Gewerkschaftsausschuß zum Beschluß erhoben.

PERSONALIEN

Günter Baumann, Direktor und Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat, verstarb am 28. Oktober 55jährig an den Folgen eines Herzinfarkts. Seit 1956 war der Verstorbene bei der Neuen Heimat tätig.

Peter Jaszyk, Betriebsratsmitglied und IG-Metall-Vertrauensmann bei Opel in Bochum, sollte von der Konzernleitung entlassen werden. Als Vorwand, den konsequenten Gewerkschafter loszuwerden, diene die Erkrankung Jaszyks während einer Reise in die Sowjetunion. Von der Konzernleitung wurde die mitgebrachte Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung nicht anerkannt. Zur Kündigung verweigerte der Betriebsrat seine Zustimmung. Diese sollte nun durch das Arbeitsgericht ersetzt werden. Jedoch das Bochumer Arbeitsgericht wies die Klage der Opel-Konzernleitung ab.

Hans Nätcher, von 1951 bis 1962 Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG), wurde am 13. November 80 Jahre. Bereits während seiner Lehrzeit als Schlachter trat er in Marktheidenfeld geborene Nätcher 1914 dem Fleischergesellenverband bei. Als jüngster hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär wurde er 1921 in die Bezirksleitung Nordbayern des Zentralverbandes der Fleischer berufen. Wie zahlreiche andere Gewerkschafter wurde Hans Nätcher von den Nazis 1933 verhaftet und für mehrere Jahre eingekerkert. Nach Zerschlagung der Nazi-Herrschaft wirkte er maßgeblich am Aufbau der Einheitsgewerkschaft mit. 1949 wurde er Hauptausschußvorsitzender seiner Organisation und 1951 auf dem 1. ordentlichen Gewerkschaftstag in Stuttgart an die Spitze der NGG gewählt. Von 1958 bis 1964 war Nätcher Präsident der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter (IUL), deren Ehrenvorsitzender er heute noch ist.

Rudolf Sperner, Vorsitzender der IG Bau, Steine, Erden, ist von der Generalversammlung der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter in der EG erneut zum Vizepräsidenten gewählt worden. Die Föderation vertritt rund 2 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte.

Helnz Oskar Vetter, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sicherte im Hinblick auf die bevorstehende Bildung von Aufsichtsräten nach dem sogenannten Mitbestimmungsgesetz zu, sich für eine entsprechende Beteiligung von Frauen in diesen Gremien einzusetzen. Er bemängelte, daß von über 200 Berufsmöglichkeiten den Frauen tatsächlich nur 17 offenstehen.

Kapitalistische Wirklichkeit und DGB-Grundsatzprogramm

Seit der 10. ordentliche Bundeskongreß des DGB im Mai 1975 den Bundesvorstand beauftragte, das DGB-Grundsatzprogramm zu überarbeiten, ist die inhaltliche Diskussion darüber — wenn auch zähflüssig — in Gang gekommen. Zwar sind die Meinungsäußerungen bis jetzt noch auf Spitzenfunktionäre beschränkt und fehlt die Stimme der gewerkschaftlichen Basis, aber schon zeichnet sich ein Fragenkreis ab, um den es geht: Soll der DGB seinen zentralen Auftrag, über die tägliche soziale Interessenvertretung hinaus Wirtschaft und Gesellschaft zu verändern, verdeutlichen oder auf Anpassung schwenken?

Die Präambel des geltenden Grundsatzprogramms von 1963 enthält eine knappe, im wesentlichen zutreffende Analyse der bundesdeutschen Wirklichkeit und des davon abgeleiteten gewerkschaftlichen Auftrags. Die „Ungeerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Abhängigkeit vom Marktgeschehen, von privater Wirtschaftsmacht und die Ungleichheit der Bildungschancen sind nicht überwunden“, heißt es darin. „Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmen sind erstarkt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort.“

Weiter stellt die Analyse fest: „Die Arbeitnehmer, d. h. die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle.“

Fast ist es überflüssig, auf die Aktualität dieser Aussagen heute, 13 Jahre nach ihrer Fixierung, hinzuweisen. Zwei Krisen, die die kapitalistische Wirtschaft der Bundesrepublik seitdem erlebt, haben außerdem den Anschein immerwährender Stabilität eines „gewandelten“ Kapitalismus weggeblasen. Rücksichtslose Krisenabwälzung auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten, Betriebsschließungen und -verlagerungen, Massenentlassungen, noch stärkere Konzentration des Kapitals und der Produktion bei immer weniger Großen, Frontalangriff auf die Realeinkommen und das Sozialsystem — alles das hat in den letzten Jahren auch in den Gewerkschaften aufgekommenen Illusionismus über einen stabilen, sozialen und obendrein steuerbaren Kapitalismus erschüttert.

Damals — 1963 — schrieb man etwas verschämt ins Grundsatzprogramm: „Bereits zu Beginn der Industrialisierung hatte die sie prägende kapitalistische Wirtschaftsordnung dem Arbeitnehmer die gesellschaftliche Gleichberechtigung verwehrt, seine Person der

Willkür des Unternehmers unterworfen, seine Arbeitskraft dem Marktgesetz ausgeliefert, seine soziale Sicherheit dem Gewinnstreben untergeordnet, soziale Mißstände und Krisen verursacht.“ Nur zu Beginn? Inzwischen ist das Hurra-Gerufe des damaligen IG-Bau-Vorsitzenden Georg Leber, wonach Krise und Ausbeutung ein für allemal der Vergangenheit angehören, einer Wirklichkeit gewichen, die der auf den „Beginn der Industrialisierung“ fixierten Definition in der Präambel haargenau entspricht.

Es hat also seit Verabschiedung des Grundsatzprogramms erhebliche Wandlungen, vor allem aber Verdeutlichungen in der Funktion des bundesdeutschen Kapitalismus gegeben. Damit stellt sich für die Gewerkschaften auch wieder die lange Zeit von einer wirtschaftlichen Schönwetterperiode in den Hintergrund gedrängte Frage nach den Besitzverhältnissen in der Produktion, der Veränderung der Wirtschaftsordnung, wieder schärfer.

Treffend stellt Detlef Hensche vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier in seinem Diskussionsbeitrag „Grundsatzprogramm und Wirtschaftsordnung“ in der November-Ausgabe der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ fest:

Polnische Eisenbahner bei der GdED

Zwischen den Gewerkschaften der sozialistischen Länder und DGB-Gewerkschaften hat ein reger Delegationsaustausch eingesetzt. Nachdem eine Spitzendelegation aus der DDR, die bei der ÖTV und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen Gespräche führte, besuchte nun eine vierköpfige Delegation der polnischen Eisenbahnergewerkschaft unter der Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden Anna Cwieljowska erstmals den Hauptvorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) in Frankfurt.

„Wer in den letzten Jahren erlebt hat, wie Reformen am Widerstand mächtiger Kapitalgruppen gescheitert sind, wer zum Beispiel die Ohnmacht des Bundeskartellamtes gegenüber den Ölkonzernen nicht vergessen hat, wer nicht daran glauben mag, daß eine Million Arbeitslose von selbst oder durch Steuergeschenke an Unternehmer wieder Arbeit finden — für den gewinnen die klassischen Forderungen nach einer Neuordnung der Wirtschaft erhöhte Aktualität, und zwar unter Einschuß der Eigentumsfrage, also der Vergesellschaftung von markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen. Was vielleicht vor ein paar Jahren noch als akademische Spielerei einiger Linker anmutete, wird in Zukunft zu einer Lebensfrage unserer Wirtschaft.“

Dagegen möchte IG-Chemie-Vorsitzender Hauenschild, der erst wieder auf dem Gewerkschaftstag seiner Organisation im Oktober 1976 ein Bekenntnis zum Kapitalismus ablegte, die Eigentumsfrage nicht aufwerfen, sondern nur über die Kontrolle der Eigentümer diskutieren (Gew. Monatshefte, 8/76).

Andererseits stellt aber auch der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter im Sinne des oben Gesagten fest: „Seit dem Düsseldorfer Grundsatzprogramm haben sich einige wichtige Entwicklungsverläufe verändert, und wir haben einige neue Erfahrungen machen müssen.“ Unter Hinweis auf das Grundgesetz der Bundesrepublik, an das sich ein DGB-Grundsatzprogramm anlehnen müsse, unterstreicht Vetter, daß es „offen in der Frage der Wirtschaftsordnung“ sei. „Es überläßt es den jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen, die jeweils angemessene oder anzustrebende Ordnung zu finden“ (Gew. Monatshefte, 4/76).

Aus Erfahrungen soll man lernen. Bei der Diskussion und Formulierung des neuen Grundsatzprogramms wird es darum notwendig sein, die Analyse unserer Gesellschaft zu vertiefen und den bereits im geltenden Grundsatzprogramm festgeschriebenen Veränderungswillen in Richtung Zurückdrängung und Überwindung privater Eigentums- und Verfügungsmacht in der Wirtschaft durch Vergesellschaftung, Mitbestimmung und demokratische Planung mehr in das Zentrum gewerkschaftlicher Handlung und Zielsetzung zu rücken.

Das ist nur ein Aspekt, allerdings ein wesentlicher, der gewerkschaftlichen Grundsatzdiskussion, der wieder zu der zentralen Aussage des Grundsatzprogramms von 1949 hinführt, daß nämlich die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht in der Lage ist, soziale Sicherheit und krisenfreie Entwicklung zu gewährleisten. Die Erfahrungen seitdem, spätestens seit Mitte der 60er Jahre, haben den Blick dafür in einem langen Lernprozeß geschärft. Es gilt, die richtigen Folgerungen abzuleiten. Gerd Siebert

Renten in Gefahr: Es gibt andere Alternativen

Noch ist in Bonn keine Entscheidung über die Sanierung der Finanzen der Rentenversicherung gefallen. Doch längst besteht kein Zweifel mehr daran, daß alle diskutierten Pläne zu Lasten der Rentner, Arbeiter und Angestellten gehen sollen. Andere Alternativen werden überhaupt nicht in Erwägung gezogen. In seinem Gutachten zur Rentenanpassung hat der Sozialbeirat empfohlen, die zum 1. Juli 1977 fällige Anpassung bis zum 1. Januar 1978 zu verschieben.

Eine andere Variante besteht darin, die Rentenversicherungsbeiträge der Arbeiter und Angestellten von 18 auf 19 Prozent des Bruttoverdienstes zu erhöhen und den Rentnern zudem einen fünfprozentigen Krankenversicherungsbeitrag aufzubürden. Dadurch soll die Rentenversicherung 1978 um 10 bis 11 Mrd. DM entlastet werden. Seine Ansichten über die langfristige Entwicklung der Finanzen der Rentenversicherung aber will der Sozialbeirat erst Anfang des kommenden Jahres formulieren.

Die Bundesregierung hat dagegen mit den Rentenversicherungsanstalten Maßnahmen zur Schließung der Liquiditätslücken für das Jahr 1977 abgestimmt, die von einer uneingeschränkten Anpassung der Renten zum 1. Juli 1977 um 10 Prozent ausgehen. Dabei ist aber auch die Kürzung des Zuschusses der Rentenversicherung zur Krankenversicherung der Rentner von derzeit rund 17 Prozent (14,7 Mrd. DM) auf 10,98 Prozent der Rentenausgaben vorgesehen. Dadurch würden nach übereinstimmender Auffassung der Krankenversicherungsverbände die Krankenkassen gezwungen werden, ihren Beitragssatz für Arbeiter und Angestellte um 1 Prozent zu erhöhen.

Auch die FDP will die Rentner schröpfen. Nach den Vorstellungen des Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion sollen den Rentnern 10 Prozent ihrer Rente als Beitrag zur Krankenversicherung abgezogen werden. Die Rentenversicherungsanstalten, die jetzt 135 DM pro Rentner monatlich an die Krankenkassen zahlen, sollen dafür jede Monatsrente um 93 DM aufstocken. Bis zu 1000 DM Monatsrente würde sich eine Erhöhung, über 1000 DM jedoch eine Rentenminderung ergeben.

Um welche horrenden Beträge es bei der geplanten und von den Unternehmerverbänden verlangten Rentendemontage geht, hat eine Berechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft verdeutlicht. Danach würden den Rentnern in den nächsten 15 Jahren 360 Mrd. DM entzogen werden.

Noch wenige Monate vor der Bundestagswahl hatte Bundesarbeitsminister Arendt erklärt: „Die Rentenversicherung-

gen der Arbeiter und Angestellten haben ein solides finanzielles Polster. Es besteht nicht der geringste Anlaß zu irgendwelchen Eingriffen. Das gilt für die Beitragsseite, und das gilt genauso für die Leistungsseite.“ Jetzt aber ist nur noch von der bevorstehenden Pleite der Rentenversicherung die Rede. Dabei gab es Mitte des Jahres noch Rücklagen von 40 Mrd. DM. Diese sollten die Finanzierung der Renten auch in ungünstigen Zeiten gewährleisten. Doch nun, da es um die Probe aufs Exempel geht, sind diese Rücklagen angeblich nicht flüssig zu machen.

Arbeiterseminar '77

Herausgeber und Redaktion der NACHRICHTEN planen ein neues Arbeiterseminar. Es soll am 23. und 24. April 1977 in Frankfurt/Main stattfinden und sich mit dem Thema: „Sozialpolitik in der Krise – Sicherung und Ausbau sozialer Rechte und Leistungen“ beschäftigen. Als Hauptreferent konnte der Mitherausgeber Arthur Böppe, Bremen, gewonnen werden. Thesen zum Referat erhalten alle Teilnehmer bzw. Interessierte rechtzeitig vor dem Arbeiterseminar. Weitere Informationen erscheinen in den nächsten Ausgaben (siehe auch Verlagsinternes S. 31).

Zu einem erheblichen Teil befinden sich die Rücklagen der Rentenversicherung in der Verfügung staatlicher Organe und Unternehmungen. Wiederholt wurden diese Mittel in den letzten zwei Jahrzehnten zum Ausgleich des Bundeshaushaltes zweckentfremdet eingesetzt. Mehr als berechtigt ist deshalb die Forderung, daß jetzt auch der Staat für die Finanzierung der Renten einstehen muß, wie das die „Bundesgarantie“ vorsieht. In seinem Referat auf der 2. Bildungspolitischen Konferenz des DGB in Essen (siehe Einhefter) hat DGB-Vorsitzender Vetter die Wirtschaftskriminalität, Steuerflucht und Rüstungsausgaben als Finanzierungsquellen für die Bildung bezeichnet. Aus diesen Quellen wie aus den Superprofiten der Großkonzerne kann auch die

Finanzierung und die uneingeschränkte Anpassung der Renten gesichert werden.

Unverständlich ist, daß nach einer Veröffentlichung des DGB-Sozialexperten Alfred Schmidt in der November-Ausgabe des Funktionärsorgans „Die Quelle“ der DGB im Anschluß an eine Sitzung seines Sozialpolitischen Ausschusses seine Bereitschaft erklärt hat, bei den in Bonn erwogenen Maßnahmen zur Sanierung der Rentenversicherung mitzuwirken. Dabei erstreckt sich die vom DGB bekundete Bereitschaft zur Mitwirkung nicht nur auf kurzfristige Maßnahmen: Verschiebung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr schon 1977 oder 1978, Wiedereinführung eines Krankenversicherungsbeitrages für Rentner und Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrages für Arbeiter und Angestellte, sondern auch auf weitergehende langfristige Maßnahmen wie „Aktualisierung“ oder Anpassung an die Nettolöhne bzw. Besteuerung der Renten.

Zwar hat der DGB seine Bereitschaft zu dieser Mitwirkung davon abhängig gemacht, daß „gleichzeitig damit jene Privilegien beseitigt werden, die mit der Öffnung der Rentenversicherung 1972 für Selbständige und Freiberufler geschaffen wurden. Doch abgesehen davon, daß diese „Vorbedingung sicher ohne praktische Auswirkung bleibt, steht die jetzt bekundete Bereitschaft, bei den Maßnahmen zu Lasten der Rentner, Arbeiter und Angestellten mitzuwirken, eindeutig im Widerspruch zu allen diesbezüglichen Beschlüssen des 10. ordentlichen DGB-Bundeskongresses. Im Gegenteil. Der dort verabschiedete Antrag 108 verlangt ein Vorziehen der Rentenanpassung um sechs Monate.

Davon ausgehend wird im Prüfstein 3 des DGB zur Bundestagswahl 1976 gefordert, die „Unantastbarkeit“ des „Netzes der sozialen Sicherheit“ muß garantiert werden. Der DGB unterstreicht mit Nachdruck die Forderung nach einem weiteren Ausbau des Systems der sozialen Sicherung auf der Grundlage des DGB-Aktionsprogramms von 1972.“ In diesem Aktionsprogramm aber hat der DGB die alte gewerkschaftliche Forderung bekräftigt, daß das Altersruhegeld für Arbeiter und Angestellte nach einem erfüllten Arbeitsleben 75 Prozent des erreichten Arbeitseinkommens betragen soll.

Noch in der September-Ausgabe der „Quelle“ hatte der gleiche Alfred Schmidt plädiert, „die Panikmache mit dem Bankrott der Rentenversicherung muß unterbleiben“ und festgestellt: „Die Liquiditätsschwierigkeiten des Jahres 1977 würden nicht auftauchen, wenn der Bund seine Schulden an die Rentenversicherung, die vor allem aus gestundeten Bundeszuschüssen bestehen, vorzeitig zurückzahlt.“ Zwei Monate später versucht der DGB-Sozialexperte, die Bereitschaft des DGB zur Mitwir-

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Kosten der Betriebsratstätigkeit

Eine wirksame und effektive Betriebsratsarbeit ist auch abhängig von den Finanz- und Sachmitteln, die dem Betriebsrat für seine Arbeit zur Verfügung stehen. Nach den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes ist zwar gesetzlich gesichert, daß die Kosten der Betriebsratstätigkeit vom Unternehmer getragen werden (§ 40 BetrVG). Diese Vorschrift hat jedoch eine erhöhte Abhängigkeit des Betriebsrats vom Unternehmer zur Folge. Da § 41 BetrVG ein ausdrückliches Umlageverbot enthält und die Kosten der Betriebsratstätigkeit durch den Unternehmer damit die einzige Finanzierungsquelle für den Betriebsrat darstellt, ist sie für den Unternehmer ein wichtiger Hebel, den Betriebsrat zu disziplinieren und in seinen Rechten zu beschränken. Däubler empfiehlt daher in seinem neuen Arbeitsrechtsbuch (Das Arbeitsrecht, Ein Leitfaden für Arbeitnehmer, rororo Nr. 4057, 8,80 DM) den Betriebsräten, mit dem Unternehmer Betriebsvereinbarungen über einen „Betriebsratsfonds“ abzuschließen und festzulegen, in welchem Zeitraum und in welchem Umfang die Gelder abzurechnen sind (S. 229).

Zur Kostenerstattung einige neuere Urteile: Wie sehr die Frage der Sachmittel dazu benutzt wird, den Betriebsrat in seinen Arbeitsmöglichkeiten zu behindern, wird aus einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 15. Juni 1976 (Az: 1 ABR 116/74) deutlich. Ein Betriebsratsvorsitzender hatte Fotokopien der Bruttolohn- und -gehaltslisten verlangt. Das Bundesarbeitsgericht entschied, daß der Betriebsrat keinen Anspruch darauf habe, daß ihm Fotokopien zur Verfügung gestellt würden. Es stütze sich dabei auf den Wortlaut des § 80 Abs. 2 BetrVG. „Einblick nehmen“ sei nicht gleichbedeutend mit „zur Verfügung stellen“. Daher seien die Bruttolohn- und -gehaltslisten nur zur Einsichtnahme vorzulegen, nicht jedoch dem Betriebsrat auszuhändigen.

Immerhin war das Gericht so „lebensnah“, um wenigstens festzustellen: „Bei einer größeren Anzahl von Arbeitnehmern ist es schlechterdings unmöglich, das in diesen Listen enthaltene Zahlenwerk, in das Einblick genommen werden soll, im Gedächtnis zu behalten. Deshalb muß einem Betriebsratsvorsitzenden zugestanden werden, Abschriften oder Auszüge aus diesen Listen für seinen Gebrauch... anfertigen zu lassen. Das ist einem Arbeitgeber auch zumutbar.“

Zu der umstrittenen Frage, welches Honorar die Beisitzer einer Einigungsstelle beanspruchen können, entschied das

Bundesarbeitsgericht am 11. Mai 1976 (Az: 1 ABR 15/75): „1. Betriebsangehörige, die als Beisitzer einer betriebsverfassungsrechtlichen Einigungsstelle bestellt werden, können für ihre Tätigkeit in der Einigungsstelle kein Honorar beanspruchen.“

2. Die Funktionstüchtigkeit der Einigungsstelle wird durch angemessene Honorarzusagen an betriebsfremde Beisitzer (oder an den Vorsitzenden) nicht berührt.“

Ein Unternehmer wollte die Schulungskosten einer Betriebsratsschulung nicht übernehmen, weil der Betriebsrat keinen ausdrücklichen Beschluß gefaßt hatte, daß es sich um eine Schulung im Sinne des § 37 Abs. 6 (und nicht des § 37 Abs. 7 BetrVG) handelte. Mit Beschluß vom 14. Mai 1976 (Az: 3 Ta BV 26/76) wies das Landesarbeitsgericht Hamm in einer rechtskräftigen Entscheidung diese Auslegung zurück. Der Beschluß des Betriebsrats, ein Mitglied zu einer bestimmten Schulungsveranstaltung zu entsenden, habe sich nur darauf zu erstrecken, ob die in einem bestimmten Lehrgang angebotenen Kenntnisse für die Tätigkeit des Betriebsrats erforderlich seien und welches oder welche Betriebsratsmitglieder wann an einer solchen Schulung teilnehmen sollten. Die Kostenerstattungspflicht entstehe dann unmittelbar aus dem Gesetz.

Zu den Anforderungen an Auswahlrichtlinien bei Kündigungen (§ 95 BetrVG) nahm das Bundesarbeitsgericht in einem Urteil vom 11. März 1976 (Az: 2 AZR 43/75) Stellung. Kernsatz der Entscheidung ist, daß der Kündigungsschutz eines einzelnen Arbeitnehmers durch die Auswahlrichtlinien nicht eingeschränkt werden könne, „wie überhaupt das neue Betriebsverfassungsrecht den individuellen Kündigungsschutz gemäß § 1 KSchG in keinem Fall verschlechtert hat“. Das Bundesar-

kung an den Bonner Plänen zu rechtefertigen: „Hier eine ausgewogene, allen Interessen Rechnung tragende Konzeption zu finden, die die Folgen der Finanzschwierigkeiten auf alle gerecht verteilt, ist das Gebot der Stunde.“ Aber wie kann es „gerecht“ sein, wenn die Arbeiter und Angestellten mit den Folgen einer Krise einseitig belastet werden, die sie nicht verschuldet und auch nicht zu verantworten haben, während die steigenden Unternehmergewinne und Rüstungsausgaben noch nicht einmal zur Diskussion stehen?

beitsgericht erklärte daher Auswahlrichtlinien für rechtlich unwirksam, bei denen im Falle betriebsbedingter Kündigungen allein auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit, nicht jedoch auf andere soziale Gesichtspunkte wie beispielsweise Lebensalter und Familienverhältnisse abgestellt wurde.

Mit der Begründung, die Weiterbeschäftigung stelle eine unzumutbare wirtschaftliche Belastung dar, versuchte ein Unternehmer, die Weiterbeschäftigungspflicht nach § 102 Abs. 5 BetrVG zu umgehen. Er machte geltend, daß bei den Verlusten seines Betriebes von über 2 000 000 DM bei 290 Beschäftigten auch relativ geringfügige Lohnkosten für ihn wirtschaftlich unzumutbar seien. Das Arbeitsgericht Solingen gab mit rechtskräftigem Urteil vom 24. Februar 1976 (Az: 1 Ca 6/76) dem Antrag nicht statt. Die Lohnzahlung sei nur eine geringfügige Mehrbelastung, zumal dem Unternehmer die Arbeitskraft des Gekündigten zur Verfügung stehe. Demgegenüber würde die Entbindung von der Weiterbeschäftigung für den Antragsgegner eine „durchaus erhebliche finanzielle und wirtschaftliche Belastung bewirken“.

Nach § 108 Abs. 2 des am 1. April 1974 in Kraft getretenen Bundespersonalvertretungsgesetzes sind Kündigungen auch im öffentlichen Dienst dann rechtlich unwirksam, wenn der Personalrat dazu nicht vorher gehört worden ist. Die Vorschrift gilt unmittelbar für die Länder. Sie steht damit im Widerspruch zu einigen länderspezifischen Regelungen, wie z. B. § 74 Abs. 2 des hessischen PersVG, wonach eine fristlose Entlassung nicht der Beteiligung des Personalrats unterliegt.

Das Landesarbeitsgericht Frankfurt entschied (Az: 2 Sa 980/74), daß § 108 Abs. 2 als höherrangiges Recht die länderspezifische Vorschrift ersetze: „Auch der Zweck der Norm des gesamten § 108 BParVG spricht dafür, daß der Gesetzgeber mit dem Inkrafttreten des Bundespersonalvertretungsgesetzes den im Dienst eines Bundeslandes stehenden Arbeitnehmern endlich die für die Arbeitnehmer der privaten Wirtschaft seit dem Jahr 1972 bestehenden vergleichbaren Rechte einräumen wollte.“

Es kann nur darum gehen, jede weitere Belastung, jede Sozialdemontage abzuwehren und den erkämpften sozialen Besitzstand zu verteidigen. Eine der großen Rentnerorganisationen, der Reichsbund, hat mit ersten Protestmaßnahmen begonnen. Auch die größte Rentnerorganisation der Bundesrepublik, der VdK, hat Aktionen für den Fall angekündigt, daß die für den 1. Juli 1977 von allen Bundestagsparteien zugesagte Rentenanpassung von 10 Prozent nicht durchgeführt werden sollte.

Arthur Böppe

Innergewerkschaftliche Demokratie in der Praxis der DDR

Am 1. November 1976 begannen in der DDR die Gewerkschaftswahlen. Bis zum 18. Dezember müssen sie in den Betrieben abgeschlossen sein. Es folgen im Januar und Februar die Kreisdelegiertenkonferenzen der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften (IG/Gew.), auf denen die Delegierten über die entsprechenden Leitungen abstimmen. In der Zeit vom 26. Februar bis 26. März stehen auf den Bezirksdelegiertenkonferenzen ebenfalls Wahlen auf der Tagesordnung. Und schließlich werden im April auf Zentraldelegiertenkonferenzen die Zentralvorstände der IG/Gew. gewählt. Die Wahlperiode wird abgeschlossen mit der Abstimmung über den FDGB-Bundesvorstand auf dem 9. FDGB-Kongreß vom 16. bis 19. Mai 1977.

Es ergibt sich die Frage, welche Funktionäre und Leitungen werden in den Betrieben gewählt. Zunächst geht es in den 250 000 Gewerkschaftsgruppen darum, welche Kolleginnen und Kollegen als Vertrauensleute die Interessen der Beschäftigten unmittelbar an der Basis vertreten. Hinzu kommt für jede Gruppe in der Regel der Kulturobrmann, der Sozialversicherungsbeauftragte und der Sportorganisator. In den 42 000 gewerkschaftlichen Grundorganisationen stellen sich die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) dem Votum der Belegschaften. In rund 5000 Gruppen in den Betrieben mit mehr als 300 Mitglieder werden von den Abteilungsgewerkschaftsorganisationen die Leitungen (AGL) gewählt.

In Grundorganisationen, in denen bis 30 Jugendliche und in Abteilungsgewerkschaftsorganisationen, in denen mehr als 30 Jugendliche (bis 25 Jahre) beschäftigt sind, wird auf einer Jugendversammlung ein Jugendvertrauensmann gewählt. Dieser kandidiert zugleich für die BGL bzw. AGL. In Grundorganisationen mit mehr als 30 Frauen wird auf einer Frauenversammlung über den Frauenausschuß abgestimmt. Beträgt in Betriebsgewerkschaftsorganisationen die Zahl der weiblichen Mitglieder mehr als 70 Prozent, so entscheiden die Leitungen in eigener Verantwortung, ob ein Frauenausschuß gebildet wird.

Die Satzung des FDGB bestimmt, daß mit Ausnahme der Wahlen in den Gewerkschaftsgruppen, der Jugendvertrauensleute und der Frauenausschüsse, die in offener Abstimmung bestätigt werden, alle Leitungen und Vorstände sowie die Revisionskommissionen und die Delegierten zu Konferenzen und Kongressen in geheimer Wahl ermittelt werden müssen.

Mindestens einmal in fünf Jahren wird der FDGB-Bundeskongreß vom Bundesvorstand des FDGB einberufen. Er

beschließt die Satzung, die Grundsätze und Aufgaben der Gewerkschaften bis zum nächsten Kongreß und stimmt über den Bundesvorstand und die Zentrale Revisionskommission ab. Der vom FDGB-Kongreß gewählte Bundeskongreß leitet bis zum Ablauf der Legislaturperiode die gesamte Tätigkeit der Gewerkschaften. Für die genannte Zeit wählt der FDGB-Kongreß ein Präsidium und ein Sekretariat.

Steigende Frauenarbeitslosigkeit – und kein Ende abzusehen

Heute haben sich sämtliche Werbesprüche um die Arbeitskraft der Frauen in ihr Gegenteil verkehrt. Auf einen kurzen Nenner gebracht wird oft von den Betroffenen mit Bitterkeit erklärt: „Zuerst geheuert, zuletzt gefeuert.“ Obwohl die Frauen 34 Prozent aller Erwerbstätigen ausmachen, stellen sie heute 52,4 Prozent aller Arbeitslosen. Erstmals seit 1973 sind über die Hälfte aller Arbeitslosen weiblichen Geschlechts.

Besonders betroffen sind junge unqualifizierte Frauen, denen jahrelang eine gute Ausbildung vorenthalten wurde. Allerdings ist die fehlende Ausbildung nicht der einzige Grund. Beispielsweise stieg im August 1976 in Nordrhein-Westfalen die Zahl der arbeitslosen Frauen in geistigen, naturwissenschaftlichen sowie in Sozial- und Erziehungsberufen um 1342 auf 5785.

Erste Opfer der Arbeitslosigkeit werden teilzeitbeschäftigte Frauen. Jahrelang hatte man ihnen eingeredet, eine Teilzeitarbeit aufzunehmen, die ihrer doppelten Belastung Rechnung trägt. Schließlich werden zunehmend auch typische Frauenarbeitsplätze wegratio-

Die Zentraldelegiertenkonferenz, das höchste Organ der IG/Gew., wird ebenfalls in der Regel alle fünf Jahre einberufen. Die von den Delegierten gewählten Zentralvorstände sind für die Durchführung der Beschlüsse des FDGB-Bundesvorstands in ihrem Organisationsbereich verantwortlich. Alle zweieinhalb Jahre wird sowohl über die Bezirks- und Kreisvorstände des FDGB als auch der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften abgestimmt. Auch die Wahlen zu den Betriebs- und Orts-gewerkschaftsleitungen stehen alle zweieinhalb Jahre auf der Tagesordnung.

Im Zusammenhang mit den am 18. Dezember beendeten betrieblichen Wahlen standen Fragen, Aufgaben und Probleme zur Diskussion, die das Leben der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz sowie deren Familien unmittelbar berühren: „Unsere ganze Aufmerksamkeit gilt allen Vorschlägen und Hinweisen vor allem zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“, betonte der BGL-Vorsitzende des volkseigenen Betriebes Kranbau Eberswalde, Horst Gollin. „Denn davon“, so sagte er, „wird der Erfolg der Gewerkschaftswahlen und das Wettstreiten um den allseitig erfüllten Plan maßgeblich bestimmt.“

Hans Kramer

nalisiert: beispielsweise in drei Berufszweigen, Textil- und Bekleidungsindustrie, Groß- und Einzelhandel sowie im Organisations- und Bürobereich, wo sich die Hälfte aller weiblichen Arbeiter und Angestellten konzentriert. Auch im öffentlichen Bereich drohen Entlassungen.

Da es sich nicht nur um eine krisenbedingte Arbeitslosigkeit handelt, sondern auch um strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, sind langfristige Maßnahmen zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit notwendig. Um dem „Lückenbüßertum der Frau für Konjunkturschwankungen“ den Garaus zu machen, schlägt der DGB Hessen u. a. vor, durch geeignete Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen den Frauen neue Berufe zu eröffnen, die ihnen bisher verschlossen sind: „Hauptziel ist die Erarbeitung von Strategien, die sich nicht mit frauenspezifischen Lösungsmöglichkeiten wie z. B. Teilzeitarbeit befassen, sondern die den Frauen auch langfristig eine gleichwertige Stellung im Erwerbsleben und damit ein Recht auf Arbeit sichern.“

Florence Hervé

Die Hauptursachen der britischen Pfundkrise

Von unserem Londoner Mitarbeiter Lionel Fulton

Für die Bundesbürger, die man noch im Spätherbst überall auf den Einkaufsstraßen Londons trifft, bedeutet der Verfall des Pfundes vor allem, daß es noch preiswerter ist, in England einzukaufen. Die Briten aber bekommen die Auswirkungen der Krise viel deutlicher zu spüren. In dem Maße, wie das Pfund an Wert verliert, klettern die Importpreise und deswegen auch die Verbraucherpreise nach oben. Die jährliche Preissteigerungsrate, die im Juli bei 12,9 Prozent lag, zeigt wieder eine steigende Tendenz und betrug im Oktober 14,7 Prozent.

Auch im sozialen Bereich findet man indirekte Folgen des Sterlingtiefkurses. Die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, die Schulen, Krankenhäuser, und den sozialen Wohnungsbau u. a. betreffen, werden damit begründet, daß solche Maßnahmen notwendig seien, um das Vertrauen der ausländischen Gläubiger wiederherzustellen.

Die bürgerlichen Blätter Englands meinen, daß der Währungsverfall nur ein Symptom der sogenannten englischen Krankheit sei, deren wahren Gründe die Streiks, die fehlende Arbeitsmoral und die unangemessenen und unverfrorenen Lohnforderungen der englischen Arbeiter seien. Aber abgesehen davon, daß die Zahl der Streiks in den ersten neun Monaten des Jahres auf das Niveau von 1953 zurückgegangen ist und daß die eingehaltenen Lohnleitlinien der letzten eineinhalb Jahre deutlich unter der Inflationsrate liegen, ist diese Analyse bewußt irreführend. Die Pfundkrise ist vielmehr ein Ausdruck der seit langem abnehmenden Konkurrenzfähigkeit der britischen Wirtschaft, obwohl der eigentliche Ablauf der Krise von den anarchischen Verhältnissen im Weltwährungsmarkt bestimmt wird.

Diese Konkurrenzschwäche zeigt sich zum Beispiel in der negativen Handelsbilanz. Dabei ist nicht nur zu beachten, daß sich das Handelsdefizit in den ersten neun Monaten des Jahres auf 2,7 Milliarden Pfund (10,8 Milliarden DM) oder etwa 15 Prozent der gesamten Ausfuhr belief, sondern auch, daß der Industriegüterhandel sich ständig zuungunsten Großbritanniens entwickelt. Von 1970 bis 1975 stieg in den anderen wichtigen kapitalistischen Ländern der Export von Industriegütern schneller als der Import. In der Bundesrepublik entwickelt sich zum Beispiel das Verhältnis Einfuhr/Ausfuhr von 1:1,8 (1970) zu 1:2 (1975). Dagegen war in Großbritannien eine sinkende Tendenz zu verzeichnen; während 1970 das Import/Exportverhältnis bei 1:1,5 lag, war es 1975 nur 1:1,3.

Diese Entwicklung ist vor allem auf die

fehlende Investition in Großbritannien zurückzuführen. Von 1968 bis 1972 gingen 3,8 Prozent des britischen Brutto-sozialprodukts auf das Konto industrieller Sachanlagen; in der Bundesrepublik waren es 4,9 Prozent, in Italien 6,4 und in Frankreich 6,9. Diese Vernachlässigung der Industrieanlagen führt nicht nur zu abnehmenden Anteilen am Weltmarkt und indirekt zum Kursverlust des britischen Pfundes; sie bedeutet auch, daß Tausende von Arbeitsplätzen verloren gingen. Zwischen 1964 und 1974 ging die Zahl der in der weiterverarbeitenden Industrie Beschäftigten um 580 000 zurück.

Aber die gleichen Firmen, die in Großbritannien ihre Investitionspläne in der Schublade liegen lassen, bauen im Ausland ihre Produktionskapazitäten aus. Die amtlichen Statistiken bringen den Beweis für die Ausdehnung britischer Investitionen. 1970 investierten britische Firmen 550 Millionen Pfund im Ausland; vier Jahre später waren es 1600 Millionen Pfund, und obwohl diese Summe 1975 auf 1100 Millionen zurückging, widerspiegelt das nur die krisenhafte konjunkturelle Entwicklung der westlichen Welt.

Eine kürzlich erschienene Analyse der 30 größten Industriekonzerne Großbritanniens für die Jahre 1975 und 1976 zeigt, daß 48 Prozent ihres gesamten Umsatzes aus ausländischer Produktion besteht. Ein Beispiel dieser Entwicklung, das auch in der Bundesrepublik bekannt ist, ist die metallverarbeitende Firma Guest Kenn and Nettlefold, die versucht, den im Schweinfurter Raum liegenden Kupplungshersteller Fichtel und Sachs aufzukaufen. Ein Viertel der Produktion dieser Firma entfiel 1975 auf das Ausland. Falls das Geschäft mit den Gebrüdern Sachs gelingen sollte, dürfte es 1977 viel mehr sein.

Angesichts solcher Ereignisse ist es nicht überraschend, daß die Gewerkschaften weitere Kontrolle der Investitionspolitik der großen Konzerne verlangen. Vom Dachverband (TUC) wer-

den die Forderungen nach Einschränkung der Möglichkeiten der Auslandsinvestition sowie nach einer Art Investitionslenkung aufgestellt. Der TUC schlägt auch die Verstaatlichung der Banken vor, weil er meint, daß so am besten die Mittel zum Ankurbeln der Investition eingesetzt werden können. Die Einzelgewerkschaften haben ähnliche Forderungen. Die Angestelltengewerkschaft (Association of Scientific, Technical and Managerial Staffs) hat zum Beispiel die Investitionsstrategie dreier großer Firmen, Courtaulds, Unilever und General Electric Company, scharf angegriffen.

Bis jetzt haben solche Forderungen an der Basis nur ein begrenztes Echo gefunden; nur bei einer Firma, Lucas Industries, hat die Belegschaft ihren eigenen Investitionsplan entwickelt. Das Interesse an Informationen über dieses Thema steigt aber an. Anscheinend begreifen immer mehr Leute, daß Investitionspläne, die nur an den Interessen der Monopole orientiert sind, keineswegs zur Lösung der wirklichen Probleme des Landes beitragen.

Gewerkschaftseinfluß wächst

Die Arbeiterbewegung entwickelte sich in den letzten Jahren in der Türkei sehr stark. Der Einfluß der progressiven Gewerkschaftskonföderation (DISK) wächst. Streiks mit ökonomischen und politischen Forderungen nehmen zu. Um diese erstarkende Arbeiterbewegung zu unterdrücken, bedient sich die Demirel-Regierung faschistischer Methoden. Faschistische Banden, sogenannte „Kommandos“, provozieren bewaffnete Überfälle auf streikende Arbeiter. Verletzte und getötete Gewerkschafter sind an der Tagesordnung.

Auch die Faschisierung des Staatsapparates schreitet fort. Die Wiedereinführung der paramilitärischen Sicherheitsgerichte im September/Oktober dieses Jahres zur Herstellung eines zivilen Ausnahmezustandes ist ein weiterer Versuch, die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaftsbewegung DISK zum Schweigen zu bringen. Den Kampf der demokratischen Kräfte in der Türkei unterstützt das Türkische Europa-Komitee für Frieden und Freiheit (TBÖK). TBÖK, eine Dachorganisation von 40 demokratischen Organisationen, hat eine Kampagne zur Unterstützung der DISK initiiert und ruft auch die Bevölkerung der Bundesrepublik zur materiellen Unterstützung auf.

Spenden können auf das Spendenkonto DISK, „Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt, Kontonummer 1 610 751 000 überwiesen werden. Material über die Situation in der Türkei kann bei TBÖK, Augustastraße 14, 465 Gelsenkirchen, angefordert werden.

Streiks in kapitalistischen Ländern gegen Abwälzung der Krisenlasten

In zahlreichen kapitalistischen Ländern kam es in den letzten Wochen und Monaten zu Massenstreiks der Arbeiter und Angestellten gegen die Abwälzung der Krisenlasten. Dafür einige Beispiele:

Italien

Italien gehört zu den kapitalistischen Ländern, die von der jüngsten Krise am härtesten betroffen wurde. War die Krise jedoch schon schlimm, so sind die Folgen noch erdrückender. Die zunehmende Verschuldung der Städte und Gemeinden führte dazu, daß die Kommunen oft nicht wissen, wie sie das Geld für Löhne und Gehälter der Beschäftigten rechtzeitig aufbringen sollen. Auch für öffentliche Dienstleistungen, beispielsweise für die Müllabfuhr, ist vielerorts kein Geld vorhanden.

Angesichts dieser Situation haben Millionen Arbeiter und Angestellte erneut ihre Forderungen nach einer Veränderung der italienischen Wirtschaftspolitik durch zahlreiche Streiks bekräftigt. Am 10. November legte mehr als eine Million Arbeiter und Angestellte in der römischen Region Latium die Arbeit nieder. Wenige Tage später traten 700 000 Beschäftigte des Gebiets Venedig in den Ausstand. Durch den Arbeitskampf der Beschäftigten der öffentlichen Verkehrsmittel, die sich den 200 000 streikenden Eisenbahnern anschlossen, wurde der gesamte Verkehr lahmgelegt. Auch 2,5 Millionen Arbeiter und Angestellte der Gebiete Piemont und Toskana forderten in einem mehrstündigen Streik die Durchsetzung der Gewerkschaftsforderungen zur Bekämpfung der Inflation.

Kanada

Kanada wurde in der zweiten Oktoberhälfte von einem gewaltigen Streik zur Verteidigung der sozialen Errungenschaften erschüttert. An einem Tag des sogenannten „Nationalen Protestes“ gegen das Sparprogramm der Regierung beteiligten sich weit über eine Million Arbeiter und Angestellte zwischen Atlantik und Pazifik. Der Streik erfaßte die verschiedensten Industriezweige und die öffentlichen Dienste. Zehntausende demonstrierten durch die Straßen der Städte.

Einen Streik dieser Art hatte es in Kanada nur ein einziges Mal, 1919, gegeben. Doch damals erfaßte der Ausstand nur als einzige Stadt Winnipeg. Diesmal war das ganze Land Schauplatz der Aktionen gegen Arbeitslosigkeit, Inflation und kapitalistischer Wirtschafts-

politik. Sie waren eine Kampfansage an ein Anti-Inflationsprogramm, denn während die Preise unkontrolliert weiter steigen, sind die geringen Zuwachsraten für Löhne und Gehälter bereits bis 1978 festgesetzt. Damit wurde die Tarifautonomie der Gewerkschaften faktisch aufgehoben.

In den letzten 20 Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen beständig gestiegen. Sie beträgt jetzt mit rund 800 000 das Zweieinhalbfache von damals.

Frankreich

Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes in Frankreich begehen mit machtvollen Aktionen gegen die von der Regierung betriebene Beschneidung ihrer demokratischen Rechte und Freiheiten auf. Besonders in den zurückliegenden drei Monaten nahm ihr Kampf an Umfang und Härte zu. Herausgefordert wurden die Aktionen durch ein Rund-

Neuer Vorsitzender der Sowjet-Gewerkschaften

Zum Vorsitzenden der 106 Millionen Mitglieder zählenden sowjetischen Gewerkschaften wurde auf einer Plenartagung des Zentralrates der bisherige 1. Sekretär des KPdSU-Gebietskomitees Saratow, Alexej Schibajew, gewählt. Der 61jährige Schibajew, der den bisher amtierenden Zentralratsvorsitzenden Wassili Prochorow ablöst, ist Abgeordneter des Obersten Sowjets und Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

30-Stunden-Woche für Bergarbeiter

Die 30-Stunden-Arbeitswoche für Bergarbeiter wurde bisher in 45 Kohlebergwerken der Ukraine eingeführt. Neben der Arbeitszeitverkürzung wurden die Löhne sowie die jährlichen Betriebs-treueprämien erhöht und die Renten um ein Drittel heraufgesetzt. Bis 1980 soll in sämtlichen Kohlegruben der Sowjetunion, in denen rund zwei Millionen Bergarbeiter beschäftigt sind, die 30-Stunden-Woche eingeführt sein.

schreiben des Premierministers Barre an die Minister und Staatssekretäre, das auf eine Demontage der von den Gewerkschaften erkämpften Rechte abzielt. In dem Schreiben wird beispielsweise angeordnet, daß die Minister und Staatssekretäre im Falle von Streiks der Angestellten nicht „zögern und die notwendigen Maßnahmen ergreifen“ sollten, „um die Abwicklung der Dienste, für die sie zuständig sind, zu sichern“.

Angeregt wird darüber hinaus, Streiktag als „eine Abwesenheit vom Dienst und eine Nichterfüllung“ der Aufgaben zu werten und demzufolge Lohn oder Gehalt zu kürzen bzw. disziplinarisch zu ahnden. Begründet wird diese harte Weile damit, daß durch die gewachsene Streikbereitschaft der Angestellten des öffentlichen Dienstes das Funktionieren der Dienste gefährdet werde und darunter der Dienst an der Nation leide. Demgegenüber erklären die Angestellten des öffentlichen Dienstes: Von einem öffentlichen Dienst an der Nation könne keine Rede sein, denn die Regierung kürze gerade die Mittel, die für den Dienst am Volke bestimmt seien. Darüber hinaus würde der öffentliche Dienst zunehmend zu einem Diener der Monopole umfunktioniert.

Spanien

Rund zwei Millionen Arbeiter und Angestellte Spaniens beteiligten sich am 12. November an einem von den demokratischen Gewerkschaften, darunter den Arbeiterkommissionen, ausgerufenen Generalstreik. Seit über 40 Jahren war es der erste gemeinsame Ausstand, der das ganze Land erfaßte. Allein in Madrid beteiligten sich rund 300 000 und in Valencia über 250 000 an den Aktionen. Damit protestierten die Gewerkschafter gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung, vor allem gegen den verhängten Lohnstopp und das neue arbeiterfeindliche Entlassungsgesetz.

Mit allen Mitteln hatte die spanische Regierung versucht, den Streik zu verhindern. Schon am Abend zuvor und am Streiktag wurden Hunderte von Gewerkschaftsfunktionären verhaftet. In mehreren Städten ging die Polizei brutal gegen demonstrierende Arbeiter vor, die zugleich ihr Verlangen nach Freilassung der wegen politischer und gewerkschaftlicher Betätigung Verhafteten und nach Zulassung aller politischen Parteien ohne Ausnahme zum Ausdruck brachten.

Bereits vor dem 12. November hatte der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) den Beschluß der demokratischen Gewerkschaften Spaniens begrüßt, einen Generalstreik auszurufen. Dieser Streik sei „Ausdruck des Wunsches der spanischen Arbeiter-schaft, mit der offiziellen Gewerkschaft zu brechen und sie durch echte demokratische Organisationen zu ersetzen“.

Keine Antwort auf drängende Fragen

Rainer Zoll: Der Doppelcharakter der Gewerkschaften. Zur Aktualität der Marx'schen Gewerkschaftstheorie, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1976, edition suhrkamp 816, 199 Seiten, 7,- DM.

Zoll gibt vor, einen Beitrag zur Wiederherstellung des Marxismus in der Gewerkschaftsfrage liefern zu wollen. Jedoch die schon im Vorwort gegebene Deutung Marx'scher Grundauffassungen läßt Zweifel darüber aufkommen, ob Zoll den Inhalt der Marx'schen Erkenntnisse über Rolle und Funktion der Gewerkschaften im Kapitalismus erfaßt hat. Die Gewerkschaften bildeten – so Zoll – „eine Gegenmacht der Arbeiter zur Macht des Kapitals“. Sie seien aber zugleich „auch ein Ordnungsfaktor“.

Wenn aber die Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter und Angestellten gegen das Kapital durchsetzen wollen, dann dürfen sie niemals Ordnungsfaktor sein, dann müssen sie in jedem

pitale sich „nur konkurrierend zueinander verhalten“ könnten und so müßten „dies die Lohnarbeiter ebenfalls“ (S. 23). Gerade am Beispiel der Herausbildung der Profitrate weist Marx nach, wie das gemeinsame Klasseninteresse des Kapitals gegen die Arbeiter größer ist als ihre Konkurrenz. Umgekehrt trifft dies auch auf die Arbeiter und Angestellten zu. Trotz aller vorhandenen Konkurrenz zwischen den Verkäufern der Arbeitskraft überwiegt ihr gemeinsames Interesse gegen das Kapital.

Der zur Verfügung stehende Platz verbietet es, auf die vielen Ungereimtheiten Zolls im Detail einzugehen. Es soll nur darauf verwiesen werden, daß die marxistische Lohntheorie nur außerordentlich verkürzt wiedergegeben wird. Es fehlen die neuen Bezüge, die Untersuchungen der veränderten Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft und der heutigen Wirkung des historisch-moralischen Elements sowie die Folgerungen für die aktuelle Lohnpolitik. Was sollen die Gewerkschaften mit Feststellungen, daß der Rahmen für die Lohnpolitik enger wird, daß die klassischen Funktionen der Gewerkschaften schrumpfen usw. Das sagen ihre Gegner täglich. Zur Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln schweigt sich Zoll weitgehendst aus. Auch zum Verhältnis Parteien und Gewerkschaften, vor allem zu ihrem aktuellen Bezug, des Kampfes um parteiliche Unabhängigkeit, findet man nur Allgemeinplätze.

Der Autor war, bevor er 1974 eine Professur in Bremen für Theorie und Geschichte der Gewerkschaften erhielt, zehn Jahre in der Pressestelle beim Vorstand der IG Metall und zuletzt deren Leiter. Man hätte erwarten können, daß seine Kenntnisse über die Probleme der Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik in seiner Arbeit einfliessen. Zoll flüchtet jedoch nach Italien und Frankreich und gibt auch hier eine völlig verzerrte Darstellung der gewerkschaftlichen Situation.

So findet der engagierte, theoretisch interessierte Gewerkschafter kaum Antworten auf die drängenden Fragen der Gewerkschaftsbewegung dieses Landes, beispielsweise zu den Fragen einer aktiven Lohnpolitik, der Mitbestimmung, der sogenannten Vermögenspolitik, der Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum oder des Kampfes gegen die „Multis“. Zolls Schrift hat mit einer Gewerkschaftstheorie, die sich auf Marx stützt, wenig zu tun. Heinz Schäfer

VERLAGSINTERNES

Wie an anderer Stelle zu lesen ist, beabsichtigen Redaktion und Verlag der NACHRICHTEN, an ihrer Tradition festzuhalten und auch 1977 ein Arbeiterseminar durchzuführen. Es wird sich mit einem brennenden Problem beschäftigen, das besonders nach den Bundestagswahlen noch an Aktualität gewonnen hat. Und so lautet auch das Arbeitsthema des Seminars: „Sozialpolitik in der Krise – Sicherung und Ausbau sozialer Rechte und Leistungen.“

Als wir schon im August in einer Redaktionssitzung über das Thema des Arbeiterseminars '77 – das übrigens am 23./24. April in Frankfurt stattfindet – berieten, war zwar abzusehen, daß die in Jahrzehnten von den Gewerkschaften erkämpften sozialen Rechte Hauptangriffsziel der Unternehmer werden würden. Aber nur wenige ahnten, daß auch die Bundesregierung ihre Versprechen zur Bundestagswahl so schnell vergessen würde. Jedenfalls deutet alles darauf hin, daß die Regierung eine Belastung der Rentner einkalkuliert hat.

Wie auf den bereits stattgefundenen Arbeiterseminaren des NACHRICHTEN-Verlages werden sich neben Experten auch Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre mit dem gesamten Komplex der Sozialpolitik beschäftigen und über Schritte beraten, wie der Sozialdemontage Einheit geboten werden kann. Erfreulich ist, daß unser Experte Arthur Böppe, den NACHRICHTEN-Lesern durch seine sozialpolitischen Artikel bekannt, das Hauptreferat halten wird. Wie üblich soll über die Ergebnisse ein Buch erscheinen.

Wie wir bereits ankündigten, erscheinen im Rahmen der nachrichten-reihe unter dem Oberbegriff: „Soziale Bewegungen – Analyse und Dokumentation des IMSF“ Untersuchungen gewerkschaftlicher Kämpfe. Die Schritt über den beispielhaften Arbeitskampf der Drucker und Setzer im Mai 1976 wird in diesen Tagen ausgeliefert. Für die Schriften der „Sozialen Bewegungen“ wurde ein Redaktionsbeirat gebildet. Neben solch bekannten Wissenschaftlern und Gewerkschaftern wie Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Georg Fülberth, Prof. Dr. Lothar Peter, Manfred Balder und Dr. Werner Petschick, hat nun auch der bekannte ehemalige IG-Metall-Bezirksleiter des Bezirks Stuttgart, Willi Bleicher, seine Mitarbeit in dem Beirat zugesagt und „eine systematische und kontinuierliche wissenschaftliche Untersuchung der Tarifauseinandersetzungen“ begrüßt.

Als nächstes Thema der „Sozialen Bewegungen“ soll übrigens eine Untersuchung der Gewerkschaftsjugendbewegung erscheinen. Mehr darüber in der nächsten Ausgabe. jaco

Terminkalender

- **15. bis 16. Januar 1977**
Ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst in Frankfurt
- **29. bis 30. Januar 1977**
5. Bundesangestelltenkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Kassel
- **26. bis 27. Februar 1977**
5. Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Nürnberg
- **10. bis 11. März 1977**
Bundesangestelltenkonferenz der IG Metall in Böblingen
- **23. bis 24. April 1977**
Arbeiterseminar '77 der Redaktion der NACHRICHTEN und des NACHRICHTEN-Verlags in Frankfurt
- **12. bis 14. Mai 1977**
11. ordentliche Bundesjugendkonferenz der IG Metall in Augsburg
- **19. bis 21. Mai 1977**
Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Böblingen
- **2. bis 3. Juni 1977**
9. Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Saarbrücken
- **11. bis 14. September 1977**
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Malente/Schleswig-Holstein
- **18. bis 24. September 1977**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in Düsseldorf
- **3. bis 8. Oktober 1977**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Leverkusen
- **9. bis 15. Oktober 1977**
12. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Mainz
- **16. bis 22. Oktober 1977**
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Augsburg
- **November 1977**
Bundesjugendkonferenz des DGB in Frankfurt

Beilagenhinweis

Diese Ausgabe der NACHRICHTEN enthält folgende Beilagen: Ein Weihnachtsspendenauftrag: „Damit Chiles Kinder wieder ihre Milch bekommen“ sowie ein Prospekt nachrichten-reihe Nr. 5: „Der Druckerstreik im Frühjahr 1976“. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Zu guter Letzt!

Nach einer detaillierten Aufstellung des „Handelsblatt“ vom 23. November verdient Bundeskanzler Helmut Schmidt nach Abzug der Steuern netto jährlich 235 818 DM oder monatlich knapp 20 000 DM. Wer mit einer derart dicken Brieftasche die Millionen Arbeiter und Angestellten im Profitinteresse des Kapitals auffordert, Opfer zu bringen und sich bei Lohn- und Gehaltsforderungen zu mäßigen, für den trifft das Heine-Wort zu: Sie predigen öffentlich Was-ser und trinken heimlich Wein. Bei einem 20 000-DM-Monats-Salär bar auf die Hand kann man leicht gegen die 8-Prozent-Forderung der ÖTV wettern. Aber selbst bei einem Abschluß von nur 5 Prozent mehr würde das bei dem Beamten Helmut Schmidt mit einem zusätzlichen Tausender im Monat zu Buche schlagen. Bundeskanzler müßte man sein.

Es war im Monat Mai, als Robert Schmelzer, seines Zeichens Chefredakteur der „Frankfurter Neuen Presse“ (FNP), Zeter und Mordio schrie, weil die Drucker verlangt hatten, zu seinem Leitartikel mit beleidigendem Inhalt gegen die Streikenden eine Gegendarstellung zu veröffentlichen. Angeblich sei die Pressefreiheit damit bedroht worden, und es werde eine Zensur von unten verlangt. Bekanntlich erschien die Ausgabe der FNP damals mit einem weißen Fleck.

Ende September scherte sich derselbe Schmelzer einen Dreck um die Pressefreiheit und betätigte sich als Zensor von oben. Was war geschehen? Für die Lokalausgabe der FNP „Höchster Kreisblatt“ lag die Beilage „Taunus-Report“ in einer Ausgabe von 26 000 Exemplaren fertig gedruckt vor. Schmelzer war es entgangen, daß sich in dieser Beilage mehrere Artikel bzw. Bilder mit kritischen Äußerungen zum Paragraphen 218 beschäftigten. Kurzerhand ließ der Oberzensor die 26 000 Exemplare einstampfen und die beanstandeten Artikel durch nicht als Anzeigen gekennzeichnete Werbebeiträge für Parfüm und Haarpflege ersetzen.

Obendrein bekam die Verfasserin der Beiträge zum Paragraphen 218, Gabriela Schwarz, Schreibverbot für das Imperium des Herrn Schmelzer. Offensichtlich gilt die im Grundgesetz verankerte Pressefreiheit nur vom Chefredakteur an aufwärts. Steht dort nicht auch geschrieben: „Eine Zensur findet nicht statt.“ Mit Recht hat die Deutsche Journalisten-Union in der IG Druck und Papier gegen das verfassungswidrige Verhalten des noblen Herrn Robert Schmelzer protestiert. Mitbestimmung auch der Journalisten in den Redaktionen tut not, damit Pressefreiheit nicht weiterhin das Privileg einiger hundert Verleger und Chefredakteure bleibt. pet

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschafts-Spiegel
Informationen und Kommentare

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:
Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckk.: Frankfurt/M. 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 3,- DM; Jahresabonnement 25,- DM zuzüglich 3,60 DM Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, Frankfurt/M. 1.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Heinz Schäfer, Pädagogstraße 2, 6100 Darmstadt.

Gerd Siebert, 2411 Borstorf/Mölln.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews ist die Zustimmung des Gesprächspartners notwendig.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Neuss.

Ständige Mitarbeiter:

Günter Arndt, Frankfurt/M.; Wolfgang Bartels, Dortmund; Peter Baumöller, Düsseldorf; Günther Blum, Ratingen; Heinrich Bramkamp, Bochum; Mick Costello, London; Sabine Eiermann, Gießen; Rolf Gelfken, Hamburg; Jörg Goldberg, Köln; Hans Kramer, DDR; Lorenz Knorr, Frankfurt/M.; Dr. Udo Mayer, Hamburg; Heinz Pahlke, Westberlin; Axel Pinck, Hamburg; Herwart Prudlo, Ilse; Karl-Heinz Schulz, Hamburg; Manfred Sokolof, Essen; Hans Vossen, Düsseldorf.

NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH

Frankfurt am Main

